Europa eine Stimme geben

Europäisches Lesebuch

Herausgeberin: Martina Michels

Europa eine Stimme geben

Europäisches Lesebuch

Inhaltsverzeichnis

Vorwort / Warum noch ein Buch über Europa?
Martina Michels 7

INTERIM I 13

Wo, bitte, geht's zur europäischen Öffentlichkeit?
Alban Werner 14

EUROPA IM DIALOG 17

Presse- und Medienfreiheit in der EU, Theorie und Realität
Lutz Kinkel 18

Kultur ist nichts, was man irgendwie so nebenbei machen kann
Klaus Lederer und Martina Michels 23

INTERIM II 35

Meine gute alte EU
Martin Sonneborn 36

EUROPAS REGIONEN 39

Mein Europäisches Berlin: Martina Michels im Gespräch
mit ihrer grünen Bürgermeisterin Monika Herrmann 40

Binnenmarkt – regionale Ungleichheit und
alternative Entwicklungsstrategien
Harald Wolf 47

„Ich habe da eine tolle Idee!"
Praktische Empfehlungen für EU-Geldsucher
Renate Eras 50

EUROPAS GRENZEN 55

„Ich bin ja nur der Tropfen auf den heißen Stein.“
Europa zwischen Flüchtlingsabwehr und Integration
Robert Liebscher 56

„Sie haben nichts gefunden, außer unsere Hoffnung!“
EU-Türkei-Beziehungen: Ein Trauerspiel in mehreren Akten
Martina Michels 61

INTERIM III 65

„Berlin ist wie eine zweite Mutter für mich“
Yousef Alkayari (deutsch/englisch) 66

EUROPA DIGITAL 73

Wie der Frosch zur Minderheit wurde
Vier Thesen zu Anforderungen an linke Politik im digitalen Wandel
Karim Khattab 74

Der lange Weg zum gemeinsamen europäischen Urheberrecht
Julia Reda 78

Open Access – Noch keine Realität in den Museumswissenschaften.
Open Access und seine Folgen aus der subjektiven Sicht
eines Hochschullehrers im Museumsbereich
Ein Erlebnisbericht aus der Zukunft
Oliver Rump 82

Begrenzter Informationszugang im Studierendenalltag
der Museumswissenschaften
Eine kritische Bestandsaufnahme heute
Nora Grunwald 87

INTERIM IV 91

Her mit dem sozialistischen Europa!
Gabi Zimmer 92

EUROPAS POLITIK 97

Krise hat ein Geschlecht
Alex Wischnewski 98

Euro-Krise: Die Bombe tickt weiter!
Fabio De Masi 101

Das politische Westworld-Syndrom
Wohin steuert die EU bei Bits und Bytes?
Konstanze Kriese 104

Die große Krise der EU und ein Vorschlag worauf sich die europäische Linke als gemeinsamen Kampf konzentrieren könnte
Roland Kulke 108

AUF DEN WEG 117

Die Zukunft Europas
Die europäische Linke muss sich neu erfinden
Gregor Gysi 118

BILDER 125

AUTORINNEN UND AUTOREN 137

Vorwort

Warum noch ein Buch über Europa?

Eurokrise, Brexit, Bürokratie – griffige Bilder, offene Risse und Kritiken am Zustand der gegenwärtigen EU sind lang. Mal sind sie treffender, mal voller Mythen. Mal ist tatsächlich die EU mit ihren Institutionen gemeint, mal der Kontinent der Übersetzungen, der sich im Osten bis Russland erstreckt und dessen Brücke über den Bosporus schon auf Nachbarn deutet, die Europas Geschichte schon immer mitbestimmt haben.

Als Europaabgeordnete, die 2013 erstmalig Verantwortung für Entscheidungen innerhalb des Europaparlaments übernahm, kam ich mit einer Berliner Perspektive nach Brüssel und Straßburg. Andererseits war mir der Austausch über politische Entscheidungen in der EU nicht neu, denn ich war fast ein Jahrzehnt zuvor Mitglied im Ausschuss der Regionen. Der Regionalpolitik blieb ich auch in Brüssel treu. Und dazu gehörte schon immer mehr als regionale Wirtschaftspolitik, die mit Fonds – vor allem in strukturschwachen Regionen – möglicherweise industriellen Strukturwandel, lokale Arbeitsmärkte, Verbesserung der Infrastrukturen oder Ausbildungsmöglichkeiten unterstützte. Kulturaustausch, Hochschulen, Digitalisierung, Energiewandel prägen Gemeinden genauso wie große Städte. So steckt vor Ort oft viel mehr „Europa“ drin, als viele es wahrhaben wollen, als es viele Medien bereit sind zu beschreiben, Bürgerinnen und Bürger erfragen und mitgestalten.

Meine Erfahrung, den Sinn einer progressiven Europapolitik und auch substanzieller Kritik erlebbar zu machen, ist letztlich, wie für viele andere auch, an konkreten Projekten zu arbeiten, mit Initiativen und Institutionen, Probleme und Konflikte anzupacken. Dabei lernt man Gesprächspartnerinnen und -partner kennen, die sich für Medienfreiheit einsetzen und klare Analysen liefern. Dabei trifft man auf Studentinnen und Professoren, die das kulturelle Erbe ganz anders anpacken, als beispielsweise die Europäische Kommission, und täglich mit vielen praktischen Fragen zu kämpfen haben, wie sie selbst Zugänge zu Wissen offenhalten und ausbauen können. Dabei trifft man auf Kolleginnen und Kollegen, die voller Satire

auf mein linkes Spektrum und voller Sarkasmus auf die EU blicken. Und man redet natürlich oft mit Mitstreiterinnen und Mitstreitern, die ganz andere Problemfelder und Themen beackern, braucht, um den Überblick zu behalten, ihren Rat, ihr Fachwissen, ihre Ideen oder ihren Widerspruch.

Auf diese Art und Weise ist dieses Europäische Lesebuch entstanden. Ich hatte das Bedürfnis, nicht immer nur die Ergebnisse von Gesprächen und Debatten in meine Arbeitsergebnisse einfließen zu lassen, in schriftliche Anfragen, Artikel, Interviews, Veranstaltungen, sondern einige zu bitten, bei einer Publikation mitzumachen, damit sie selbst zu Wort kommen. Sie sollen nicht auf ein gemeinsames Ziel hinarbeiten, sondern von ihrer Arbeit, ihren Ideen, ihren Sichtweisen berichten, sofern sie europäische Politik betreffen, Herausforderungen des Zusammenlebens in Europa aufgreifen, geprägt von den Orten, in denen sie leben und arbeiten, getragen von den Aufgaben, die sie vorantreiben. Dabei wollte ich sehr wenige Vorgaben machen, auch wenn ich den Themenkreis gemeinsamer Gespräche oder Erfahrungen zumeist in den Mittelpunkt meiner Anfragen zur Mitarbeit gestellt habe. Dabei sind Interviews, Auszüge aus gemeinsamen Veranstaltungen entstanden und viele interessante Artikel zu europapolitischen Themen, zu praktischen Fragen der Förder- und Regionalpolitik, zu strategischen Fragen, zu Kultur, Wissen und Kommunikation im digitalen Zeitalter. Durch meine Reisen, vor allem in die Türkei, haben wir Menschen kennengelernt, die aus Kriegsgebieten geflohen sind, später junge Leute, die an „Europas Grenzen“ gegen Abschottung aktiv sind und es gab auch für mich selbst Situationen, zum Beispiel rund um die zweiten Wahlen 2015 in der Türkei, da fuhr ich als Politikerin hin und kam als Mensch nach Hause.

Inzwischen bin ich überrascht, welche Vielfalt an Denkweisen und Ideen, welches Spektrum an politischer Detailarbeit, das berühmte „Bohren dicker Bretter“, wir in diesem Band versammeln konnten. Das hat zwar dazu geführt, dass wir die geplante Struktur des Bandes zweimal umgeworfen und neu geordnet haben, damit die Beiträge untereinander ihren guten Platz finden, doch es war die Mühe wert. Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle bei Konstanze Kriese bedanken, die die gesamte Entstehung in vielen Gesprächen aber auch mit der Koordination

mehrerer öffentlicher Veranstaltungen vorangetrieben hat. Mein Dank gilt genauso Jörg Bochmann für die redaktionelle Betreuung, weil ohne ihn, neben unserer laufenden Arbeit, solch ein Vorhaben nicht so schnell und so akkurat fertig geworden wäre.

Nicht alle Autorinnen und Autoren kommen aus einem linken Spektrum, so wie ich. Doch alle haben den Dialog und ihre Expertise angeboten und dafür möchte ich mich bedanken. Ich hoffe auch, dass das in Zukunft ausbaufähig ist, dass wir in einem breiten demokratischen Spektrum europapolitische Themen weiterentwickeln und Lösungen durchsetzen können, die den Geist von Zusammenarbeit und gegenseitiger Anregung tragen und nützlich sind für ein weltoffenes Europa. Dass dies nötig ist, wissen wir allemal, denn die neue Rechte, die viel europäischer tickt als manch Linke es wahrhaben wollen, ist fleißig dabei, soziale Fragen mit neuen Ausgrenzungen zu beantworten. Und sie spielen schon lange nicht mehr nur in der Liga von gelehrten Wirtschaftsprofessoren, die uns irgendetwas zur grausigen Konstruktion des Euro erzählen, sondern besetzen Kultur- und Familienpolitik, führen einen erbitterten Kampf gegen öffentlich-rechtliche Medien und dies nicht nur in den Regionen oder Landtagen, sondern europaweit und bisweilen längst in Regierungsverantwortung,

Insofern werden uns die Ergebnisse der Europawahlen im Mai 2019 mehr und anders beschäftigen müssen als vorangegangene. Ich wünschte mir, dass dieses Europäische Lesebuch an dieser Stelle einiges über den Wahltag hinaus in Angriff genommen hat und vielleicht auch Anregung stiftet für neue gemeinsame Projekte und politischen Widerstand gegen Rechts, aber auch gegen eine Welt in der alles gekauft werden soll und alles käuflich ist, in der weggeschaut wird, wenn anderen die Chancen für ein gutes Zusammenleben, für Lebensfülle und Dialog einfach verwehrt werden. Wie viel da möglich ist, dazu soll dieser Sammelband einen Beweis liefern, Neugier wecken und zum weiteren Gespräch einladen.

Brüssel, Berlin, im Dezember 2018

Martina Michels

Interim I

Wo, bitte, geht's zur europäischen Öffentlichkeit?

Alban Werner

Aus linker Perspektive ist die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit mit einem heftigen Paradox geplagt. Gemeint ist eine europäische Öffentlichkeit, die mindestens den klassischen Ansprüchen der Aufklärung genügt. Die US-amerikanische Feministin Nancy Fraser spitzte deren Funktionalität auf zwei wesentliche Punkte zu: Sie müsste der Instanz politischer Herrschaft auf gleicher Ebene (in diesem Falle: der EU) und ihren Regelungen eine Legitimationsbedürftigkeit abtrotzen – oder auch dem Fehlen, der schlechten Ausführung solcher Gesetze usw. den Spiegel vorhalten. Die europäische Öffentlichkeit müsste zweitens über geeignete Kanäle verfügen, im Zweifelsfall die Regierungen zu Abbruch oder Revision ihrer Politik zu zwingen. Weit entfernt davon, nur Ort zur Anmeldung bereits auf mitgliedsstaatlicher Ebene artikulierter, organisierter und mobilisierter Interessen zu sein, müsste eine europäische Öffentlichkeit ein eigenständiger Schauplatz politischer Debatten werden, die die Leute in ihrem Innern ergreifen. Anstatt immer künstlich durch blutleere Rituale beschworen werden zu müssen, wäre die europäische Öffentlichkeit symbolisch und materiell der Kristallisationspunkt politischer Kämpfe, Geburtsort kollektiver Identitäten und Horizont politischer Strategien, die Parteien, Gewerkschaften und soziale Bewegungen vorrangig verfolgen. Fortschrittlich wäre eine europäische Öffentlichkeit in ihrer Wirkung alleine deswegen, weil im Säurebad ihres kritischen Blicks politische Durchsetzbarkeit sich nicht mehr so deutlich aus dem geopolitischen Machtgefälle vorhersagen ließe, wie es bislang in der EU der Fall ist: Bekanntlich dominierte die Bundesrepublik in der Eurokrise nicht nur als Quelle ökonomischer Überschüsse, sondern im Hinblick auf die von ihr gründlich mitdiktierten Spar- und Deregulierungsdiktate auch als „Meinungs-Exportweltmeister".

Das Paradox besteht nun darin, dass die europäische Öffentlichkeit bislang immer zu spät als politische Größe aufblitzt, und dann auch immer mindestens halbiert.

Zu spät in dem Sinne, dass sie meistens erst erfolgreich heraufbeschworen wird durch jene Ereignisse, zu deren Verhinderung man sich gerade eine europäische Öffentlichkeit sehnlichst herbeiwünscht. Sie wurde in Ansätzen beschworen durch den Showdown der SYRIZA-Regierung mit dem Konzert von EU-Institutionen und mitgliedsstaatlichen Regierungen. Sie materialisierte sich schlagartig im Schock über die Brexit-Abstimmung, zeitigte Entsetzen in Reaktion auf das Massensterben im Mittelmeer und auf die Kriminalisierung nichtstaatlicher Seenotrettung, manifestierte sich in Alarmstimmung vor der französischen Präsidentschaftswahl und immer wieder in ungläubigem Erstaunen, wenn Donald Trump einen seiner Giftpfeile in Richtung Europas gezwitschert hatte, etwa bei der Aufkündigung des Pariser Klima-Abkommens. Diese europäische Öffentlichkeit kommt regelmäßig zu spät, weil es zumindest in vielen solcher Fälle gar nicht so weit gekommen wäre, hätte der Blick über den Tellerrand eine jeweils andere unter den fraglichen Alternativen plausibler gemacht. Oder noch besser: Man hätte sich von vornherein ein anderes Menü politischer Optionen bestellt, bei dem die zur Auswahl stehenden Gänge weniger den Geschmack des „kleineren Übels“ tragen, das – wie Volker Pispers unermüdlich beklagte – unterm Neoliberalismus immer so verdammt groß ausfällt. Diese europäische Öffentlichkeit ist halbiert, weil sie unterm jetzigen Regelwerk über zu wenige, vor allem zu wenig verbindliche und nicht über die mitgliedsstaatliche Ebene als Mittelsmann führende Kanäle verfügt, um ein wirklich europäisches, solidarisch erarbeitetes Vorhaben durchzusetzen.

Eine europäische Öffentlichkeit wäre zugleich Gegenstück und aussichtsreichstes Heilmittel zur Sprachlosigkeit, die sich zwischen den Mitgliedsstaaten breit macht, deren Belegschaften einander meistens nur als TouristInnen oder NachbarInnen auf der Autobahn, aber fast nie als gesittet untereinander und engagiert zusammen um etwas Streitende erfahren. „Erfahrung“ ist nicht zufällig ein zentrales Konzept für Rosa Luxemburg als Theoretikerin der sozialistischen Revolution und Edward P. Thompson, den Historiker der englischen ArbeiterInnenklasse. Beide betonten auf ihre Art das Selbst-Tätige, ja die Selbst-Erschaffung einer handlungsmächtigen Klasse durch Erfahrungen von Kämpfen, Siegen, Rückschlägen und vor allem durch

die damit erlebten Lernprozesse. Wahrscheinlich ist es am sinnvollsten, in ähnlichen Begriffen über die europäische Öffentlichkeit nachzudenken und zwei, drei, viele kleine, mittlere und größere Wirklichkeiten zu schaffen, in denen diese von unten kommend immer wieder und immer mehr geschaffen und verstetigt werden kann. Wo sind die GewerkschafterInnen, die ernst machen mit einem transnationalen Streikfonds, der das zähe innereuropäische Lohngefälle zum Vorteil der Beschäftigten macht (schon überschaubare Solidarbeiträge aus den „Hochlohnländern" verschieben die Kampfkraft der Streikenden in den „Niedriglohnländern" erheblich) – mit der Perspektive, diese Kluft so durch Angleichung nach oben statt durch „Race the bottom" zu überwinden? Wo sind die feministischen Frauen und Männer, die niedrigschwellige Zugänge zu reproduktiven Rechten vor ihrer Haustür für Frauen in reaktionär regierten Ländern schaffen, in denen Schwangerschaftsabbrüche kriminalisiert und stigmatisiert sind? Wo sind die Kulturschaffenden, die gegen die drohenden oder schon realen Oligopole digitaler Anbieter neue Plattformen schaffen, auf denen die vielen großartigen Stimmen und Bilder aus Europa und anderswo die Aufmerksamkeit und die Entschädigung erhalten, die sie verdienen? Wo sind die BürgermeisterInnen, die Geflüchtete in ihre Kommunen einladen und von der EU und ihren jeweiligen Regierungen einfordern, die finanziellen und rechtlichen Spielräume zu erhalten, um ihre Städte und Gemeinden für Alt- und NeubewohnerInnen lebenswert und sozial und ökologisch zukunftsfest zu machen? Es bringt nichts, „verelendungstheoretisch" auf den nächsten Knall zu warten, der eher als Nebenfolge die europäische Öffentlichkeit aufblitzen lässt – wie ein Schamane, der nicht den ersehnten Geist beschwören kann, ohne einen anderen mit herbeizurufen. Was Linke als europäische Öffentlichkeit brauchen und wünschen, fordert jederzeit zur konkreten Tat, auf dass die Anstrengungen Wurzeln schlagen. Hic Rhodus, hic salta!

Europa im Dialog

Presse- und Medienfreiheit in der EU
Theorie und Realität

Lutz Kinkel

Montagnachmittag, 14.35 Uhr, 16. Oktober 2017. „Wo du auch hinschaust," schreibt die maltesische Investigativjournalistin Daphne Caruana Galizia in ihren Blog, „überall sind Gauner. Die Lage ist hoffnungslos." Dann geht sie aus dem Haus, steigt in einen weißen Peugot 108 und fährt los. Sekunden später zerfetzt eine Autobombe ihren Körper.

Daphne Caruana Galizia wurde 53 Jahre alt. Sie hinterlässt drei Söhne. Jahrelang hatte sie über Korruption auf Malta berichtet, über Briefkastenfirmen, Geldwäsche und die Verwicklung der amtierenden Regierung in diese Geschäfte. Zuletzt war sie an der Auswertung der „Panama Papers" beteiligt. Malta ist Mitglied der EU.

------

25. Februar 2019, Vel'ká Mača bei Trnava in der Westslowakei. Polizisten dringen in das Haus des Investigativreporters Jan Kuciak ein, nachdem sie von den besorgten Eltern seiner Verlobten alarmiert worden sind. Die Beamten finden jedoch nur noch Leichen. Jan Kuciak wurde mit zwei Schüssen ins Herz ermordet, seine Verlobte mit einem Schuss in den Kopf. Die Täter lassen die Patronenhülsen auf dem Boden liegen.

Jan Kuciak wurde 27 Jahre alt. Er bereitete gerade seine Hochzeit vor. Zuvor hatte Kuciak jahrelang über Korruption in der Slowakei berichtet, über den Missbrauch von EU-Subventionen, den Einfluss der Mafia und die Verwicklung der amtierenden Regierung in diese Geschäfte. Auch er war an der Auswertung der „Panama Papers" beteiligt. Die Slowakei ist Mitglied der EU.

Malta und die Slowakei waren bis zu diesem Zeitpunkt kleinere EU-Staaten, die im Windschatten größerer Konfliktthemen wie der Euro-Schwäche und der Migration lagen. Die in Mafia-Manier ausgeführten, demonstrativen Morde an Galizia und Kuciak änderten das schlagartig. Plötzlich standen die beiden Länder ganz oben auf der Agenda. Die Morde hatten einen Schock ausgelöst – bewiesen sie doch, dass Investigativjournalisten nicht nur in China, Russland, Mexiko und der Türkei sehr gefährlich leben, sondern auch mitten in der EU, die sich als Hort des offenen, demokratischen Diskurses versteht.

Zu den unverbrüchlichen Freiheitsrechten der EU-Bürger gehören die Rede-, Druck- und Publikationsfreiheit. Die EU hat diese Rechte immer wieder dokumentiert – in der Europäischen Menschenrechtskonvention (1950), in den Kopenhagener Kriterien für die Aufnahme von Beitrittskandidaten (1993), in der Europäischen Charta für die Pressefreiheit (2009)[1] und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (2009)[2]. Dort heißt es unter Artikel 11:

(1) Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben.

(2) Die Freiheit der Medien und ihre Pluralität werden geachtet.

Auf dem Papier, so lässt sich resümieren, steht die EU felsenfest zu ihren Prinzipien. Mehr noch – sie hat das Recht auf Presse- und Medienfreiheit zum Kernbestandteil ihrer Selbstbeschreibung gemacht. Zu ihrer Identität.

Theoretisch zumindest.

Tatsächlich steht es schlecht um die Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit in der EU. Die Morde an Galizia und Kuciak sind nur besonders grausame Belege dafür. Wer das “big picture” sehen will, kann sich jederzeit vertiefend informieren.

1 https://www.leipziger-medienstiftung.de/de/ezpfm/europäische-charta-für-pressefreiheit/, abgerufen am 2.9.2018

2 http://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf, abgerufen am 2.9.2018 3 https://www.coe.int/en/web/media-freedom, abgerufen am 9.12. 2018

Der Europarat zum Beispiel unterhält die Plattform für den Schutz des Journalismus und der Sicherheit von Journalisten[3]. Die Plattform weist nicht nur Verstöße gegen die Medienfreiheit aus, sondern auch, wie die Mitgliedsstaaten des Europarats auf solche Alarmmeldungen ("Alerts") reagieren – nämlich oft gar nicht. Für das laufende Jahr 2018 verzeichnet die Statistik bislang 131 Alerts in 31 Ländern aus, darunter vier Todesfälle, aber nur 52 Reaktionen aus den jeweiligen Ländern.

Weitere zentrale Quellen für die Lage der Presse und Meinungsfreiheit sind die von der Europäischen Kommission kofinanzierte Plattform mappingmediafreedom.org sowie die Reports des Florentiner Centre for Media Pluralism and Media Freedom (CMPF)[4] und der US-amerikanischen Organisation Freedom House[5].

Große Beachtung findet auch die Rangliste der Pressefreiheit, die Reporter ohne Grenzen (ROG) jährlich publiziert. Grundlage ist eine systematisierte Umfrage unter Medienexperten in fast allen Ländern der Erde (Ausnahmen sind Eritrea und Nordkorea, weil dort niemand an der Umfrage teilnimmt, oder besser: teilnehmen kann)[6]. Der Befund im Report 2018 lautet: „In keiner anderen Weltregion hat sich die Lage der Pressefreiheit im vergangenen Jahr so verschlechtert wie in Europa."[7] Vier der fünf Länder, die auf der Rangliste am stärksten abgesunken sind, liegen in Europa: Malta, Tschechien, die Slowakei sowie Serbien. Zynisch gesagt, ist Europa damit Trendsetter, denn die Medienfreiheit wird laut ROG-Umfrage global immer stärker eingeschränkt.

Die Ursachen für den Verfall der Presse- und Medienfreiheit und der zunehmenden Gefährdung von Journalisten sind vielfältig. Manche sind jedoch wirkungsmächtiger als andere.

Die Morde an Galizia und Kuciak spiegeln das große Problem der Korruption. In Ländern mit korrupten politischen und ökonomischen Eliten ist eine freie Presse, die sich als demokratische Kontrollinstanz versteht, unerwünscht. Reporter, die

4 http://cmpf.eui.eu/

5 https://freedomhouse.org/

6 https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2018/Methode_Rangliste_der_Pressefreiheit_2018.pdf, abgerufen am 9.9.2018

7 https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/2018/, abgerufen am 9.9.2018

dennoch recherchieren, dürfen nicht auf staatlichen Schutz hoffen, sondern müssen mit Verfolgung rechnen. Gegen Daphne Caruana Galizia liefen zum Zeitpunkt ihres Todes mehr als 40 Verleumdungsklagen.

Ein zweites zentrales Problem ist der erstarkende Rechtspopulismus. Deren Anhänger konstruieren Journalisten als „Feinde des Volkes", weil sie die angebliche Wahrheit rassistischer Stereotype unterdrücken. Die Folgen sind verheerend, auch in Deutschland. Nach einer Studie des Europäischen Zentrums für Pressefreiheit in Leipzig (ECPMF) wurden dort bis zum September 2018 insgesamt 22 Journalistinnen und Journalisten physisch attackiert – davon 20 im Umfeld rechter und rechtspopulistischer Veranstaltungen[8]. In anderen Ländern, wo Rechtspopulisten Teil der Regierung sind, etwa in Ungarn, wird die Medienfreiheit systematisch untergraben.

Ein dritter besonders besorgniserregender Einfluss ist die ökonomische Schwäche der Medienbranche. Sie resultiert aus der Digitalisierung und der umfänglichen Absorption von Werbegeldern durch das Duopol Facebook und Google. Die Folgen sind allenthalben sichtbar: Zeitungen und Magazine werden eingestellt, manche Verleger öffnen sich für Geschäftsmodelle, die mit Qualitätsjournalismus nichts zu tun haben. Ganze Landstriche sind medial unterversorgt, die Möglichkeit der Bürger, auf lokaler Ebene informierte Entscheidungen zu treffen, nimmt ab.

Die Presse- und Medienfreiheit ist für die EU nicht prioritär, die dafür allokierten Budgets sind gering. Andererseits gibt es in Parlament, Kommission und Rat eine Reihe couragierter Politiker, die unablässig für dieses Grundrecht kämpfen und es juristisch mit Direktiven flankieren, beispielsweise zu Whistleblowern. Ihre Einwirkungsmöglichkeiten sind jedoch begrenzt, da die Medienpolitik überwiegend in die Zuständigkeit der Mitgliedsländer fällt – und es Ministerpräsidenten wie Viktor Orbán gibt, die sich geradezu höhnisch über Brüsseler Vorgaben zur Presse- und Medienfreiheit hinwegsetzen. In Ungarn wurden jüngst alle regierungsnahen Medien unter einem Dach zusammengefasst. Die Regierung glaubt offenkundig, nicht einmal mehr die Fassade von Medienpluralismus wahren zu müssen.

8 https://ecpmf.eu/files/ffm-germany_2018.pdf

Gerade weil die EU medienpolitisch nicht direkt intervenieren kann, haben die Nichtregierungsorganisationen der Freedom of Expression ("FoX") Community eine besondere Verantwortung. Das Zentrum für Presse- und Medienfreiheit in Leipzig, das der Verfasser dieses Artikels leitet, hat eine Reihe von Instrumenten ausgebildet, um auf die sich verschlechternde Lage zu antworten. Das "Journalists-in-Residence"-Programm versorgt bedrohte Reporter mit Wohnung, Krankenversicherung und Stipendien. Journalisten, die "legal aid" benötigen, können sich um kostenlose juristische Beratung und materielle Unterstützung in Gerichtsverfahren bewerben. Gemeinsam mit dem Internationalen Presseinstitut (IPI) hat das ECPMF in diesem Jahr erstmals Stipendien für Investigativen Crossborder Journalismus in der EU ausreichen können. Für das Budget dieser Stipendien haben EU-Parlamentarier und NGOs jahrelang gekämpft.

Zweifellos sind diese und viele weitere Aktivitäten, mit denen sich Europas Medienfreiheitsorganisationen gegen den Verfall der Presse- und Medienfreiheit stemmen, gut und richtig. Sie werden jedoch die Lage nicht grundsätzlich ändern.

Was die EU braucht, ist ein starker politischer Wille, der die europäischen Bürgerrechte und Werte ernst nimmt und umsetzt, auch gegen Widerstände. Daran lohnt es sich zu arbeiten.

Kultur ist nichts, was man irgendwie so nebenbei machen kann

Auszüge aus dem Veranstaltungsmitschnitt Kultur und Politik: zwei linke Schuhe? mit Klaus Lederer, Kultur- und Europasenator Berlins, und der Europaabgeordneten Martina Michels, Mitglied im Kultur- sowie im Regionalausschuss, moderiert von Konstanze Kriese, Berlin, 19. Oktober 2018

Vor welchen Herausforderungen steht ein Kultursenator einer Großstadt wie Berlin, einer Stadt mit Menschen aus aller Welt, mit kultureller Vielfalt in den Lebensweisen und auch in der Kunstproduktion. Was hast Du vorgefunden, was ist Dein Arbeitsspektrum? Was hat Dich in der neuen Verantwortung überrascht? Welche Akzente willst Du in kulturpolitischen Debatten setzen und was kannst Du im Kulturbetrieb bewegen?

Klaus Lederer: Was habe ich bei meinem Amtsantritt vorgefunden? Zuerst natürlich eine unfassbar reiche Kulturlandschaft in dieser Stadt: die großen Bühnen und Opern, auch Privattheater, wie die Schaubühne und das Berliner Ensemble, die im Wesentlichen von der Stadt mitgetragen werden. Wir haben Gedenkstätten wie die Stiftungen Hohenschönhausen und Berliner Mauer, Topographie des Terrors, das Technikmuseum, viele Institutionen, die sich mit dem Erzählen von Geschichte beschäftigen, aber auch Galerien, wie die Berlinische Galerie, als das Landesmuseum für zeitgenössische Kunst, das Bröhan-Museum, das Brücke-Museum und wir sind für die Ausstattung und die Arbeitsbedingungen als Land verantwortlich. Natürlich haben wir in Berlin auch eine große, pulsierende, gut organisierte freie Szene, die vom Land Rechte einfordert, was ich gut finde. Wenn klare Forderungen an die Politik gerichtet werden, verschafft das auch Rückendeckung, denn ich habe oft genug erlebt, dass Kultur als weiches Politikfeld bis hin zu „nice to have“ verstanden wird und wenn es dann nicht reicht, müssen eben die Mäzene ran. Deshalb war mein Zugang, von Anfang an zu sagen: Kultur ist essentiell, ist Grundnahrungsmittel, für

Prozesse der gesellschaftlichen Selbstverständigung, für den Austausch. Und das ist nichts, was man irgendwie so nebenbei machen kann.

Was sind heute unsere Schwerpunkte?
Zuerst geht es darum, dass wir zurückdrehen, was in den Jahren des Kürzens in Berlin entstanden ist, zuerst die wirklich prekären Arbeitsbedingungen in den Kultureinrichtungen. Wir hatten beispielsweise in bezirklichen Musikschulen nur noch ein, zwei Angestellte, alle anderen waren Honorarkräfte. Und in der freien Szene haben wir eigentlich prekäre Lebensbedingungen gefördert. Insofern mussten wir sagen, dass was für andere Bereiche des öffentlichen Dienstes gilt, auch für Kulturförderungen gelten muss. Zum Beispiel kann es nicht sein, dass Tarifsteigerungen aus den künstlerischen Etats der Einrichtungen bestritten werden müssen. 2017 ist es mit dem Nachtragshaushalt erstmalig – und dann auch mit dem Doppelhaushalt 2018/19 – gelungen, dass wir Tariferhöhungen nicht aus den künstlerischen Etats heraus gestemmt haben. Bei der Polizei, bei der Bildung ist das selbstverständlich. Damit bin ich beim nächsten Punkt, der Digitalisierung von Kultureinrichtungen. Mit zehn Mailadressen in einem Theater und einem fehlenden Breitband für den Internetanschluss in der Bibliothek kommen wir da nicht weiter, da benötigen wir einen anderen Standard. Mit einem Innovationsfonds werden wir deshalb die digitale Entwicklung des Berliner Kulturbereichs fördern.

Nächstes Feld: Teilhabe und Vielfalt. Wir regen uns immer darüber auf, wenn in bestimmte Einrichtungen immer dieselben Leute gehen. Ältere, vornehmlich weiße, männliche Besucher repräsentieren nicht die Stadtgesellschaft in ihrer Breite, das gilt für den Zuschauerraum wie auf der Bühne. Um hier einen Wandel herbeizuführen, müssen sich die Programmangebote auch ändern.

Neben den sozialen und Ausstattungsproblemen, einem Wandel, der die diverse Stadtgesellschaft auch repräsentiert, haben wir ein gravierendes Problem: Räume. Das Kapital setzt derzeit auf die Inwertsetzung von Räumen, damit lässt sich sicher Geld verdienen. Das Betongold zieht auch eine Verdrängung von Künstlerinnen und

Künstlern und Kultureinrichtungen nach sich. Jetzt geht es uns als Kulturverwaltung darum, öffentliche Immobilien zu sichern und herzurichten und als Kulturorte zu etablieren, sie vielleicht, wie bei der „Alten Münze“, auch perspektivisch selbst zu betreiben. Dafür bauen wir gerade Kompetenz und Ressourcen auf. Wir haben das „Radialsystem“ zurückgekauft, was ein Investor vom Markt ziehen wollte. Dann hätte da wohl nie wieder Kultur stattgefunden.

Insgesamt geht es politisch darum, Kultur den Stellenwert zu verschaffen, den sie real hat. Wir bekommen positive Feedbacks aus der Stadtgesellschaft. Es ist trotzdem das Bohren dicker Bretter, macht aber unfassbar Spaß.

Martina Michels ist Mitglied im Kulturausschuss des Europäischen Parlament, der ein riesiges Spektrum verantwortet, doch zugleich Politikfelder beackert, bei denen die Mitgliedsstaaten das Sagen haben: Bildung, Kultur, Medien, Jugend, auch Sport... und sich allein schon zwei Generaldirektionen, die GD Connect und die GD Education & Culture mit Kultur befassen. Was ist und was kann europäische Kulturpolitik?

Martina Michels: Kultur und Kulturpolitik haben für mich einen wirklich strategischen Stellenwert in der Politik, egal auf welcher Ebene. Mein Vorgänger Lothar Bisky hat das gern mit den Worten von Jean Monnet formuliert: „Wenn ich nochmals mit dem Aufbau Europas beginnen könnte, dann würde ich mit der Kultur beginnen.“ Und damit hatte er verdammt recht, denn auch in der EU wird Kultur nicht begriffen als Mittel, um Vielfalt und Toleranz zu fördern. So wird europäische Kulturpolitik, auch in den Mitgliedsstaaten, zumeist nur über Förderfonds wahrgenommen.

Im Mittelpunkt steht natürlich das kleine Programm Creative Europe mit seinem Kultur- und seinem etwas größeren Medienteil. Es soll für die Jahre 2021-2027 sogar aufgestockt werden von 1,46 Mrd. auf 1,85 Mrd. EURO. Diese Summe steht allerdings für sieben Jahre zur Verfügung. Trotzdem bleibt der Förderbetrag verschwindend

gering. Allein 7,5 Prozent aller Vollzeit-Beschäftigten arbeiten in Europa in der sogenannten Kultur- und Kreativindustrie. Das sind Verlagsmitarbeiter, viele Freischaffende und Angestellte bis hin zur Gamedesignerin. Sie erwirtschaften allerdings nur 5,3 Prozent des Bruttoinlandprodukts im europäischen Binnenmarkt. Diese beiden Zahlen verraten uns die bittere Wahrheit: In dieser Branche wird in weiten Teilen schlecht verdient und auch hier trifft das mehrheitlich Frauen.

Gerade wurde ein neues Programm für den Förderzeitraum bis 2027 aufgelegt: Digital Europe. Und es wurde, was ich völlig richtig finde, mit 9,2 Mrd. EURO veranschlagt. Davon ist wieder der kleinste Teil für die Förderung der digitalen Bildung. Alles andere ist für dringend benötigte „Supercomputer“, die Förderung Künstlicher Intelligenz, für Cybersicherheit und auch für ganz fragwürdige Dinge, nämlich gemeinsame innenpolitisch genutzte Datenbanken. Hier muss es erst einmal interessieren: Was stößt die EU mit den Kultur-Förderprogrammen an, was ist deren Intention? Es geht immer um Innovationen, vor allem bei der Publikumserschließung, egal ob Literatur, Film, Festivalförderung. Real kann man aber nicht die unverhohlene Binnenmarktfixierung übersehen, die auch auf die Kulturpolitik durchschlägt. Es ist ein Fokus auf Kulturproduktionen, die sich am Ende letztlich rechnen sollen, wie man so schön sagt.

Das allein ist schon eine eigene Debatte wert, denn hier würden wir zum Teil andere Akzente setzen bei der Förderung kommunaler Kultur – ohne die Förderung der Kultur- und Kreativindustrie gering zu schätzen. Um es kurz zu machen: Der Zugang aller zur Kultur ist überall postuliert, aber im Programm nicht wirklich enthalten.

Was im Creative Europe Programm ausgesprochen positiv und aus europäischer Sicht unerlässlich ist, ist die Drittstaaten-Orientierung, vor allem in die südliche arabische und nordafrikanische Partnerschaft.

Und es gibt weitere Anstöße, die aus Europa kommen. Gerade haben wir das Europäische Kulturerbe-Jahr, was man der Kommission förmlich aus dem Kreuz leiern musste.

Zum gesamten Arbeitsspektrum im Kulturausschuss: Auch wenn ich beim Programm Kreatives Europa Schattenberichterstatterin für unsere Fraktion bin, also alle Lobbyisten mir auch da die Tür einrennen, wenn ich für meine Fraktion dort Änderungen vorschlage, ist der Kulturausschuss mit einem riesigen Spektrum befasst, das in keinem Verhältnis zu seinen marginalen Fördertöpfen steht. In diesem Ausschuss wird genauso Bildung, Hochschulpolitik, Urheberrecht und Netzpolitik, Medienpolitik und auch Sport verhandelt.

In dieser Legislatur hatten wir die audio-visuelle Mediendienste-Richtlinie am Wickel. Dazu nur der Verweis, dass sich endlich auch beim Whistleblower-Schutz in der EU etwas tut und zwar auf gesetzlicher Ebene, den möchte ich doch angesichts der Verschärfung von Gewalt gegenüber Journalistinnen und Journalisten, auch mitten in der EU, hervorheben.

In den vergangenen zwei Jahren hatte ich vor allen anderen Schwerpunkten die Copyright-Richtlinie auf dem Tisch und da geht es letztlich um allerhand Kultur und Bildung, z. B. um die Möglichkeiten für Archive, Museen, ganze Sammlungen ins Netz zu stellen, den Zugang zu Forschung und Öffentlichkeit zu sichern. Und natürlich geht es immer wieder um die faire Bezahlung von Kreativen im Netz ohne die Rechte der Nutzerinnen und Nutzer einzuschränken, frei im Netz zu kommunizieren.

Last but not least, was wohl inzwischen unverrückbar zur EU-Kulturpolitik gehört, ist der LUX-FILM-Prize, der gerade läuft. Er ist ein kleiner Moment, um den europäischen Film gesondert zu präsentieren, aber um die Fülle der Problemlagen des europäischen Films jetzt auszubreiten, bräuchte ich einen ganzen Abend. Mindestens: Das beginnt bei der völlig unzureichenden Digitalisierung des Europäischen Filmerbes, die gerade mal bei etwas über 1,5 Prozent liegt und reicht bis zur Lobbyistenschlacht der großen Filmproduzenten gegen die Fernsehsender. Ergebnis: bis heute haben wir kaum so etwas wie europäische Mediatheken, geschweige denn eigene europäische Streaming-Plattformen. Hier gibt es zwar erste

Überlegungen, so etwas halb öffentlich-rechtlich anzugehen, aber die Hürden sind enorm hoch.

Abschließend eine erfreuliche Mitteilung: Um regionale Kultur europaweit zu fördern, sollte man nicht nur auf das eingangs erwähnte, unterfinanzierte Programm Creative Europe schauen. Auch mit vielen anderen Regional-programmen lässt sich Kultur fördern: mit EFRE, Interreg und vielen mehr... So gehen zumindest viele vor, die für ihre Projekte auf der Suche nach geeigneten Finanzierungen sind.

Wir haben bereits von Förderfonds, einer lebendigen Kultur- und Kreativindustrie, vom Urheberrecht und Gedächtnisinstitutionen, von einem städtischen kulturellen Austausch gehört, der zugleich auch immer ein europäischer ist... Nun drängt sich die Frage auf, wo sind zwischen euch Berührungspunkte? Wie kommt ihr als linke Kulturpolitiker*innen zusammen, entwickelt Kooperationen oder strategische Ideen? Gibt es dafür überhaupt einen Raum?

Klaus Lederer: Zuerst muss ich leider festhalten, dass sowohl Kultur- als auch Europapolitik, so mein Eindruck, in unserer Partei eher ein stiefmütterliches Dasein führen...
...
Ich finde, es wird da richtig spannend, wo die Verbindung zwischen Kultur und Europa zustande kommt. Im Vergleich zu meinen Vorgängern bin ich relativ oft in Brüssel, noch mehr mein Staatssekretär, Gerry Woop, und wir haben in der Berliner Vertretung jetzt ein richtiges Kulturprogramm, wo sich Vertreterinnen und Vertreter Europäische Institutionen und auch Brüsselerinnen und Brüsseler treffen können.

Martina hat das Europäische Kulturerbejahr angesprochen. Erstmalig waren Kultur, Denkmalschutz und Europa in einem Ressort, meiner Senatsverwaltung für Kultur und Europa, so eng zusammen, überdies auch Kirchen und Weltanschauungs-organisationen. Und wir haben im vergangenen Jahr gemeinsam den Kulturerbe-Summit im Konzerthaus mit Podien und Projekten ausgerichtet und Austausch organisiert. Mit Kolleginnen und Kollegen in den Ländern kommen wir, so wie wir

hier, untereinander schnell zusammen. Nur interessiert das in der Partei wenig. Durch die Initiativmöglichkeiten im Bundesrat haben wir zur Europäischen Kulturagenda einen Beschluss initiiert, der den Eigenwert von Kultur festschrieb, jenseits von Kreativwirtschaft und ökonomischer Verwertbarkeit.
...
Es wurde, auch auf Initiative von uns, im Rahmen der Europäischen Städteagenda eine Partnerschaft Kultur aufgelegt. Vor drei Jahren hat dieser Prozess erst begonnen, da wurden Partnerschaften, z. B. zur Integration von Geflüchteten oder zur ökologischen Stadtentwicklung, aufgebaut. Derzeit entwickeln wir mit anderen großen Europäischen Städten auch kulturpolitische Strategien, mit denen wir auf die Europäische Kommission, das Parlament, den Ausschuss der Regionen zugehen, um konkrete politische Untersetzung zu bewirken. Und siehe da, da sind dieselben Themen, die ich hier habe: soziale Mindeststandards und gute Arbeit für Kulturschaffende, Diversität im Kulturbetrieb, Digitalisierung.

Auch Umgang mit Kolonialismus, ganz aktuell, und dahinter steht auch die Frage. Wie bekommt man solche Debatten raus aus der Erinnerungskultur in die aktuelle Politik und die heutigen Beziehungen mit dem afrikanischen Kontinent, um globale Gerechtigkeitsfragen zu stellen. Also es gibt da Themen und schon existierende Instrumente, um in den europäischen Institutionen politisch einzugreifen. Vieles entsteht über intensive bilaterale Projekte, wie der Kulturzug Wrocław-Berlin im vergangenen Jahr, der von uns gefördert wurde. Bilaterale Kontakte entwickeln sich auch zu den belgischen Regionen. Insofern gibt es viele Möglichkeiten, Kultur und Europa zusammenzudenken.

Und um das mal zusammenzufassen: Es ist ein großer Fehler der Linken gewesen, über lange Zeit, Kultur als Ort der großen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen so stiefmütterlich zu behandeln oder sie so als Hipstergeschichte und Luxusnummer für einen Teil der Gesellschaft zu betrachten. Natürlich wird immer geschaut, welche Subventionen in die großen Kulturbetriebe gehen. Doch es wäre falsch, die großen Kulturbetriebe infrage zu stellen, sondern es wäre richtig, den Kulturwandel einzufordern: die Öffnung für alle!

Wir dürfen zweitens nicht übersehen, dass in Musikschulen, Kitas, Schulen, Bibliotheken, Jugendkultureinrichtungen, in der dezentralen Kulturarbeit, aber auch in der Vermittlungsarbeit in den großen Institutionen und in der Gedenkstättenarbeit auch die zentralen Fragen der Gegenwart verhandelt werden. Und da können Linke sich dann entscheiden: Haben sie Lust, da irgendwie mitzuverhandeln oder ziehen sie sich zurück und warten, dass die gesellschaftlichen Mehrheiten sich irgendwie von selbst ergeben? Ich würde mich immer für ersteres entscheiden, aber es ist der kompliziertere Weg und der steinigere.

Martina, Klaus hat den Eingriff in die Sphären der gesellschaftlichen Auseinandersetzung als praktischen angemahnt, wo hast Du Verbündete in Brüssel, direkt im Kulturausschuss? Die deutsche Stellungnahme zur Europäischen Kulturagenda hat letztlich in Brüssel eine Rolle gespielt.

Martina Michels: Ohne Feedback aus den Ländern, aus den Regionen fehlt uns einfach das Salz in der Suppe. Mit einer kritischen Stellungnahme aus Deutschland zur Kulturagenda haben wir sofort Rückenwind, wenn wir gegen eine instrumentelle Vereinnahmung von Kulturförderung für den Arbeitsmarkt, für den Wettbewerb, für Standortmarketing vorgehen wollen. Auch Kritiken an der Unterfinanzierung und die Mitteilung, dass die Kommissionsvorgaben uninspiriert wirken, helfen uns bei den Auseinandersetzungen weiter.

Es ist nicht immer die unmittelbare Kooperation, die uns voranbringt. Allerdings muss ich unbedingt erwähnen, dass Klaus einen seit sieben Jahren eingeschlafenen Jour fixe mit den Berliner Europaabgeordneten in Brüssel neu belebt hat oder auch mal Senatssitzungen nach Brüssel verlegt, so dass man mal den Finanzsenator trifft, der dann sagt: Ich habe hier viel gelernt, was alles möglich ist.

Wir arbeiten auch im Ausschuss der Regionen zusammen. Es gibt eine ostdeutsche Frühstücksrunde aller Landesvertretungen und wir arbeiten da eng zusammen, wenn es z. B. um den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) geht. So hat

die Kommission eine ganz gefährliche Zentralisierung vorgeschlagen und will Fördergelder zukünftig nur noch mit den nationalen Regierungen aushalten und verwalten lassen. Das geht aber völlig vorbei an der Zielstellung, das Geld dahin zu bringen, wo es am dringendsten gebraucht wird.

...

Klaus Lederer:

...

Wenn es denn wirklich ernst gemeint ist mit der Europäischen Integration, dann sollten nicht zuerst Mittel für die Kreativindustrie bereitgestellt werden, sondern für die Förderung einer kulturellen Infrastruktur, für den Zugang zu Kulturproduktionen und -präsentationen. Stattdessen wird immer noch argumentiert, Kultur ist ja Sache der einzelnen Mitgliedsstaaten. Kultur wird als etwas behandelt, dass die Mitgliedsstaaten gegen eine vermeintliche „Europäische Assimilation" verteidigen müssten, also da kommen zum Teil wirklich reaktionär-nationalistische Vorbehalte hoch und man hat das Gefühl, sie wollen gar nicht, dass die europäischen Institutionen stärker in der Kultur mitmischen. Das hieße, endlich wirklich Vielfalt zuzulassen. Deshalb sage ich ja: Linke müssten doch genau in diese Kerbe hauen, progressive Forderungen entwickeln, laut hörbar sein. Deshalb sage ich am Schluss nochmal, da ist mir meine Partei entschieden zu leise und auch entschieden zu desinteressiert. Dabei sind das für mich zentrale Zukunftsfragen. Das sieht man auch in Berlin. Es geht nicht nur um die „harten" Bereiche Soziales und Wohnungspolitik. Dass wir hier eine ganz gute Resonanz erfahren, hat damit zu tun, dass wir uns auch mit diesen „weichen" Themen beschäftigen.

Frage aus dem Publikum: Meine Frage ist vielleicht naiv. Behandeln sie eigentlich nur institutionelle Kultur? Es geht doch auch um Alltagskultur, Lebensstile und dergleichen, was ja vor allem auch Linke interessieren müsste. Würden sie, der Begriff ist ja nicht von mir, sondern von Chantal Mouffe, einem linken Populismus zuneigen, weil doch auch Alltagskulturen sehr unterschiedlich sind und so etwas in den Kulturinstitutionen wenig verhandelt wird?

Klaus Lederer: Ich setze Alltags- und institutionelle Kultur nicht gegeneinander. Ich erwarte von den Kultureinrichtungen und denen aus der freien Szene, dass sie sich der Vielfalt der Gesellschaft auch mit künstlerischen Mitteln zuwenden und das ist etwas, was wir unterstützen und ausweiten. Das zweite ist die Mär von den Kulturen. Natürlich gibt es unterschiedliche kulturelle, ethnische Traditionslinien usw., aber ich glaube, in einer globalisierten Welt ist jede individuelle Prägung ein melting pot von ganz Vielem. Wenn zum Beispiel heute diskutiert wird über in zweiter oder dritter Generation hier lebende Migrant*innen, dann stehen wir oft vor der Situation, dass sie in ihrem Herkunftsland als nicht zugehörig betrachtet werden und in ihrem Aufnahmeland ebenso. Und mit diesen Konflikten sind sie allein gelassen, die sollen sie mit sich selbst austragen. Absurd. So wie Homogenitätsvorstellungen von der Gesellschaft reproduziert werden, ist das sichtbar eine ziemlich reaktionäre Veranstaltung und die Linke tut viel zu wenig, dem etwas entgegen zu setzen. Und wenn nun versucht wird, ein solches homogenes Subjekt, das eine Illusion ist, zu konstruieren und sich an dessen Spitze zu setzen, um vermeintlich besser mit anderen, die dieses homogene Subjekt konstruieren, konkurrieren zu können, dann ist dieser Versuch zum Scheitern verurteilt. Ich glaube, wenn man das tut, wird es nur Wasser auf die Mühlen derjenigen geben, die es immer besser können, weil ich ein Stück weit ihr Weltbild übernehme und ein Subjekt ideologisch konstruiere, von dem ich weiß, dass es so nicht existiert. Und wenn man die Defensive der Linken nicht zum Problem seiner eigenen Auseinandersetzung macht und mal darüber nachdenkt, warum wir eigentlich in der Defensive sind, sondern dann versucht stattdessen rechts zu blinken, gibt man das Letzte auf, was man noch hat. Und deshalb halte ich von solch einem linken Populismus gar nichts. Ich halte linken Populismus für einen Widerspruch in sich.

Was ich aber schon glaube, dass linke Politik populärer sein muss, weniger holzschnittartig, weniger in alten Kategorien der 70er-Jahre, weniger schematisch, propagandistisch, welterklärerisch. Den Leuten jeden Tag erklären, wie die Welt ist,

aber nichts daran ändern, zumal wenn sich daraus keine Handlungsperspektive ergibt, und, statt sie jeden Tag ein kleines Stückchen besser zu machen, die Leute nur in ihrem eigenen Frust zu bestärken, das ist letztlich schon eine Kapitulationserklärung. Ist denn das der Horizont, den wir als demokratische Sozialisten 2018 haben? Mir wäre das zu wenig.

Interim II

Meine gute alte EU

Martin Sonneborn

Gregor Gysi, der große kleine Mann des unbewaffneten & parlamentarisch gutbezahlten intellektuellen Widerstands, den ich nicht erst sehr schätze, seitdem er mir bei einer Wahlkampfveranstaltung in der Ostberliner Manyo-Bar, bei der wir eine Stunde lang an der Bar saßen und uns vor einer Kamera unterhielten (vgl. YouTube, S. 377 ff.), heimlich & kostenfrei einen Wodka ins Bier gekippt hat, während ich kurz austreten war, hat mich vor der Bundestagswahl 2017, anlässlich einer Feier in der Thüringischen Landesvertretung in Brüssel, bei der ich auch Bodo Ramelow wiedertraf, den einzigen deutschen Ministerpräsidenten, der mich duzen darf, und mit dem ich nach einem Bundesparteitag der PARTEI in der Alten Parteischule in Erfurt noch kurz auf dem Balkon seiner Staatskanzlei gestanden hatte, so dass die verfickte „Bild"-„Zeitung" am nächsten Tag ihren „Lesern" reportierte, dass „MP Bodo Ramelow und ‚Partei'-Chef Martin Sonneborn dem Volk zuwinken", mit einem Bild, das lediglich in Großaufnahme zeigte, dass 46 Jahre nach dem historischen Treffen von Stoph und Brandt mal wieder zwei Willis vom Balkon nach Erfurt hinunter gewunken haben, während doch die Wirklichkeit drunten sich nicht ganz so spektakulär präsentierte; in der jubelten auf dem Platz vor der Staatskanzlei nämlich keine Volksmassen, sondern lediglich eine: der dicke, bärtige Ed aus Bremen („Martin! Ich hab' ein Kind von dir!") mit zwei eindrucksvollen Fahnen, einer geliehenen PARTEI-Fahne und seiner eigenen (zwei Flaschen Pfeffi); wir hatten aber zum Glück den fotografischen Gegenschuss, so dass wir in „Titanic" eine ganz seriöse Gegendarstellung präsentieren konnten; na, Gregor Gysi jedenfalls, der mit seinen makroökonomischen Analysen dieses kapitalistischen Irrsinns schon vor 20 Jahren richtiggelegen hatte (vgl. YouTube, S. 592 ff.), fragte mich, ob ich nicht der Europäischen Linken beitreten wolle, deren Präsident er gerade geworden war. Ich bedankte mich für diese Frage und antwortete, ich würde lieber fraktions- und parteilos bleiben so kurz vor der Wahl, schließlich wäre alles andere für beide Seiten rufschädigend. Dann mussten wir beide lachen.

Mit Bodo Ramelow unterhielt ich mich anschließend über die Sperrklausel, die die Groko Haram noch schnell zur EU-Wahl einführen will, weil bei der letzten Wa... Pardon, bei der vergangenen Wahl muss es heißen – die letzte kommt ja erst noch, das wird die sein, die wir gewinnen, ZwinkerSmiley! – erstmals sieben Kleinparteien (Piraten, Tierschützer, Familienpartei, ÖDP, unsere PARTEI, Freie Wähler & der senile Udo Voigt von den Nazis) je einen Sitz im EU-Parlament errungen haben, und SPD/CDU aber in Zeiten sich rapide verschlechternder Wahlergebnisse gehobenen Wert darauf legen, je zwei dieser sieben Mandate sich über eine Prozenthürde wieder anzueignen, auch wenn wir davon ausgehen müssen, dass dann auch zwei an die kaputte AfD gehen werden. Ich berichtete Ramelow, dass von Seiten der SPCDU dabei mit beeindruckenden Lügen gearbeitet und immer wieder wahrheitswidrig betont werde, es gäbe so viele fraktionslose Parlamentarier wie nie zuvor, bei denen sei die Bestechlichkeit höher und das EU-Parlament praktisch nicht mehr arbeitsfähig. Das ist dann doch ein bisschen viel der Ehre, denke ich, dass durch die Anwesenheit von Julia Reda (Piraten) und mir das Parlament blockiert wird. Was aber übrigens dann auch gar nicht mal das Schlechteste für Europa wäre, wenn ich mir die Abstimmungsergebnisse so betrachte, die in dieser Legislaturperiode erzielt wurden von einer wirtschafts- und finanzwirtschaftsfreundlichen großen Koalition aus Konservativen und Nochkonservativeren. Erwähnte ich schon, dass man im EU-Parlament praktisch 36 Stunden am Tag dagegen ankämpfen könnte, dass die Bürger nicht komplett überwacht & ausgespäht, vergiftet und hinters Licht geführt werden?

Bodo Ramelow habe ich jedenfalls gebeten, im Bundesrat für unsere Position zu stimmen: Wenn trotz doch zweier recht deutlicher Urteile des Bundesverfassungsgerichts und gegen den Hinweis der sogenannten Venedig-Kommission der EU, dass es zum Merkmal gefestigter Demokratien gehört, im laufenden Jahr vor Wahlen das Wahlrecht nicht mehr gravierend zu ändern, eine Sperrklausel beschlossen werden soll, mit Zweidrittelmehrheit auch im Bundesrat, dann machen wir uns für eine ganz solide Fünf-Prozent-Hürde stark. Die macht nämlich die Wahl im Mai wirklich spannend; und das nicht nur für uns, die wir uns derzeit irgendwo

zwischen 1,0 Prozent (PARTEI-Ergebnis bei der Bundestagswahl) und vier Prozent einordnen (in Berlin, INSA-Umfrage: Das krawallorientierte Institut hat uns einmal in der Sonntagsfrage mitlaufen lassen, ohne dass wir den Auftrag erteilt hätten...).

Spannend nämlich auch für die CSU, diese irre regionale Splitterpartei aus Bayern, die seit Jahren aus durchsichtigen Motiven heraus das ganz Land politisch terrorisiert, und die mit Manfred Streber (Name vom Korrekturprogramm passend geändert) gerade den Vorsitzenden der konservativen Europäischen Volkspartei stellt (CDU, CSU, Orbáns ungarische Spinner, PISS-Partei und andere, die Gregor Gysi nicht mit der Kneifzange für die Europäische Linke anfragen würde), hatte bei der letz... vergangenen Europawahl deutschlandweit 5,3 Prozent der Stimmen geholt. Und die werden sie in der kommenden Wahl – bei Gott! – nicht mehr haben. Smiley.

Nachtrag: Na, sowas! Jetzt hat soeben Andrea Nahles doch tatsächlich bei „abgeordnetenwatch“ erklärt, dass es zur EU-Wahl noch keine Prozenthürde geben soll. Ich kann meine Enttäuschung kaum fassen. Die rechtspopulistische CSU wird wieder im EU-Parlament vertreten sein. Allerdings auch, wenn der Souverän es will, Die PARTEI. Trotzdem bleibt ein schaler Nachgeschmack. Da hat die Bundesregierung mit all ihren Möglichkeiten und mit nachdrücklicher Einflussnahme von Merkel, Maas und Steinmeier – wie aus vertraulichen Unterlagen des Auswärtigen Amts hervorgeht, die wir eigentlich nicht kennen sollten, hat Steinmeier auch als Bundespräsident noch Einfluss genommen, der Schlingel! – über viereinhalb Jahre hinweg 27 europäische Satellitenstaaten genötigt, einer Sperrhürde für Europawahlen zuzustimmen – und dann schaut der dämliche Staatsminister Michael Roth (SPD) eben erst hinterher ins Grundgesetz und stellt fest, dass man in Deutschland für so etwas eine Zweidrittelmehrheit im Bundesrat braucht. Die man nicht hat.

Europas Regionen

Mein Europäisches Berlin:
Martina Michels im Gespräch mit ihrer grünen Bürgermeisterin Monika Herrmann

(Aufzeichnung, Berlin, 28. August 2018, 14 Uhr)

Die linke Europaabgeordnete Martina Michels ist gebürtige Berlinerin, Monika Herrmann derzeit die grüne Bürgermeisterin ihres Heimatbezirkes. Sie begegneten sich im Frühsommer 2018 auf der Straße, hatten es beide eilig. Trotzdem stieg die Bürgermeisterin vom Fahrrad und beide nahmen sich eine halbe Stunde Zeit, um politische Konflikte und Strategien in den je eigenen Parteien und Parlamenten sowie auch persönliche Erlebnisse und Herausforderungen zu diskutieren. Kurzerhand wurde vereinbart, sich zu einem Interview oder Gespräch zu verabreden, um zu erörtern, wie europäisch Friedrichshain-Kreuzberg war und ist. Das Gespräch wurde am 28. August aufgezeichnet und redaktionell sanft gekürzt.

Martina Michels: Was bedeutet für Dich in Friedrichshain-Kreuzberg Europa?

Monika Herrmann: Europa ist nicht nur mit Friedrichshain-Kreuzberg, sondern auch mit mir als Person verbunden, damit, dass ich mich sehr stark als Europäerin fühle, natürlich glühende Berlinerin bin. Meine Familie kommt aus Berlin, hat ihre Wurzeln jedoch wie viele Berliner in anderen europäischen Ländern. Berlin ist ja eine Zuwanderungsstadt. So bin ich Berlinerin und Europäerin. Was Friedrichshain-Kreuzberg betrifft, sagt man schnell: Multikultur-Bezirk. Doch was heißt das eigentlich? Wir haben 170 verschiedene Nationalitäten im Bezirk, nicht nur Europäerinnen und Europäer, sondern die kommen tatsächlich aus der ganzen Welt. Wir haben traditionell starke europäische Communities, z. B. aus Polen. Durch schwieriger werdende wirtschaftliche Situationen sind viele aus anderen europäischen Ländern zu uns gekommen und fühlen sich hier sehr wohl, weil wir tatsächlich nicht monokulturell geprägt sind. Das, was Europa ausmacht, viele Menschen unterschiedlicher Herkunft, kann man hier im Kleinen miteinander erleben, Wir haben die Ost-West-Geschichte des Bezirkes, die Geschichte Kreuzbergs,

viele Besucherinnen und Besucher. Die Lichtseite davon: Der Bezirk ist in vielen europäischen Ländern durchaus bekannt und das macht eine natürlich auch stolz.

Martina Michels: Als gebürtige Berlinerin aus dem Friedrichshain, muss ich festhalten, dass ich durch den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, den ich für den spannendsten Berlins halte, eigentlich zu Europa gekommen bin. Die kulturelle Vielfalt, die vielen Nationalitäten, die Ost-West-Begegnung konnte man mit der Wiedervereinigung wie in einem Schmelztiegel erleben. Diese Erfahrungen des kulturellen Austausches, der Toleranz mit den Hausbesetzungen in der Mainzer Straße habe ich mit ins Abgeordnetenhaus genommen und bin relativ schnell in den Europaausschuss gekommen.

Gibt es besondere Erfahrungen, wie das Zusammenleben und die Mitsprache aller Communities im Bezirk organisiert werden?

Monika Herrmann: Jeder der hierherkommt, bringt etwas mit: seine kulturellen Eigenheiten, sein Heimatgefühl, seine Familiengeschichte. Das Positive ist immer: Es ergänzt sich. Aber die unterschiedlichen Vorstellungen müssen auch kompatibel gemacht werden, damit man es miteinander friedlich aushält. Und da ist es oft schwierig, wenn gefragt wird: Wer hat welche Privilegien, wer gehört zur Mehrheitsgesellschaft? Denn die haben wir auch im Bezirk. Wir haben durch die Gentrifizierung hier zunehmend mehr Menschen, die eher zu privilegierten Schichten gehören, beispielsweise aus Spanien, Frankreich, Griechenland. Man kann schon sagen, dass auch viele hier ihr Geld in Sicherheit gebracht, Wohnungen gekauft haben. Es gibt auch viele Startups, die hier ihr Glück versuchen. Und daneben auch die Ursprungsbevölkerung, im Friedrichshain, viele Ältere, die in der DDR aktiv waren, beruflich, politisch. Und viele, die in den frühen 90ern gekommen sind, vor allem Jüngere. In Kreuzberg haben wir genauso die, die in den 50er- und 60er-Jahren als sogenannte Gastarbeiter gekommen sind. Und alle sagen zu Recht, das ist ihr Stadtbezirk. Hier leben auch sehr arme Familien, unabhängig von ihrer Herkunft. Wir müssen aufpassen, dass die privilegierteren

Schichten nicht die Ellenbogen ausfahren, weil sie lauter sein können, und tatsächlich ihre Interessen auch einklagen, im wahrsten Sinne des Wortes. Da muss Politik Aushandlungsprozesse für alle organisieren. Es genügt der Blick auf den Wohnungsmarkt, um klar festzuhalten: Wenn wir nicht wollen, dass die angestammte Bevölkerung verdrängt wird, müssen wir handeln.

Beim kulturellen und auch religiösen Zusammenleben stellt man schnell fest: Das ist ein großes Thema in den Kitas und Schulen, aber auch in der Verwaltung. Wie spiegelt sich die Gesellschaft hier wieder? Ich erwarte schon, dass hier auch Menschen arbeiten, die aus anderen europäischen Ländern gekommen sind und nicht nur türkische Mitbewohnerinnen, worauf wir fälschlicherweise oft reduziert werden. Es geht dabei nicht um schöne Sprachfassungen unserer Verlautbarungen, sondern darum, wie die Menschen tatsächlich ins Gespräch kommen. Da Communities weltweit dazu neigen, gern unter sich zu bleiben, brauchen wir Netzwerke, die den Austausch wirklich unterstützen. Acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meiner Verwaltung gehen dafür in andere europäische Städte, früher drei, jetzt einen Monat. Es gibt den länderübergreifenden Jugendaustausch, lange mit Frankreich und Belgien. Dabei steht schon immer im Mittelpunkt, auch aus anderen Ländern zu lernen. Mit diesen Erfahrungen ist man sensibilisierter. Kindererziehung ist ein gutes Beispiel. Dänen haben gute Gründe, ihre Kinder lange draußen, auch bei sehr frischen Temperaturen, im Kinderwagen schlafen zu lassen, während eine deutsche Kitaerzieherin dabei Zustände bekommt. Im Austausch lassen sich Vorurteile am einfachsten abbauen. „Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung“ haben wir deshalb auch in einem Programm zum Thema gemacht. Politik hat hier durchaus Chancen, einen Alltag zu schaffen, in dem überzeugte Europäerinnen und Europäer heranwachsen.

Martina Michels: Würdest Du sagen, auch durch die Geschichte des Bezirkes, dass es hier eine besondere Affinität zu runden Tischen, zu Bürgerbeteiligung gibt?

Monika Herrmann: Stimmt. Runde Tische sind immer belächelt worden, aber wir waren da eisern. Jetzt ist es tatsächlich so. Am Görlitzer Park kann jetzt ein Parkrat

gewählt werden, um die Interessen der Anwohnerschaft zu vertreten. So wie wir das hier handhaben, haben wir schon als Bezirk ein Alleinstellungsmerkmal. Innerhalb meiner Partei, den Grünen, lief da vieles ganz anders als bei euch Linken. Meine Partei war von Kreuzberger Erfahrungen geprägt. Da kommen wir nochmal hin, wenn wir rekapitulieren, wie wir uns eigentlich kennengelernt haben. Das war 2001.

Martina Michels: Hast Du das genau recherchiert?

Monika Herrmann: Ja, das habe ich. Denn hier war tatsächlich deutschlandweit, und daran waren wir beide maßgeblich beteiligt, in einem geschichtsträchtigen Moment, die erste rot-rot-grüne Regierung...

Martina Michels: Nelke, Sonnenblume und Rose haben sich getroffen, eine Sensation!

Monika Herrmann: ...und damit war die sogenannte Nachfolgepartei, die PDS, das sind nicht meine Worte, auch in einem Westbezirk politisch gestaltend aktiv, also in Kreuzberg. Das war auch auf unserer Seite nicht einfach, wie hatten ja viele von Bündnis90, die aus der DDR-Opposition kamen, so dass es zu harten Auseinandersetzungen um die politischen Biografien kam.

Martina Michels: Doch genau das generierte eine andere Herangehensweise an Politik und eigentlich war die auch schon von Anfang an europäisch geprägt. So kam man ganz anders in die kulturellen Auseinandersetzungen.

Monika Herrmann: Da spielt noch etwas rein. Europaweit haben Kommunisten, wie in Italien und Frankreich, immer mal mitregiert. In Deutschland fielen bei dem Thema alle vom Hocker. Ich habe das nie verstanden. Endlich war hier mal europäische Normalität. Wie läuft es nun im Europaparlament, Martina? Inwieweit profitierst Du dabei von kommunal- und landespolitischen Erfahrungen?

Martina Michels: Wie das eigentlich funktioniert, ist gar nicht so einfach zu erklären. Wir haben ja dort keine Regierungs- und Oppositionsparteien, sondern für alle gleichermaßen als Gegenüber die Europäische Kommission. Das hat den Vorzug, dass du dann bei einem Bericht zur städtischen Dimension, beispielsweise mit dem ehemaligen CDU-Bürgermeister aus Berlin-Mitte, Joachim Zeller, zusammenarbeitest. Und dann bekommst du deine Positionen oder Änderungsvorschläge, die du als sogenannte Schattenberichterstatterin deiner eigenen Fraktion einbringst, auch durch. Versuch diese Arbeitsweise mal im Bundestag! Ich habe mich in Brüssel u. a. für den Regionalausschuss (und den Kulturausschuss) entschieden, weil da Entscheidungen vorbereitet werden, die Bürgerinnen und Bürger in der EU sehr unmittelbar betreffen. Die Mehrheit lebt in den großen Städten, das muss man dabei auch im Hinterkopf haben, wenn wir an Fördermittel für Integration, regionale Wirtschaft, digitale Infrastruktur usw. denken. Städtisches Zusammenwohnen ist hier eine Art Trendsetter, und Städte, wie eben auch Bezirke, benötigen da am Ende eigene, konkrete, passende EU-Förderungen für ihre Problemlagen.

Ich frage zurück: Kann eine Bürgermeisterin regionalpolitische Debatten in Brüssel neben den Tagesaufgaben verfolgen oder ist sie eher mit den Folgen befasst und überlässt den Verbesserungsbedarf und Fehlstellen europäischer Politik dem Berliner Senat? Sicher kann Monika immer mal vom Fahrrad absteigen und von mir aufgefordert werden, förderwürdige Projektideen zu entwickeln. Es muss doch auch andere Wege geben.

Monika Herrmann: Zuerst muss ich wohl festhalten, dass unsere Informationen zur aktuellen Europapolitik, die wir von der Landesvertretung und vom Senat bekommen, nicht gerade üppig sind. Programme, an denen wir teilgenommen haben, haben wir auch selbst beantragt, die sind von der Bezirksverwaltung initiiert worden. Klar, wir haben eine Europabeauftragte im Bezirk. Einiges wird sich demnächst ändern, weil auch neue, junge Leute in die Verwaltung kommen, die Englisch und oft noch mehr Sprachen können. Derzeit ist das noch ein echtes Problem, sowohl auf Bürgerämtern, aber auch im Senat. Ich halte nach wie vor viel

davon, wenn eine Anforderung der EU-Förderprogramme ist, dass das Programm mindestens in drei Ländern läuft, denn ich will nicht einfach nur Geld aus Europa. Ich will den europäischen Mehrwert haben, den des Austauschs. Dann muss man sich Partner suchen und kann voneinander lernen. Das muss ja nicht nur beim Fahrradweg sein. Doch wenn wir eine Mobilitätswende wollen, müssen wir festhalten: Andere europäische Städte sind viel weiter als wir und nicht so fixiert auf das Auto. Im Bildungsbereich machen wir sowieso schon viel tri-national. Das finde ich gut. Wenn wir das hier niedrigschwellig direkt organisieren können, ist das besser. Noch eine Landesebene dazwischen macht es nur mehr bürokratisch. Aber man braucht Leute, die das können, auch extern.

Aber auch Berlin muss mehr für Europa tun, das ja von Tag zu Tag mehr infrage gestellt wird. Da erhoffe ich mir auch einiges vom Europawahlkampf, wo wir genau diesen Mehrwert in den Mittelpunkt stellen müssen. Es geht ja dabei nicht um Steckdosen und Gurken. Da kollabiert der Amtsschimmel, das ist doch nicht das, was wir unter Europa verstehen. Es geht um viel mehr.

Martina Michels: Hast Du eigentlich einen Überblick über alle EU-geförderten Projekte im Land Berlin. Ich habe immer den Eindruck, Deutschland, auch Berlin, wuchert kaum mit dem, was an EU-Förderungen genutzt wird. Die letzte Übersicht vor 2017 hing an einer Kollegin, die das jetzt nicht mehr verantwortet, und seither muss man jedes Detail an Förderungen einzeln erfragen.

Monika Herrmann: Einen Überblick gibt es leider nicht. Wo überall in Landesprojekten Europamittel drin sind, das überblicken wir hier nicht. Und um es zuzuspitzen: Dass ihr da in Brüssel um die städtische Dimension als besonderes Förderkriterium gekämpft habt, das weiß hier doch keiner. Deshalb setze ich nochmal bei diesem kommunikativen Mehrwert an, den wir brauchen, um Menschen für eine sinnvolle Europäische Politik zu gewinnen. Klar liegt uns Linken der Umgang mit Griechenland schwer im Magen. Wir brauchen einen positiven Zugang.

Martina Michels: Das Letzte wäre, sich von der AfD antreiben und sich einen unlösbaren Konflikt zwischen nationalstaatlichen und europapolitischen Lösungen aufdrängen zu lassen. Heute lässt sich so vieles überhaupt nicht nationalstaatlich lösen, Du hast ja schon eine Mobilitätswende als Beispiel angesprochen, die wir brauchen, um die globalen Herausforderungen des Klimawandels auch vor Ort anzupacken.

Monika Herrmann: Ja, manche Linke setzen wohl auf den Nationalstaat, weil sie glauben, da eine überschaubare Ordnung vorzufinden, im Kleinen etwas verändern zu können. Doch Linke sind doch immer auch antikapitalistisch. Da endet nationalstaatlich fokussiertes Denken. Wenn ich gegen den Kapitalismus kämpfe, geht das nur international. Deshalb verstehe ich einen nationalstaatlichen Ansatz nicht als linkes Projekt, damit kannst du den Kapitalismus oder den Klimawandel nicht bekämpfen. Jeder Anfang ist ein Schritt zu etwas weniger Umweltzerstörung. Konsumveränderungen und Verzicht sind doch ohne einen Kampf gegen den Kapitalismus gar nicht vorstellbar. Klimawandel ist keine Frage für Akademiker, sondern eine der sozialen Unsicherheit. Das muss eine linke Bewegung im Ansatz mitdenken.

Martina Michels: Gestern war ich in Sachsen-Anhalt und natürlich werden die politischen Angebote der Linken überall und nicht nur im Sommerloch diskutiert. Auch dort kam ganz klar: Eine linke Sammlungsbewegung kann nie national beschränkt sein, sollte immer international sein.

Monika Herrmann: Ich habe Euren Leipziger Parteitag im Juni verfolgt. Da hat Gregor Gysi eine Rede gehalten, die war eigentlich allen, die links ticken, ins Stammbuch geschrieben. Er war ungewöhnlich ernsthaft und hat auf den Punkt gebracht, dass es nationalstaatlich nicht geht.

Martina Michels: Wir sitzen ja in Straßburg Tür an Tür mit euch Grünen und da hängt an einer Tür ein Plakat. Ich wünschte, es wäre von mir: „Von weniger Europa hat keine/r mehr.“ Genial.

Binnenmarkt – regionale Ungleichheit und alternative Entwicklungsstrategien

Harald Wolf

„Eine harmonische und ausgeglichene Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft“ – so lautet das Wohlstandsversprechen der Europäischen Union. Die Realität in der EU sieht jedoch anders aus. Von einem „hohen Grad an Konvergenz in der Wirtschaftsleistung“, wie ihn Art. 2 des EG-Vertrags fordert, kann keine Rede sei. Das wirtschaftliche Gefälle zwischen den Mitgliedsstaaten, noch verstärkt durch die Finanz- und Eurokrise, hat nicht ab- sondern zugenommen. So lag 2008 Spaniens Bruttoinlandsprodukt pro Kopf bei 77 Prozent, Griechenlands bei 69 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung. 2017 lag Spanien nur noch bei 63 Prozent, Griechenland im Gefolge der radikalen Austeritätspolitik nur noch bei dramatischen 42 Prozent des deutschen Niveaus. Aber nicht nur die Schere zwischen den einzelnen Mitgliedsländern klafft weiter auseinander, auch die Kluft zwischen strukturschwachen Regionen innerhalb der Mitgliedsstaaten ist angewachsen. Nicht von ungefähr wird in der politischen Diskussion von „abgehängten“ Regionen und Landstrichen gesprochen. Dabei sollten doch der europäische Binnenmarkt mit der Freizügigkeit für Kapital, Arbeitskräfte, Waren und Dienstleistungen in Verbindung mit den Kohäsionsfonds zur Angleichung von Wirtschaftsleistung und Lebensstandard führen.

Die Ursache für diese Entwicklung liegt in einem grundlegenden Irrtum der neoliberalen Ideologie. Demnach müssten die freien Kräfte des Marktes zu einem Ausgleich zwischen reicheren und ärmeren Wirtschaftsregionen führen. Demnach fließe Kapital automatisch in die wirtschaftlich schwächeren Regionen mit einem größeren und billigeren Arbeitskräfteangebot, die höhere Erträge auf das investierte Kapital versprechen. Diese Entwicklung soll durch die europäischen Strukturfonds unterstützt und flankiert werden. Nach diesem Modell liegt der entscheidende Grund für anhaltende oder gar wachsende wirtschaftliche Unterschiede

zwischen Regionen an Hindernissen für das Funktionieren des freien Marktes, an ungenügender Mobilität von Arbeitskräften und Kapital[1]. Die Antwort auf regionale wirtschaftliche Ungleichgewichte besteht demnach für diese neoliberale Denkschule in einer weiteren Liberalisierung der Märkte.

Die Fokussierung auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit und die Liberalisierung der (Arbeits-) Märkte verkennt jedoch, dass unterschiedliche Produktionsstrukturen und -systeme wesentliche Faktoren für wirtschaftlichen Erfolg oder Misserfolg einer Region sind[2]. Entscheidend sind u. a. die Existenz eines komplexen Innovationssystems aus Unternehmen, Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen und staatlichen Institutionen, der Grad der Spezialisierung von Unternehmen, ihre Kooperation und ihre Einbindung in internationale Wertschöpfungsketten. Agglomerations- und Massenproduktionsvorteile sowie das technologische Niveau der Produktion spielen eine wichtige Rolle für die Möglichkeit wirtschaftlich starker Regionen in einem freien Binnenmarkt, ihren Vorsprung durch Spezialisierung, Produktinnovation und hohe Wertschöpfung auszubauen. Unter den Bedingungen eines freien Marktes drohen sich die ökonomischen Vorteile von Wachstumsregionen zu kumulieren, während der Rückstand der ärmeren Regionen zunimmt.

Die Regionalpolitik der EU mit ihrer Orientierung auf Infrastruktur und Stärkung des „Humankapitals“ ist den Regeln des Binnenmarktes, dem Dogma des freien Marktes, untergeordnet. Eine Überwindung der regionalen Disparitäten ist mit diesem Instrumentarium jedoch zum Scheitern verurteilt. Denn dazu müsste die zentrale Aufgabe von Politik nicht in der Marktoptimierung bestehen, sondern sie müsste als strategischer Organisator einer zielgerichteten Industriepolitik und des Umbaus von Produktionsstrukturen agieren. Notwendig wäre eine koordinierte Strategie, um nicht nachhaltige und wettbewerbsfähige Produktionssysteme zu transformieren. Höhere regionale Wertschöpfung, Schaffung eines Innovationssystems aus Unternehmen, Wirtschafts- und Forschungseinrichtungen und eine entsprechende Integration in europäische und internationale Wertschöpfungsketten sind die Ziele. Dazu müssten auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene Entwicklungspläne

1 Vgl. Petra Behrens, Marc Smyrl, A conflict of rationalities: EU regional policy and the Single Market, in: Journal of European Public Policy, September 1999, p. 423

2 Vgl. ausführlich dazu: Michael H. Best, Productive Structures and Industrial Policy in the EU, www2.euromemorandum.eu/uploads/best_productive-structures_and_industrial_policy_in_the_eu.pdf

durch die unterschiedlichen Stakeholder entwickelt werden, von Gewerkschaften, Unternehmen, lokalen und regionalen Regierungen, Wissenschaftseinrichtungen, Umweltorganisationen...

Soll eine solche Strategie erfolgreich sein, erforderte das den Bruch mit dem Glauben an die heilsame Wirkung freier Märkte und die darauf basierenden Binnenmarktregeln. Die Erfahrungen anderer Länder bei der Überwindung regionaler Ungleichheit zeigen, dass „Maßnahmen eines dosierten Protektionismus, der regionale Entwicklungsräume befristet vor übermächtiger Konkurrenz schützt“[3] sich durchaus bewährt haben. Ein wichtiges Instrument beim Aufbau neuer Produktionsstrukturen können daher ”Local content“-Regeln sein. So könnte z. B. bei der Ausschreibung öffentlicher Aufträge nur Unternehmen aus der Region zugelassen oder verlangt werden, dass bestimmte Komponenten und Produkte aus regionaler Produktion stammen müssen. Europäische Beihilferegeln müssten für strukturschwächere Regionen modifiziert werden, um, zeitlich befristet, regionale Unternehmensstrukturen stützen zu können. Die Vergabe von Mitteln aus den Strukturfonds und die Vergabe öffentlicher Aufträge sollten an Kriterien wie Tarifbindung und weitere Kriterien guter Arbeit gebunden werden.

Regionale Ausnahmeregeln vom Binnenmarkt wären keine Neuigkeit. So darf Polen bis zum Jahr 2020 14 Sonderwirtschaftszonen betreiben. Warum also angesichts des Scheiterns der bisherigen Regionalpolitik für strukturschwächere Regionen nicht Ausnahmen von den Binnenmarktregeln schaffen, die einen Umbau der Produktionsstrukturen und damit eine Angleichung der Lebensverhältnisse in der EU und innerhalb der Mitgliedsstaaten ermöglichen würde?

3 Hans-Jürgen Urban, Die demokratische Wertschöpfungsunion: Eine neue Erzählung für Europa, https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2016/oktober/die-demokratische-wertschoepfungsunion-eine-neue-erzaehlung-fuer-euro

„Ich habe da eine tolle Idee!“
Praktische Empfehlungen für EU-Geldsucher

Renate Eras

„Ich habe da eine tolle Idee!“ – so oder so ähnlich beginnen die meisten Projekte. Europa sprüht vor Kreativität und Lust, insbesondere in den Graswurzelstrukturen der Kunst, Kultur, Bildung, Jugend, Wissenschaft, Wirtschaft sowie in vielen sozialen und bürgernahen Strukturen der Kommunen. Nach vielen erwartungs- und hoffnungsvollen Wegen zu Freunden, Partnern, Vorgesetzten, Organisationen und Verwaltungen kommt allzu häufig die Antwort: „Die Idee klingt interessant, aber dafür haben wir kein Geld!“ Oft werden damit tolle Ideen im Staub des Alltags zertreten, die viel Zukunftspotential für die Entwicklung europäischer Regionen und auch der Nachbarstaaten der EU in sich tragen.

Vielleicht hat die EU ja Geld für Deine Idee?
Die Delegation der Linken im Europäischen Parlament betreut seit 2016 eine online verfügbare und stetig aktualisierte EU-Fördermittel-Plattform[1]. Diese Plattform bietet praxisnahe Tipps und Tricks zur Antragstellung, die im Übrigen nicht nur Gültigkeit für europäische Förderprogramme haben. Die Beiträge orientieren sich an folgenden ausgewählten Förderthemen: Bildung & Jugend, Kultur & Medien, Integration, Wissenschaft, Umwelt & Energie, Wirtschaft & KMU, Beschäftigung & Soziales und Tourismus.

Darüber hinaus wird über aktuelle Deadlines für Förderanträge und über gesonderte Aktionsprogramme informiert. Durch die erfreulich hohen Zugriffe lässt sich ermitteln, was besonderes Interesse findet und in welchen Bereichen noch tiefergehende Informationen sinnvoll sind. Über die grundlegenden Förderprogramminformationen hinaus wird vermittelt, wie man Partnerinnen und Partner für EU-Projekte findet, und auf Fachliteratur verwiesen.

1 https://www.eu-foerdermittel.eu

Was will ich erreichen?
Mit ihren Projektideen scheitern Engagierte oft schon daran, dass sie nicht genau beschreiben, was sie mit ihren Aktivitäten erreichen wollen. Ein förderwürdiges Ziel zu formulieren ist eine kleine Wissenschaft für sich. Man muss es schon klug = smart anstellen, um dem EU-Förderer ein überzeugendes und überprüfbares Ziel zu vermitteln, das **s**trukturiert. **m**essbar. **a**kzeptiert. **r**ealistisch und **t**erminiert ist (smart).

Projektakteure sind anfangs oft zu „selbstverliebt" in ihre Idee und vernachlässigen tendenziell den europäischen Projektaspekt. EU-Förderer verbinden konkrete Anforderungen mit ihrer Mittelvergabe, die mit der Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen in Europa verbunden und in langen Debatten innerhalb der EU-Institutionen, insbesondere dem einzigen demokratisch gewählten Gremium, dem Europaparlament, sowie dem Europäischen Rat und der Europäischen Kommission, aber auch im Ausschuss der Regionen und im Ausschuss für Wirtschaft und Soziales, in oft heiß umkämpften politischen Auseinandersetzungen, entstanden sind. Jedes geförderte EU-Projekt muss einen Mosaikstein zur Lösung dieser Herausforderungen beitragen. Das begründet die europäische Bedeutung des Projekts. Kein Projekt ist zu klein, um einen europäischen Mehrwert zu erbringen!

Wer ist die Zielgruppe im Projekt?
Mit der Festlegung des europäischen Mehrwertes muss ebenso definiert werden, wem konkret die Projektergebnisse nutzen. Die Projektakteure erhalten bei einer Bewilligung Geldmittel für die Umsetzung ihres Vorhabens, die nicht in erster Linie der Finanzierung der Projektakteure dienen dürfen!

Wie setze ich das Projekt um?
Der Weg vom Start zum Ergebnis ist selten eine wunderbar glatte Autobahn. Eher müssen sich die verantwortlichen Projektkoordinatoren während der Projektlaufzeit mit Baustellen, Staus und eventuell auch mit Unfällen auseinandersetzen. Ein erfolgversprechendes Projekt setzt eine realistische und nachvollziehbare Planung der Arbeitsschritte voraus, die den verfügbaren Kapazitäten und Kompetenzen

der ausführenden Partner entspricht. Der Arbeitsplan muss sowohl realistisch als auch anpassungsfähig sein. Das verlangt Fingerspitzengefühl bei der Planung von Pufferzeiten für wesentliche Parameter, wie z. B. Personal und Zeit. Ein Projekt ist wie ein lebendiger Organismus: Life is live! Gutachter geben der Qualität des Projektarbeitsplanes eine hohe Priorität!

Mit wem setze ich das Projekt um?

Selbst auf lokaler Ebene geht der jeweilige EU-Förderer (z. B. Europäischer Sozialfonds/ESF, Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung/EFRE, Europäischer Fonds zur Entwicklung ländlicher Räume/ELER) zumeist davon aus, dass selbst eine juristische Person, wie zum Beispiel ein eingetragener gemeinnütziger Verein, oft kein komplexes mehrjähriges Projekt allein erfolgreich umsetzen kann. Daher ist es erfolgsrelevant, wer in ein Projektkonsortium eingebunden wird. Grundlegende Voraussetzungen sind sich sinnvoll ergänzende fachliche Kompetenzen. Ebenso wichtig ist eine nachvollziehbare Rollenverteilung innerhalb der Partnerschaft. Unerwünscht beim Förderer sind „Alibi-Partner", die aufgrund ihres anerkannten Namens oder aus anderen Gründen in das „Projektboot" geholt werden. Neben den budgetrelevanten direkten Projektpartnern sind oftmals auch assoziierte Partner möglich, die zwar kein Geld aus dem Projekt erhalten, dem Projekt jedoch durch Netzwerke, Verbreitungsaktivitäten oder als Multiplikatoren von Nutzen sind. Drum prüfe, wer sich in einem Projekt bindet!

Was kostet das Ganze?

Es ist wie in einem Familienhaushalt: Zuerst fordern alle das Maximum – selbst der Hund. Dann schauen alle auf das verfügbare Familienbudget und sich gegenseitig in die Augen. So ähnlich funktioniert das auch bei der Vergabe von EU-Mitteln in einem Förderprogramm. Zumeist ist bereits beim Aufruf zur Einreichung von Projektanträgen (call for proposal) definiert, wie hoch das Gesamtbudget dieses Aufrufes ist. Oft wird dann im Handbuch (Guide) auch bekannt gegeben, wie hoch die maximale Förderhöhe pro Projekt ist bzw. wie viele Projekte in diesem Aufruf gefördert werden können.

Die Kalkulation eines realistischen Projektbudgets basiert auf:

- dem Personalbedarf zur Umsetzung der Arbeitspakete;
- dem Kostenbedarf, wie z. B. Reisekosten, Ausstattung (Abschreibungen), Verbrauchskosten, sonstige Kosten, Gemeinkosten zur Erarbeitung der Projektergebnisse;
- dem Abgleich mit der maximalen Fördersumme des Förderers.

Wenn der realistische Finanzbedarf wesentlich größer ist, als das EU-Programm bereithält, muss das Projekt-Team das Projektkonzept überdenken oder einen anderen Förderer in Betracht ziehen. Es ist nicht ratsam, einen unrealistischen Finanzplan einzureichen. Gutachter können zumeist auch rechnen!

Zu beachten ist unbedingt die Förderquote des jeweiligen Programms. In den seltensten Fällen werden 100 Prozent der Projektgesamtkosten gefördert. Im sozialen Bereich ist 80 Prozent eine übliche Förderquote. Wirtschaftsnahe EU-Förderungen (z. B. für Kleine und Mittelständische Unternehmen/KMU) bieten oftmals nur ca. 50 Prozent an. Es ist also sehr wichtig, bereits in der Phase der Projektplanung zu prüfen, wie der finanzielle Eigenanteil im Projekt gesichert wird!

Es ist kein Spaziergang, erfolgreich EU-Fördermittel einzuwerben. Denn es sind Steuermittel der EU-Bürgerinnen und -Bürger, die hier ausgegeben werden. Dadurch wird verständlich, dass die Vergabe nach prüfbaren Regeln erfolgen muss. Trotzdem sind diese Regeln kein Hexenwerk! Mit ausreichender inhaltlicher, organisatorischer und zeitlicher Vorbereitung, die eine umfassende Beratung einschließt, ist ein erfolgreicher Projektantrag definitiv möglich und erfolgreich! Die vielen in den letzten Jahrzehnten bereits mit EU-Mitteln umgesetzten Projekte sprechen für sich. Alle fingen so an: „Ich habe da eine tolle Idee!“.

Europas Grenzen

„Ich bin ja nur der Tropfen auf den heißen Stein.“
Europa zwischen Flüchtlingsabwehr und Integration

Robert Liebscher

Auf einer Podiumsdiskussion, die am Freitag, dem 23. November 2018, in Berlin stattfand, war Robert Liebscher als Aktivist von „no border kitchen“, einer Gruppe, die auf Lesbos für Menschen kocht, welche auf ein faires Asylverfahren warten, zu Gast. Neben ihm waren drei Politikerinnen auf dem Podium, Petra Pau, die Bundestagsvizepräsidentin moderierte und Katina Schubert, die Arbeitsmarkt- und migrationspolitische Sprecherin im Abgeordnetenhaus Berlins und Landesvorsitzende der LINKEN, sowie Martina Michels, gaben Auskunft zu Aspekten der Landes- und Europapolitik, wenn es um Menschen geht, die Asyl benötigen oder Menschen, die versuchen nach Europa einzuwandern. Wir haben im Rahmen dieses Bandes, ausschließlich die Antworten von Robert Liebscher dokumentiert. Er berichtete über seine Erfahrungen auf Lesbos, antwortete zum anderen auf die Frage, welche politischen Forderungen für ihn sofort zur Lösung anstehen.

Wir verweisen zugleich gern auf das ganze Video der Veranstaltung auf der Homepage von Martina Michels.

Die Lage auf Lesbos ist erdrückend. Als Aktivist, 2016 war ich das erste Mal dort, merkst Du gleich: Ich bin ja nur der Tropfen auf den heißen Stein. Was man dort erlebt, verbirgt sich ansonsten hinter der schwer verständlichen Vokabel vom strukturellen Rassismus. Die Gestrandeten auf Lesbos müssen aufgrund einer lokalen Verordnung der griechischen Regierung ein Asylverfahren durchlaufen. Das große Problem, sie werden überhaupt nicht humanitär versorgt. Der griechische Staat oder die EU werden ihrer Verantwortung nicht gerecht. Das Camp ist ein ehemaliges Gefängnis und über 9.000 Menschen leben da. Das ist immer sehr schwankend. Ausgelegt war das Camp damals für maximal 3.300 Menschen und

eine Aufenthaltsdauer von 30 Tagen. Soweit ich weiß, gibt es für die derzeitige Lage nicht einmal einen Flucht- und Rettungswegeplan für einen Brandfall.

Es ist ein sehr komplexes Problem. Zum einen geht es um die humanitäre Versorgung. Wir als Helferinnen und Helfer unterstützen sowohl die gesundheitliche Versorgung als auch die juristische Betreuung, letztlich die Befragungen der einzelnen „Fälle“. Das heißt, wenn man es als Geflüchteter aus der Türkei dorthin schafft, nicht von der türkischen Küstenwache abgefangen und zurück gebracht wird, muss man sein erstes Interview absolvieren, in dem die Identität festgestellt wird. Das ist ein normales Verfahren. Weil aber so viele Menschen dort sind und die administrativen wie auch ehrenamtlichen Strukturen so schwach sind, zieht sich so etwas mittlerweile bis zu zweieinhalb Jahre hin. Es gibt also Leute, Freunde von mir, die dort seit zweieinhalb Jahren festsitzen. Seitdem werden ihnen grundlegende Rechte, wie Zugang zu Bildung oder Arbeit, vorenthalten.

Ich war von Anfang April bis Mitte Juli 2018 erneut auf der Insel und habe für 300 Leute täglich gekocht und nachts nach Booten Ausschau gehalten. Innerhalb dieser vier Monate gab es einen Angriff von 200 Faschist*innen auf eine Demonstration von Geflüchteten, mehrere gewaltsame Auseinandersetzungen verschiedenster ethnischer Gruppen, ca. 6.000 Geflüchtete sind angekommen, NGO’s, wie Pikpa, wurden verklagt und kurz nach meiner Zeit eine Bekannte von der Küstenwache für über hundert Tage in Untersuchungshaft gesteckt mit der Anklage: “Beihilfe zur illegalen Migration in die EU”. Das ist nur ein kleiner Ausschnitt der sozialen Folgen der humanitären Missstände.

Das Humanitäre ist das eine. Zum anderen wiegt diese Entscheidung, „sichere Herkunftsländer“ zu deklarieren, schwer. Real gesehen haben nur noch Syrerinnen und Syrer eine Chance, Asyl zu bekommen oder weiterzukommen. Daraus folgt ein Kreislauf aus Kriminalität, der Handel mit gefälschten Papieren, wodurch wiederum mehr Leute kriminalisiert werden. Das ist ein riesiger Kreislauf. Leute, die beispielsweise aus dem Iran kommen und eine andere sexuelle Orientierung

haben, was real ein starker Fluchtgrund ist, bekommen überhaupt keine Chance mehr auf ein faires Verfahren oder die Möglichkeit weiterzukommen.

Wenn man sich am Morgen in das Camp begibt, dann ist es offensichtlich, dass es keine Chance auf ein faires Asylverfahren gibt. Dort stehen um sieben Uhr ungefähr drei- bis vierhundert Leute vor einem dreifachen Zaun dieser Asylbehörde. Alle versuchen ihre Anträge und Papiere durch diesen Zaun hindurch zu stecken. Dahinter stehen drei Beamte. Diese versuchen die Termine an diesem Tag zu machen, doch es sind viel zu viele. Einerseits ist die große Zahl an Menschen ohnehin erdrückend. Es waren teilweise sogar bis zu 12.000 Menschen dort und es versagte die komplette Abwasseranlage. Die Leute leben im Dreck unter wirklich schlimmen Umständen.

Um einen Abschluss zu finden aufgrund der Komplexität der Probleme: Es ist aus meiner Sicht dieser strukturelle Rassismus, dass Menschen aufgrund einer anderen Nationalität in all ihrer Individualität gar nicht mehr als Menschen mit Grundrechten gesehen werden. Sie sind auf dieser Insel gefangen, ohne irgendwie einen Zugang zu einem fairen Verfahren zu haben.

Meine erste politische Forderung aus der Perspektive des Aktivisten ist erst einmal, dass endlich der menschenwürdige Umgang mit Geflüchteten sichergestellt wird. Mir ist bewusst geworden, dass das eine Riesenaufgabe ist. Und auch wenn die politische Stimmung derzeit in eine andere Richtung geht, muss festgehalten werden: Camps wie Moria stellen keine Möglichkeit dar, wie man mit Menschen umgehen bzw. in welche Situationen man sie bringen sollte. Jegliches Grundrecht wird dort missachtet. Gerade in der Griechenland-Türkei/EU-Türkei-Beziehung steht für mich fest: Dieses Abkommen funktioniert nicht. Dessen gute Intention, Schmuggler, die sich nicht um Menschenleben kümmern, denen es egal ist, ob die Menschen auf der anderen Seite ankommen, zu bekämpfen, widerspricht der Praxis, was derzeit mit den Asylsuchenden geschieht. So etwas kann man nicht über eine Ausgleichszahlung an die Türkei regeln, um die Verantwortung noch weiter abzuschieben als bis nach Griechenland. Das geht nun schon über zweieinhalb Jahre

und letztendlich sind immer noch viele Menschen angekommen. Die Situation hat sich eher verschlechtert als verbessert in Griechenland, zumindest auf den Inseln. Es wird Zeit, dass man sichere Einreisewege schafft!

Ich habe in meinen Nachtschichten viel darüber nachgedacht. Diese Logik, dass ich als weißer, privilegierter Deutscher einfach mit meinem Pass im Hafen auf meine Fähre gehen kann, 15 EURO zahle und direkt nach Ayvalik rüberfahre und mir keine Sorgen um mein Leben machen muss, während andere Menschen vor Krieg fliehen und vor Verfolgung und kaum eine andere Möglichkeit haben, als ihr Leben in einem überfüllten Schlauchboot zu riskieren, ist so absurd. Ich fragte manchmal nach den Kosten der Überfahrt. In den letzten Monaten waren das so 600 bis 800 EUR umgerechnet. Was da an Geld in den Schwarzmarkt fließt und man nicht einmal sagen kann, wohin dieses Geld geht! Wenn man das sicherer und legal machte, Konzepte entwickelt, die davon ausgehen: „Okay, ihr seid noch nicht in Europa, wollt aber nach Europa, in der Türkei ist die Lage noch wesentlich schlechter", dann müssen wir uns doch zuerst solidarisieren mit diesen Menschen. Wie schaffen wir es, dass sie nicht mehr in diese Boote steigen müssen? Klar brauchen wir auch Kooperationspartner, doch mit denen muss man auch kooperieren können! Doch mit Libyen wird es doch noch deutlicher. Ich war im letzten Jahr in Brüssel und durfte dort den Frontex-Chef hören, der vor dem Parlament stand und sagte, er habe keinen Ansprechpartner in Libyen, mit dem er verhandeln kann. Es ist furchtbar schwierig, doch wir müssen uns diesen Prozessen stellen, damit dieses Massensterben im Mittelmeer aufhört.

Und natürlich muss es aufhören, NGO's und Menschen, die solidarisch sind, einfach Freizeit, Kraft und Energie da reinstecken, um den Ausgleich, den der Staat nicht schafft, zu bewältigen, die unabhängig und selbststrukturiert die gröbsten Mängel der Versorgung versuchen zu beheben und Projekte zu starten, zu kriminalisieren.

Die Südstaaten sind massiv überfordert mit der Bewältigung des Problems, weshalb die rechte italienische Regierung derzeit auch ihr Bestes gibt, um auch

dort NGO's zu kriminalisieren und die Route zu schließen. Doch dies sollte doch nicht die letzte Konsequenz einer verfehlten Migrationspolitik sein – Menschen ertrinken zu lassen. Länder wie Deutschland und zentral gelegene europäische Mitgliedsstaaten sollen sich endlich sagen: Ja, wir haben hier unsere Verantwortung gegenüber südeuropäischen Staaten und haben sie in der Vergangenheit nicht ernst genommen. Das ist absolut ungerecht, mit Griechenland, als strukturschwaches Land, besonders geschwächt auch durch die Finanzkrise, in Europa so umzugehen. Da muss etwas geschehen, dass sie die Situation mit Migrantinnen und Migranten auf den Inseln menschenwürdig bewältigen. Selbst wenn man nach Athen schaut, wächst das Chaos. Natürlich schafft man so etwas nicht von heute auf morgen, aber sich diesen Problemen nicht zu stellen, ist auch keine Lösung.

„Sie haben nichts gefunden, außer unsere Hoffnung!“

EU-Türkei-Beziehungen: Ein Trauerspiel in mehreren Akten

Martina Michels

12. Oktober 2015

Tiefflieger stiegen auf. Wir standen zwischen tausenden Menschen, die zum Friedhof in Diyarbakır/Amed gekommen waren, um Abdullah Erol, ihrem HDP-Kandidaten, die letzte Ehre zu erweisen. Er war beim Attentat am 10. Oktober in Ankara umgekommen. Mit ihm über einhundert Menschen. Wir fragten unsere Dolmetscherin, warum die Sicherheitskräfte derart provozieren, die Trauerfeier stören. „Sie provozieren nicht, sie fahren Angriffe“, gab sie zur Antwort. Der Grabstein wird einen kleinen roten Stern bekommen: Der Tote ist keines natürlichen Todes gestorben. Davon gibt es viele.

Wir wollen in der Innenstadt etwas essen. Doch wahllos wurde mit Tränengas auch in den nicht abgesperrten Bezirken vorgegangen. Tagespläne waren Makulatur, Gespräche wurden unterbrochen. Zitronen, die den Rauch unter den Augen abfangen, sollten tägliche Begleiter werden. Doch grundsätzlich wurde uns davon abgeraten. Solches Gepäck könnte zu Verhaftungen führen. Wir zeigen damit nur, dass wir zu einer Demonstration gehen wollen.

1. November 2015

Die HDP überspringt noch immer mit 10,8 Prozent und 56 Sitzen die Hürde zum Parlamentseinzug. Am 7. Juni waren es 13,1 Prozent mit 80 Sitzen. Erdoğans absolute Mehrheit ist zum zigsten Mal dahin. Wir lernen am 2. November den Menschenrechtsanwalt Tahir Elçi, den Präsidenten der Rechtsanwaltskammer von Diyarbakir kennen. Am 28. November wird er ermordet. Andere, von Amnesty International, mit denen wir 2016 eine Konferenz in Istanbul ausrichteten, wurden verhaftet oder verließen die Türkei. Wir halten Kontakt, so gut es geht.

7. März 2016
Die Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten verkünden den EU-Türkei-Deal in einer Mitteilung des Europäischen Rates.

15. Juli 2016
Erdoğan bezeichnet den gescheiterten Putsch als Geschenk Gottes. Alle politischen Kräfte verurteilen den Putsch. Es wäre eine Chance gewesen, auf die politische Opposition zuzugehen. Doch die Regierung griff zum Ausnahmezustand. Der Aufhebung der Immunität folgte die Verhaftung von Politiker*innen, der HDP-Führung, vielen Bürgermeister*innen, Journalist*innen, Akademiker*innen. Die Menschen im Südosten der Türkei kämpfen gegen die Vertreibung aus ihren Häusern.

10. Februar 2017
Ein Versuch, gemeinsam mit dem Parteivorsitzenden der LINKEN, Bernd Riexinger, Demirtas im Gefängnis zu besuchen, scheitert. Die gesamte Machtausübung seit den Wahlen im Juni 2015 gleicht, statt einer politischen Auseinandersetzung, einem staatlich gestützten Racheakt gegen die politische und gesellschaftliche Opposition. Wir sprechen mit Gewerkschaften, Frauengruppen, Akademiker*innen, die sich auf das Referendum vorbereiten, welches Erdoğan die präsidiale Allmacht ermöglichen soll. Die „Hayir“ (Nein-) Kampagnen haben begonnen. Und letztendlich ist der hauchdünne Sieg für Erdoğan so etwas wie ein Anfang von Ende. Das Land ist tief gespalten. Oppositionelle Medien werden massiv verfolgt.

13. April 2017
Kurz vorm Referendum fuhren wir zum Prozess gegen Figen Yüksekdağ damals Co-Vorsitzende der HDP. Es ist einer der vielen, üblichen Prozesse, bei denen die Inhaftierten oft nicht einmal die Anklage kennen und per Video aus dem Gefängnis zugeschaltet werden. Es ging um einen Interviewabsatz aus einer deutschen Tageszeitung, den bis dahin noch nicht einmal die Anwältin zu sehen bekam. Haarsträubend. Demaskierend. Ein politischer Prozess jenseits von Rechtsstaat, demokratischer Öffentlichkeit, fern von Rechten der politischen Opposition und ohne jede faire Berichterstattung.

11. Februar 2018

Unser Hotel lag fußläufig vom Tagungsort, der riesigen Ankara-Sporthalle. Auf dem HDP-Parteitag sollten zwei neue Co-Vorsitzende der drittgrößten Partei in der Türkischen Nationalversammlung und der demokratischen, linken Opposition in der Gesellschaft gewählt werden. Panzer und Wasserwerfer in Wartestellung, Müllautos der Stadtverwaltung dienten als Straßensperren. Ein Meer an Sicherheitskräften belagerte den Tagungsort. Telefonate, Zickzackfahrten. Irgendwann standen wir in eine Warteschlange von kleineren Bussen und Autos der Parlamentsabgeordneten. Passkontrollen. Durchzählen. Warten. Irgendwann hieß es: aussteigen, ohne Schreibzeug und Taschen. Feuerzeuge und Kugelschreiber nahmen uns die Sicherheitskräfte ab. Doch die HDP hatte vorgesorgt. In den Parteitagstaschen waren der Rechenschaftsbericht und ein wunderschönes Heft mit Stift. Das Handwerkszeug der Stunde.

Ins Innere der Sporthalle vorgedrungen, erwartete uns einer der schönsten Momente des Tages: Stimmung wie vor einem Rockkonzert. Die Saalregie hatte vor der eigentlichen Eröffnung ordentlich was auf die Ohren gegeben und spontan tanzten die Delegierten und die Gäste auf den Rängen. Hoffnung, getragen von Mut und Zusammenhalt, lag im Raum. Es wurde laut mitgesungen, die Menschen im Saal feierten sich. Viele drückten sich im Wiedersehen, einige hatten schlaflose Nächte hinter sich. 100 gecharterte Busunternehmer hatten – unter Druck – die Aufträge storniert, HDP-Mitglieder von Istanbul nach Ankara zu bringen, so dass sich zahllose private Fahrzeuge kurzentschlossen nach Ankara in Bewegung setzten. Sie wurden mehrfach gestoppt und durchsucht, so dass einer der Teilnehmer auf dem Parteitag den offensichtlichen Misserfolg der Kontrollen zusammenfasste: „Sie haben uns gestern Nacht so oft durchsucht und nichts gefunden, außer unsere Hoffnung."

Die Begeisterung wiederholte sich bei der Begrüßung der Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Alle standen für die Frauen auf, die um ihre Toten trauerten, die in den ausgebrannten Kellern in Cizre während der Aussperrungen umkamen. Die größeren Regionalverbände aus den kurdischen Städten Batman oder Diyarbakır/Amed wurden leidenschaftlich begrüßt. Unvorstellbar, vergleichbare Szenen auf

manch anderen linken Parteitagen zu erleben. Wir heulten vor Freunde. Alle Bilder waren wieder da.

11. Dezember 2018

Das Europaparlament verurteilte die Inhaftierung von Selahattin Demirtaş, des ehemaligen Co-Vorsitzenden der HDP. Am 20. November hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte der türkischen Regierung ins Stammbuch geschrieben: Die Inhaftierung ist rechtswidrig. Geschlagene 20 Minuten wurde in der aktuellen Stunde im Europaparlament alles aufgerufen, was in der Türkei schiefläuft. Doch seit dem EU-Türkei-Deal schweigen die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten zu all den Rechtsbrüchen, umsorgen ihren Handelspartner Türkei, liefern Waffen, Deutschland vorneweg. Sie bewegen sich keinen Millimeter in Richtung einer humanen Flüchtlingspolitik der EU. Sie sind mitschuldig an den Rechtsstaatsbrüchen der türkischen Regierung im Inland, sie äußern sich nicht mehr zum völkerrechtswidrigen Einmarsch in Afrin und nicht zu Verfolgungen von Oppositionellen außerhalb der Türkei.

Jetzt zieht der NATO-Partner USA aus den selbstverwalteten Regionen Nordsyrien ab, während Erdoğan sich für ein zweites Afrin in Stellung bringt. Wird die EU weiter wegsehen? Viele Konservative halten sich doch da lieber gern bei der populistischen Debatte um das Ende der Beitrittsverhandlungen auf, für sie eine Lebenslüge, die man nun mal eingestehen soll. Es ist nichts anderes, als das Schweigen zu Erdoğans Innen- wie Außenpolitik mit lautem Getöse zu übertünchen und dabei die Hälfte der Bevölkerung im Regen stehen zu lassen. Damit kappt man jeden Dialog über Medienfreiheit und unabhängige Justiz. Das wäre der komplette Sieg Erdoğans, wenn er dann sagen kann: Seht doch, die EU will uns gar nicht!

Machen wir uns stark für die gesellschaftliche Opposition in der Türkei, für die Freilassung der politischen Gefangenen, für Möglichkeiten, eine demokratische Türkei noch denken und die Kurdenfrage über die Türkei hinaus friedlich lösen zu können! Dazu müssen der EU-Türkei-Deal aufgekündigt und das Wegschauen beendet werden.

Interim III

„Berlin ist wie eine zweite Mutter für mich“

Yousef Alkayari

Aufzeichnung eines Gesprächs zwischen Yousef Alkayari und Konstanze Kriese
Berlin, November 2018

Konstanze Kriese: Welche Musik hörst Du am liebsten?

Yousef Alkayari: Ich mag sehr gern klassische, ruhige Musik: Beethoven, Mahler, Mozart-Opern, Verdi, Richard Wagner, Klaviermusik von Chopin und auch klassische Musik wie von der Sängerin Umm Kulthum – مّ كلثوم, oder dem Sänger Abd al-Halim Hafez – عبد الحليم حافظ. Aber ich mag auch modernere arabische Musik, die alte Musikstile aufnimmt: Hani Shaker – هاني شاكر, Kathem Al-Saher – كاظم السامر und viele andere interessante Sänger und Sängerinnen wie Fairuz – فيروز.

Konstanze Kriese: Ich muss zugeben, ich habe nur einen Roman von Rafik Schami gelesen. Die Geschichte spielt zumeist in Italien, in Homs und Damaskus. Was sollte ich über Syrien wissen, jenes Syrien, welches Du verlassen musstest? Was sollte ich davon wissen, lesen und gehört haben? Wir erfahren von arabischen Schriftstellern oft nur dann, wenn einer den Literaturnobelpreis erhält, so wie Naguib Mahfouz im Jahr 1988.

Yousef Alkayari: Ich verstehe auch nicht, warum man hier so wenig über Syrien weiß, obwohl es viele Deutsche gibt, die Arabisch sprechen. Wie zum Beispiel mein Nachbar hier in Berlin, der Historiker ist. Ja, wir haben viele gute Schriftsteller, aber die Frage, warum Ihr so wenig über Syrien wisst, müsst Ihr euch selbst stellen. Ich denke, es ist eine Frage der Kommunikation, der Medien. Und vielleicht ist es sogar unsere Verantwortung, unsere Kulturen in der Welt bekannt zu machen. Ich hoffe, dass die nächsten Generationen das besser machen und mit mehr Selbstvertrauen kommunizieren werden.

Konstanze Kriese: Hast Du in Berlin Freunde gefunden?

Yousef Alkayari: Viele. Ich mag die Art der Beziehungen und Freundschaften, die es hier gibt. Sie sind tief und offen und ich vertraue den meisten Menschen. Es könnte auch mit Berlin zu tun haben. Vielleicht habe ich hier eine Stadt gefunden, die zu mir und meiner Art zu leben passt.

Konstanze Kriese: Wie kannst Du und wie kann ich verstehen, was in Syrien gerade geschieht und warum es keine Lösung zu geben scheint? Und seit wann lebst Du schon in Berlin?

Yousef Alkayari: Ich denke, es ist ein internationales Spiel: ein großer Kuchen, von dem jeder ein Stück haben will. Jeder kämpft für sich. Erdoğan zum Beispiel gegen die Kurden. Ich wäre lieber auf dem Weg nach Europa gestorben, als länger in der Türkei zu bleiben. Die Welt sollte dem syrischen Volk helfen. Wir hatten vorher eine florierende Wirtschaft und gute Aussichten auf eine wirklich freie Gesellschaft. Jetzt haben weder Kinder noch ältere Menschen eine Chance, dort zu leben.

Als ich am 1. September 2015 mit dem Zug in München ankam, stand mir der Sinn nicht nach Musik. Die Herausforderung hieß: Sein oder nicht sein. Es war ein Kampf. Ich studierte Englisch in Syrien. Aber wegen des Krieges habe ich keinen Abschluss. Jetzt habe ich die Möglichkeit, mein Englisch-Studium wieder aufzunehmen. Dazu muss ich aber erst das Level C 1.2. in Deutsch erreichen. Erst dann kann ich wieder studieren. Derzeit habe ich dieselben Rechte wie alle, ich kann mir eine Arbeit suchen, mit einem blauen Pass reisen, mich frei bewegen.

Konstanze Kriese: Wir beide lieben Berlin. Warum liebst Du es?

Yousef Alkayari: „Berlin ist meine zweite Mutter“. Diese Stadt hat mein Leben verändert. Ich habe gute Freunde, guten Austausch. Es ist eine gemütliche Stadt.

Ich liebe sie. Das Leben ist nicht zu teuer. Hier fühle ich mich gleichwertig. Die Stadt gibt mir nicht das Gefühl, Ausländer zu sein. Das ist anders als in anderen deutschen Städten. Und das motiviert mich auch, auf andere Menschen zuzugehen.

Ich habe auch Fragen: Was denkst Du, was Deutschland in Zukunft über Menschen denken wird, die auf der Flucht sind? Wir haben nämlich Angst um unsere Zukunft. Kann es gefährlicher werden? Ich habe keine schlechten Erfahrungen gemacht, aber ich frage, ob sich das ändern könnte.

Konstanze Kriese: Die Zukunft ist offen und es ist nicht sicher, dass Europa aus der eigenen Geschichte lernt. 80 Prozent aller Einwohnerinnen und Einwohner Europas leben in Städten. Und in größeren Städten haben wir eine Menge hybrider Kultur, mehr Aussichten darauf, dass das Zusammenleben mit verschiedenen Geschichten, unterschiedlichen Ideen und unterschiedlichen Interessen funktionieren könnte. Doch rechtsextreme Parteien sind in ganz Europa laut geworden.

Yousef Alkayari: Europa hat eine lange Geschichte des Exils, wie wir bei Klaus Mann lesen können. Nach den Kriegen im Libanon und im Irak machen wir nun auch in Syrien, in der arabischen Welt so viele Kriegserfahrungen.

Konstanze Kriese: Unsere Medien sind voller unsachlicher Meldungen und irreführender Begriffe wie „Flüchtlingsströme“ oder „Flüchtlingswelle“. Aus einer globalen Perspektive ist das falsch und gelogen, die meisten Menschen auf der Flucht leben nicht in Europa.

Was wir brauchen ist mehr Wissen über die politische Geschichte in den Weltregionen und über die Vorzüge multikultureller Erfahrungen, wie es Naguib Mahfouz in seine Literatur eingeflochten hat. Er schrieb über sozialistische Ideen, Homosexualität und Gott und las Schriftsteller wie Kafka, Proust und Joyce. Und wie ich las, liebte er Detektivgeschichten aus der westlichen Welt und russische Schriftsteller.

Gibt es einen Gott?

Yousef Alkayari: Ja.

Konstanze Kriese: Ich weiß es nicht. Gesetzt den Fall, es gibt es einen Gott, glauben wir an verschiedene Götter?

Yousef Alkayari: Nein, wir glauben an denselben! (lacht)

“Berlin is like a second mother to me“

Yousef Alkayari

Konstanze Kriese: What’s your favorite kind of music?

Yousef Alkayari: Normally I like classical, quiet music, Beethoven, Mahler, Mozart Operas, Verdi, Richard Wagner. Piano music from Chopin,... and Arabic music, classical music, too: Umm Kulthum – كلثوم al-Halim Hafez – الحليم حافظ . – more modern Arabic music – is mixed with old music styles: Hani Shaker – هاني شاكر, I like also Kathem Al-Saher – كاظم الساهر and there are a lot of intersting singers, like Fairuz – فيروز.

Konstanze Kriese: I have to admit that I have only read a novel by Rafik Schami. The story even played mostly in Italy, in Homs and Damascus. What should I really know about Syria, that Syria you had to leave? What do I have to know, to read, to hear? We only hear something if suddenly an Arab writer got a Nobel prize of literature like Naguib Mahfouz back in 1988.

Yousef Alkayari: I don’t know why there is not much knowledge although there are many Germans who speak Arabic. For example I have a neighbor here in Berlin, he is a historian and is speaking the Arabic language very good. Yes we have a lot of

good writers, but why you know so little about Syria, is a question you should ask yourself. I think it is a question of communication, media or maybe our responsibility. We should be more active to bring our cultures to the world. I hope that the next generations can do that and will communicate with more self-confidence.

Konstanze Kriese: Did you make friends in Berlin?

Yousef Alkayari: A lot. I love the kind of relations, the kind of friendship here. They are deep, open and I trust most of the people. Could be it has something to do with Berlin. Could be I found a city that fits to me, a city of my kind to live in.

Konstanze Kriese: How can you and I understand what is going on in Syria? Why is the civil war still ongoing and why is there still no solution found? For how long have you been living in Berlin?

Yousef Alkayari: I think it is like an international game, a big cake. Everybody wants to have a piece of this cake. Everybody fights for himself, like Erdoğan against Kurdish people. I would have rather preferred to die on the way to Europe than to stay longer in Turkey. The world should help the Syrian people. We used to have a good economy before and a strong potential for becoming a free society. Now neither children nor older people will have a chance to live there.

When I arrived by train on the 1st of September 2015 in Munich, I wasn't in a mood for music. The challenge was to be or not to be, it was something like a battle. I studied English in Syria. Because of the war I left without a degree. Now I have the possibility to continue my English studies. But first I need to pass the C 1.2. level in German. I will start with a training. Now I have the same rights as others to look for a job, I can travel with a blue passport, I'm able to move.

Konstanze Kriese: We both love Berlin. Why do you? ...

Yousef Alkayari: "Berlin is my second mother", this city changed my live. I have good friends, good communication, it is a cozy „gemütlich" city. I love it. It is not so expensive, here I feel like all other people. Berlin does not make me feel a foreigner;

it's different than in other German cities. It also activates me to approach to other people.

But I have questions: What do you think what Germany will think on refugees in the future? We have fear about our future. Could it become more dangerous? I didn't make any bad experiences, but things could change.

Konstanze Kriese: The future is open and it is not for sure that Europe will learn from its own history. 80 percent of Europeans are living in cities. And in bigger cities we have a lot of hybrid culture, and therefore a higher potential that living together with different historical experiences and ideas could work out. But right wing parties are getting louder all over Europe.

Yousef Alkayari: Europe has so much exile history when we read Klaus Mann, for example. Syria and the Arab world have currently so much war experiences, too, after the wars in Lebanon, in Iraq.

Konstanze Kriese: But our media landscape is full of fake news, especially on refugees. Misleading terms are used, like „refugee flows", „refugee wave". These are lies, if you look at this from a global point of view. We need more education about political history, about the merits of a hybrid cultural experiences like Naguib Mahfouz, who involved ideas on socialism, homosexuality and god in his work. He used to read writers like Kafka, Proust, Joyce. He loved detective stories from western world, Russian writers, too, I read.

Is there a God?

Yousef Alkayari: Yes.

Konstanze Kriese: I don't know. Given the case there is a god – do we believe in different gods?

Yousef Alkayari: No, we believe in the same. (laughing)

Europa Digital

Wie der Frosch zur Minderheit wurde

Vier Thesen zu Anforderungen an linke Politik im digitalen Wandel

Karim Khattab

I. Wenn wir den Kampf ums Digitale nicht endlich annehmen, sind alle anderen Kämpfe bereits verloren.

Im linken Spektrum, sei es in der Politik, an den Unis, in Bewegungen, auf der Straße oder in der Publizistik, gibt es unzählige und unbeschreiblich wichtige Anliegen für die oder gegen die es sich zu engagieren gilt. Letztlich geht es meist um ein gutes, würdevolles und gesundes Leben, das allen Menschen zustehen sollte und das es zu erstreiten, zu erkämpfen und zu verteidigen lohnt. So weit, so gut. Solche Bemühungen können sich äußern im Kampf um anständige Löhne und Arbeitsbedingungen, um leistbare und faire Mieten, gegen ökonomische Monopole, gegen Kriege und Waffen, für eine tragfähige Gesundheitsversorgung, für Gleichberechtigung, gegen das Patriarchat, gegen totalitäre Ideologien und Ausgrenzungen und für und gegen vieles dergleichen mehr.

Die allermeisten dieser Auseinandersetzungen sind eng mit unserem, durch vorangegangene Generationen errungenen und fundamentalen Recht auf Widerstand verbunden, mit unserer Fähigkeit zur Selbstorganisation, mit unseren Möglichkeiten der Informiertheit und mit unseren Strukturen der Kommunikation. Diese Bereiche stellen das Rückgrat unserer heutigen Demokratie dar.

Was jedoch, wenn uns durch die neuen Möglichkeiten der digitalen Massenüberwachung, der Möglichkeit zur Archivierung und Be- sowie Hochrechnung der (zivil-)gesellschaftlichen Entwicklungen eben jene Grundrechte des Widerstands allmählich aus der Hand genommen werden? Ohne diese Rechte kann es in einer Demokratie ganz schnell ganz schön duster werden. Wenn der Widerstand potentiell im Keim erstickt werden kann, durch Kappung der Kommunikationswege, durch den Ausschluss von Personen von digitaler Teilhabe, durch Sabotage von Kommunikation

oder anderweitige Verhinderung der heutigen Organisationsmöglichkeiten. Nach der Systemtheorie von Luhmann ist die erste Regel jedes Systems, sich selbst zu schützen. Durch die Möglichkeit der digitalen Durchdringung unseres Alltags ist es der natürliche Schutzreflex, unsere Widerstandsfähigkeit durch Regulierung unserer digitalen Selbstbetätigung zu untergraben.

II. Jusqu'ici tout va bien: Alle systemrelevanten Teilsysteme sind überfordert. Drei der zentralen strukturellen Teilsysteme unseres politischen Systems DEMOKRATIE sind jene der Politik, der Wissenschaft und des Journalismus'. Seit dem Phänomen Internet jedoch, hat der gesellschaftliche Wandel mit schier exponentiell anwachsendem Tempo Fahrt aufgenommen. Der Computer, den wir in unserer Hosentasche tragen, spätabends auf den Nachttisch ablegen, bis er uns früh morgens wieder weckt und erneut bis zum Abend begleitet, steht symbolisch für die Durchdringung unserer Alltagserfahrung. Eigentlich wäre es längst an der Zeit, sei es seitens der Politik, der Wissenschaft oder eben der professionellen Öffentlichkeit, zum Innehalten und Überdenken des eingeschlagenen Weges aufzurufen, der uns geradewegs in die völlige Abhängigkeit von monopolistischen Digitalunternehmen führt. Doch möchte sich dieses Bedürfnis nach einer produktiven Schaffenspause keines dieser Teilsysteme eingestehen. Nach dem Prinzip: Wer zuerst blinzelt, verliert. Deshalb fahren wir den eingeschlagenen gesellschaftlichen Kurs einfach weiter, als wäre nichts passiert, als wären das Internet und dessen potentielle Gefahren infolge der erwirkten Dominanz durch nationale Politik in Verbindung mit nationalen und internationalen Konzernen ein kurzzeitiges und nebensächliches Phänomen.

Das Internet hat jedoch alles grundlegend verändert. Und dadurch, dass Politik und Unternehmen dessen vollständige Vereinnahmung aktiv betreiben und anzustreben scheinen, wird unser derzeitiger gesellschaftlicher, nahezu bedenkenloser und gestaltungsunwilliger Umgang mit dem Internet und seinen Ausprägungen zur Gefahr für unsere Überzeugungen und Ansprüche an eine demokratische Gesellschaft.

III. Die anhaltende humanitäre Krise kommt nicht ganz ungelegen: Die EU-Mitgliedsstaaten verhalten sich zur humanitären Krise wie die arabischen Staaten zum Palästinakonflikt.

Vielen ist das Gleichnis vom Frosch im Kochtopf ein Begriff: Wirft man einen Frosch in einen Topf mit kochendem Wasser, so wird er versuchen, sofort wieder hinaus zu hüpfen. Setzt man ihn aber in kaltes Wasser und erhitzt es nur ganz allmählich, so wird er kaum mitbekommen, wie er zu Froschsuppe wird. Dieser Frosch sind nunmehr Geflüchtete, Araber*innen und Muslime/a. Wir wiederholen dieselben rhetorischen Abwehrmechanismen wie schon in den Jahren nach 9/11, nur dass wir uns mittlerweile eine assoziative Melange aus Geflüchteten, Arabern, Muslimen und Terroristen auftischen lassen. In der „Sicherheits"-Debatte werden diese Begriffe beinahe synonym verwendet. Ein kurzer Blick ins Programm der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft genügt und ist nur eines von unzähligen Beispielen.

Maßnahmen zur sicherheitspolitischen Kontrolle der gesellschaftlichen Entwicklungen kommen im Deckmantel der „Sicherheitspolitik" auf Grund der vermeintlichen Gefahren durch angesprochene Gruppen daher. Unterfüttert durch mediale Reproduzierung erhalten die meisten solcher restriktiven Maßnahmen auch die Unterstützung eines zunehmenden und breiten Teils der Bevölkerung. Doch wie soll Integration ohne ein Grundrecht auf Privatsphäre und Datenschutz gelingen? Dieser aufrechterhaltene Teufelskreis scheint fast erwünscht, liefert er doch die perfekte argumentative Grundlage für die Ausweitung der Grundrechtseingriffe. Momentan betrifft es noch Randgruppen und Minderheiten – Naima und Ali werden schon was ausgeheckt haben. Wenn aber auch Max und Melanie fundamentale Einschränkungen ihrer eigenen Grundrechte erfahren müssen, ist die Suppe bald schon servierfertig.

IV. Die zentrale gesellschaftliche Lehre, die wir aus dem Dritten Reich ziehen müssten ist, unmissverständlich „Stopp" zu brüllen, wenn es potentiell zu gefährlich werden kann. Dieser Moment ist spätestens mit dem Auftritt Edward Snowdens und seinen Enthüllungen gekommen.

Der Antifaschismus ist fest in vielen europäischen Gesellschaften und im linken Spektrum verankert. Das ist gut, wichtig und notwendig. Doch, man stelle sich mal vor, das Dritte Reich hätte über die digitalen Möglichkeiten verfügt, die wir heute besitzen. Es gibt das Beispiel IBM, das in den besetzten Gebieten durch die maschinelle Volkszählung mit Lochkarten eine Vollerfassung der jüdischen Bevölkerung ermöglichte. So konnten Juden und Jüdinnen schnell und flächendeckenden aus ihren Leben gerissen werden.

Es bedarf nicht erst Fackeln und Stechschritten in den Straßen, um Widerstand zu leisten! Faschismus, Rassismus, systematische Stigmatisierung und Ausgrenzung kommen heute subtiler daher. Die Gefahr der gesellschaftlichen und demokratischen Aushöhlung vollzieht sich schleichend und das Dritte Reich lehrt, dass wir nicht warten dürfen, bis etwas unumkehrbar Schreckliches passiert ist. Die unkontrollierbaren Möglichkeiten der Massenüberwachungen bergen potentiell ein solch kritisches Risiko für unsere humanistischen Wertvorstellungen.

Man möchte sich kaum Drohszenarien ausmalen, in denen die Schmissträger der FPÖ irgendwann in Österreich an die Macht kommen; ein die jüdische Bevölkerung zählender Viktor Orbán Ungarn kontrolliert; Jarosław Kaczyński & Co. in Polen die religiösen Strippen ziehen oder wenn die Lega in der ewigen Stadt einmarschiert und Roma zählen lässt ... Oh!

Der lange Weg zum gemeinsamen europäischen Urheberrecht

Julia Reda

Das Urheberrecht muss an das digitale Zeitalter angepasst werden: Bei dieser Zielvorgabe sind sich noch alle einig. Wie viel unter dieser wohlklingenden Überschrift jedoch schief gehen kann, wenn man nicht um einen sorgfältigen Ausgleich der Interessen von Kreativschaffenden und Nutzer*innen bemüht ist, demonstriert die Genese der neuen Richtlinie zum Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt.

Der Ausgangspunkt war die durchaus richtige Erkenntnis seitens Kommissionspräsident Juncker, dass nationale Silos im Urheberrecht ein Problem darstellen – Nutzungen für Bildung, Forschung oder den Erhalt kulturellen Erbes machen oft an Landesgrenzen halt und es herrscht allgemeine Verunsicherung, wenn in der EU 28 verschiedene nationale Urheberrechte im Internet zur Anwendung kommen, weil die Onlinekommunikation nicht an Landesgrenzen Halt macht. Tut sie das doch, in Form von Meldungen wie „Diese Sendung ist in deinem Land nicht verfügbar", leiden darunter insbesondere sprachliche Minderheiten, Migrant*innen, Studierende und alle anderen Gruppen, die in mehreren Sprachräumen zuhause sind.

Von dieser durchaus sinnvollen Zielvorgabe war der Richtlinienentwurf, den der damalige Digitalkommissar Oettinger schließlich 2016 präsentierte und der sich gerade in der Zielgerade der Verhandlungen befindet, allerdings weit entfernt. Oettinger degradierte das Ziel einer Vereinheitlichung des Urheberrechts zu einem Nebenschauplatz und setzte den Schwerpunkt völlig einseitig: Bei Maßnahmen wie verpflichtenden Uploadfiltern und dem europaweiten Leistungsschutzrecht für Presseverleger geht es einzig um die Stützung der schwächelnden Geschäftsmodelle großer, lobbystarker Medienunternehmen. Der Effekt: Eine massive Machtverschiebung in Richtung der Verlage, die dann darüber entscheiden können, welche Inhalte wir online hochladen und welche wir wie verlinken dürfen – und in Richtung der Plattformen, denen die Rechtsdurchsetzung übertragen werden soll.

Die Urheber*innen selbst durften dabei lediglich als Feigenblatt herhalten. In zähen Verhandlungen im Europaparlament gelang es den progressiven Fraktionen zunächst, direkte Verbesserungen für sie hineinzuverhandeln: Erstmals sollen sie auf EU-Ebene vor Knebelverträgen geschützt werden. Sowohl Rat als auch Kommission wehren sich jedoch aktuell mit Händen und Füßen gegen diese Verbesserungen – und der Berichterstatter des Parlaments, der CDU-Abgeordnete Axel Voss, tut alles andere, als sie zu verteidigen. Dabei hatten Urheberverbände gerade deshalb für die Unterstützung der Richtlinie lobbyiert. Doch jetzt, da die Kreativen ihre Schuldigkeit getan und den Uploadfiltern zur Mehrheit verholfen haben, will plötzlich niemand mehr etwas von den Verbesserungen des Urhebervertragsrechts wissen.

Ein zeitgemäßes Urheberrecht muss völlig anders ansetzen: Es muss die Bedürfnisse sowohl von Kreativschaffenden, als auch von Nutzer*innen gleichermaßen berücksichtigen. Und es muss der Tatsache Rechnung tragen, dass sich diese beiden Gruppen im Internetzeitalter immer stärker überlappen. Menschen, die sich über Plattformen wie YouTube oder TikTok kreativ ausdrücken oder Memes und Remixe erstellen, sind ebenfalls legitime Urheber*innen. Wir brauchen eine europaweit verpflichtende Remixschranke, um ihre Werke rechtlich abzusichern.

Urheberrechtsschranken – wie jene für Zitate und Parodien – müssen europaweit vereinheitlicht werden, damit nicht länger auf der einen Seite einer offline längst unsichtbar gewordenen Grenze verboten ist, was auf der anderen erlaubt ist. Was analog möglich ist, etwa Werke in einer Bibliothek auszuleihen oder erworbene Werke weiterzuverkaufen, muss auch digital machbar sein. Auch Kopierschutzmaßnahmen dürfen legale Handlungen nicht technisch einschränken. Eine offene Norm, zusätzlich zu den bestehenden, spezifischen Ausnahmen vom Urheberrecht, macht es zukunftsfit für Erfindungen, die wir heute noch gar nicht voraussehen können.

Was uns allen gehört, muss auch allen zugänglich sein: Gemeinfreie Werke dürfen nicht durch Digitalisierung wieder unter das Urheberrecht fallen. Von Regierungsbeamten und Verwaltungsangestellten erstellte Werke sollen direkt gemeinfrei sein. Es muss klargestellt werden, dass alltägliche Handlungen im Netz, wie das Verlinken von Inhalten, keine Urheberrechtsverletzung darstellen.

Dass kommerzielle Internetplattformen für die Werke, die sie aktiv monetarisieren, Lizenzen erwerben, könnte tatsächlich zu mehr Gerechtigkeit in der Digitalwirtschaft beitragen. In der aktuellen Reformdebatte sieht aber alles danach aus, dass die Lizenzpflicht selbst für völlig unerwünschte Inhalte gilt – wenn etwa jemand ein geschütztes Musikstück auf einer Bildungsplattform hochlädt – und dass der einzige Weg, der Lizenzpflicht zu entgehen, der Einkauf von Filtern ist. Bei der Entwicklung der Uploadfilter, die so verpflichtend werden sollen, sind freilich genau die Technologieunternehmen Marktführer, gegen die sich diese Reform angeblich wenden soll.

Der Einsatz automatisierter Filter, die Uploads von Nutzer*innen erst nach einer Urheberrechtsprüfung freigeben, ist hingegen eine Katastrophe für die Grundrechte und eine staatliche Bankrotterklärung, weil hoheitliche Aufgaben der Rechtsdurchsetzung an von uns nicht kontrollierbare Algorithmen abgegeben werden. Da diese fehleranfälligen Algorithmen legitime Handlungen im Rahmen von Schranken nicht von Urheberrechtsverletzungen unterscheiden können, höhlen sie die Rechte der Nutzer*innen gezwungenermaßen aus. Die damit einhergehende Schuldumkehr ist alles andere als verhältnismäßig: Uploader*innen dürfen nicht bis zum Nachweis ihrer Unschuld als Urheberrechtsverletzer*innen gelten.

Angesichts konservativer Mehrheiten finden sich linke Politiker*innen bei der Urheberrechtsgesetzgebung allzuoft in die Rolle gedrängt, die Vorschläge der moderaten Konservativen gegenüber den Extremen zu verteidigen, um wenigstens die schlimmsten Ausweitungen des Urheberrechts zu verhindern. Nach fünf Jahren im Europaparlament kann ich konstatieren: Selbst wenn wir Uploadfilter und

Leistungsschutzrecht noch verhindern können, ist diese Reform für die dringend benötigte europäische Vereinheitlichung des Urheberrechts eine verpasste Chance. Umso dringender müssen wir in unseren Programmen für die nächste Legislatur ein Urheberrecht skizzieren, für das es sich zu kämpfen lohnt: Eines, das Grundrechte wahrt, die Interessen von Kreativen und Nutzer*innen fair ausgleicht und über die Forderungen von Großkonzernen stellt.

Open Access – Noch keine Realität in den Museumswissenschaften. Und was bringt uns die Zukunft? Zwei Perspektiven und eine Botschaft an die Europa-Politik!

Nora Grunwald, Oliver Rump
Berlin, Oktober 2018

Ja, wir wollen Open Access! Aber was bedeutet es für den Alltag im Bereich Museumswissenschaften an einer Hochschule? Aus zwei Perspektiven – Hochschullehrer und Studierende – und zwei zeitlichen Horizonten – Gegenwart und Zukunft – sollen die Potenziale und Problematiken eines solch radikal anmutenden Reformschrittes im Urheberrecht realitätsnah beleuchtet werden.

Open Access und seine Folgen aus der subjektiven Sicht eines Hochschullehrers im Museumsbereich

Ein Erlebnisbericht aus der Zukunft

Oliver Rump

Als Wissenschaftler in der Lehre bin ich in den Zeiten von Open Access endlich nicht mehr zwiegespalten. Vorher war mir doch das eigene Recht am Werk oft näher, als das Recht der Anderen, da ich mich viel anderer Werke bedienen musste, um eine ausgewogene Lehre darzustellen und selber aber stark durch das alte, egoistische Urheberrecht geprägt war. Endlich brauche ich mir keine Gedanken mehr machen, welchen Ausschnitt eines Buches ich oft in viel zu kleinem Umfange nur zur Verfügung stellen darf. Den Studierenden ermögliche ich heute frei auch das nötige Drumherum, durch das Zurverfügungstellen ganzer Werke, zu erfassen. Wie oft hatte ich früher ein schlechtes Gewissen und Angst vor Ermahnungen, dass irgendwann rauskommen würde, was ich im Namen der hohen Wissenschaftlichkeit

und für meine Studierende so gemacht habe, hinsichtlich halb- oder gar illegaler Verbreitung fremden Materials. Nun ist mein wissenschaftliches Arbeiten in diesem Bereich wieder ganz und gar legal.

Es ist für mich als Professor allerdings auch bequemer, mich nicht auf die zugegeben zeitaufwändige und anspruchsvolle Auswahl der Werke und ihrer Ausschnitte einlassen zu müssen. Vielleicht stelle ich bald auch gar nichts mehr speziell Ausgewähltes online; das wäre noch einfacher für mich. Die Studierenden können ja selber unter meiner Anleitung auch alles frei zugänglich finden. Die direkte Auffindbarkeit durch Suchmaschinen und von Nachweisdiensten hat sich ja geradezu revolutioniert. Aber wäre das für die Studierenden besser? Student*innen, die weniger zeitliche Ressourcen zur Verfügung haben, geraten dabei ggf. ins Hintertreffen, da sie meine und die allgemeine Fülle an Literatur sicherlich schnell finden, aber nicht in dem Umfang lesen können. Schön ist, dass nun auch Studierende Zugang zu ehemals teurer Literatur erhalten. Aber bleibt vielleicht trotzdem alles beim Alten hinsichtlich der Privilegierung von Studierenden mit mehr Ressourcen, da nun eben Zeit wichtiger als Geld wird? Vielleicht nicht ganz, da schneller zugegriffen und zügiger nach Relevanz selektiert werden kann.

Ich ärgere mich nun nicht mehr, wenn ich mitbekomme, dass Kolleg*innen meine Fachbücher schlecht eingescannt durch ganze Institute kursieren lassen. Nein, ich erfreue mich daran, da ich weiß, dass so viele Studierende an meinem Wissen teilhaben können. Und merke dadurch auch, wie viele Fachkolleg*innen meine Arbeit schätzen. Und es sind nun gar nicht mehr nur Studierende und Bibliotheksgänger*innen, die mich mit Fragen bombardieren bzw. interessante Hinweise zu meinen Studien geben. Es ist angenehm zu sehen, wie meine Forschungen nun in viel breiteren Kreisen find- und sichtbar werden und dadurch Reaktionen provozieren. Die Ruhe in unseren kleinen, beschränkten Zirkeln hat sich gelegt und Museumskunde ist erstaunlich oft gesellschaftlich sichtbar geworden. Gut ist, dass die Urheberpersönlichkeitsrechte, wie Namensnennung, in vollem Umfange ganz bei mir als Urheber bleiben.

Die Community an Museumswissenschaftler*innen in meinem Bereich Museumsmanagement ist doch sehr begrenzt. Da ist die stärkere Sichtbarkeit Dank Open Access nach außen, aber auch die Erhöhung der Anzahl der internen Diskussionen durch eine schnellere und breitere gegenseitige Rezeption und stärkeres gegenseitiges Zitieren ein Faktor, der die Wissenschaftlichkeit in einem so kleinen Fach erfreulich verbessert. Mein wissenschaftliches Renommee hat sich erhöht und da wir bei unserer W-Besoldung als verbeamtete Hochschullehrer*innen auch einen Leistungsbezug mit entsprechenden Evaluationsverfahren haben, macht sich das sogar finanziell erfreulich bemerkbar.

Endlich bediene ich mich aber auch der etwas teureren Verlage. Früher auch hier zwiegespalten, denn meinem Ruf war der „bessere" Verlag doch zuträglicher, war mir immer klar, dass einigen Universitätsbibliotheken und Studierenden sicherlich dadurch der Zugang zu meinen Publikationen verwehrt war. Dank Open Access hat sich das nun verbessert und beides ist möglich: digitale Zugänglichkeit und aufwändige Verlagspublikation.

Graue Literatur und Literatur von Verlagen mit geringerem Renommee oder kleinerem Marketingbudget sind nun gleichwertig im Internet hinsichtlich ihrer Zugänglichkeit geworden. Die Zitationsraten haben, Dank meiner allgegenwärtigen Open–Access Artikel, erheblich zugenommen und das motiviert mich mehr als vorher. Schreiben bringt wieder richtig Spaß!

Früher habe ich mich geärgert, dass meine Kollegen und ich, zugegeben gut aus der öffentlichen Hand finanziert, publiziert haben und wir dann unser gesellschaftlich subventioniertes Wissen wieder für unsere Hochschul- und Institutsbibliotheken zurückkaufen mussten. Dieser Handel ist nun vorbei! Bei Zeitschriften war das besonders problematisch, da unserer Bibliotheken bei beschränktem Budget gerade teure Periodika mit geringer Auflage, typisch für unsere kleinen Exotenfächer, nicht mehr abonniert hatten.

Aufpassen muss ich jetzt noch immer, dass weder meine Studierenden noch ich in die Falle gehen, dass die einfacher zugänglichen Werke auch die relevanteren sind. Aber es freut mich, dass meine und die Reputation meiner Kolleg*innen nun nicht mehr direkt von den Marketingaktivitäten und dem Status meines Haus-/Stammverlages – quasi käuflich – abhängig sind.

Meine Arbeitssituation hat sich zugunsten einer höheren Forschungseffizienz enorm verändert. Ich muss nun immer seltener in Bibliotheken laufen oder langfristige Fernleihen organisieren, da so viel mehr im Internet zur Verfügung steht. Auch im Home Office oder im Feriendomizil bin ich Dank freiem, digitalem Material vom Bücherschleppen befreit. Und die Zusammenarbeit im Kollektiv an gleichen Werken aber an verschiedenen Orten ist bequem, zum Teil sogar automatisiert durch Softwaretools und Kollaborationsplattformen möglich geworden und Alltag. Selbst zu meinen Kolleg*innen in Übersee halte ich Kontakt und tausche mich nun verstärkt aus, auch wenn stagnierende Dienstreiseetats früher manchen Austausch verhindert haben. Mein Kohlendioxid-Fußabdruck und der allgemeine Papierverbrauch sind natürlich kleiner geworden, dafür bin ich mehr von der Elektrizität abhängig. Moderne Übersetzungstools gestatten mir nun schnelle Vorübersetzungen von sonst sprachlich unzugänglicher Literatur.

Zur Vorsicht muss ich doch immer mehr mahnen, wenn es um die Nichtwissenschaftler*innen in unserem Museumsbereich bzw. auch gern um manche „Heimatforscher*innen“ geht, die Pseudowissenschaftliches und/oder vielfach (schlecht) Abgeschriebenes nun quasi gleichwertig publizieren. Hier wünschte ich mir manches Mal einen seriösen Verlag mit guter Redaktion und exaktem Lektorat zurück, der das nicht angenommen oder zumindest korrigiert hätte. Nun gut, schwarze Schafe gab es auch damals unter den Verlagen. Ich durfte leider auch schon erfahren, dass nun auch veränderte, „gefakte“ Versionen meiner Aufsätze kursieren. Das ist unseriös, war aber klar bei den einfachen Manipulations- und Verbreitungswegen ungeschützten digitalen Materials. Rechner- und Datensicherheit ist zur großen Herausforderung geworden, denn ohne IT läuft nichts mehr.

Die jetzt immer mehr kursierenden Preprints sind für mich Segen und Fluch zugleich. Nutzbringend, so schnell schon von neuen Ergebnissen zu erfahren, wäre etwas mehr Zeit einer besseren Qualität oft zuträglicher gewesen. Die Fähigkeit der Quellenkritik ist weiterhin und noch mehr in Zeiten von Open Access gefordert.

Selbstverständlich müssen interne Veröffentlichungen auch intern bleiben, das ist gerade im Museumsbereich wichtig, da wir es häufig mit sensiblen Daten zu tun haben, die unseren Open-Access-Publikationen zu Grunde liegen (z. B. Personen-/ Standort- und Wertangaben zu Objekten). Es muss also deutlich werden, dass Open Access hier seine Grenzen bei uns hat.

Museen sind auf (unbegrenzte) Langfristigkeit ausgelegt, daher können gerade sie mit ihren IT-Strukturen (Museumsservern) und Kenntnissen über archivgerechte Datenformate gute Repositorien für Open–Access–Publikationen zukünftig darstellen. Und da die geänderte Rechtssituation nun auch redundantes Speichern an verschiedenen Museumsorten erlaubt, ist noch ein zusätzlicher Risikoschutz gegeben.

Museen sind der Tresor der materiellen Hinterlassenschaften unserer Gesellschaft seit langem, aber nun können sie es auch für Open-Access-Wissen werden.

Begrenzter Informationszugang im Studierendenalltag der Museumswissenschaften

Eine kritische Bestandsaufnahme heute

Nora Grunwald

Das Studium der Museumswissenschaften bedeutet, einen Austausch mit Professor*innen, Kommiliton*innen und musealen Institutionen einzugehen. Ausstellungen und Vermittlungsprogramme werden genauestens betrachtet, analysiert, problematisiert und es werden neue, angemessene Formen der Wissensaufbereitung gefunden. Es geht um den Erhalt und Umgang mit kulturellem Inhalt, um Objekte und die dazugehörigen Geschichten, um verschiedenste Meinungen – und das alles im Spannungsfeld zwischen vermeintlicher Objektivität und selektiver Subjektivität der Besucher*innen. Um das leisten zu können, muss auf Informationen, Bilder und Best-Practice Beispiele zugegriffen werden.

Möchte man sich als Student*in auf die Recherche begeben, so gibt es diverse Informationsquellen, welche aufgrund urheberrechtlicher Belange allerdings nicht immer frei zugänglich sind:

Die Bibliothek: Findet sich in der Bibliothek tatsächlich die einschlägige Literatur? In Berlin ist dies einfach zu handhaben, gibt es doch zahlreiche Bibliotheken und Wissenszentren diverser Bildungseinrichtungen. Allerdings sorgte bspw. im letzten Jahr die monopolistische Preisgestaltung des Wissenschaftsverlags Elsevier für Furore, dessen Zeitschriftenabonnements für viele öffentliche Einrichtungen kaum mehr erschwinglich waren, und das bei Inhalten von u. a. durch die öffentliche Hand bezahlten Wissenschaftlern. Wie kann man sich bei einer solchen Abhängigkeit von Wissen darauf verlassen, dass Informationen auch tatsächlich zur Verfügung stehen und nicht durch den Kampf um Reputation seitens der Publizierenden oder Einschränkungen durch Verlage ausgedünnt werden?

Der Professor: Auf hochschulinternen Plattformen werden den Student*innen Literatur und Bilder zur Recherche bereitgestellt, allerdings greift hier trotz Bildungskontextes der Urheberrechtsschutz und es dürfen seit der letzten Reform 2017 neuerdings offiziell nur 15 Prozent eines Werkes dort zur Verfügung gestellt werden. Die Auswahl der Werk- oder Textausschnitte wird durch den Professor getroffen und stellt somit kaum mehr als einen Verweis auf das Gesamtwerk dar. Presseartikel dürfen nicht weitergegeben werden; ein Zugeständnis des Gesetzgebers an die Presseverlage. Einzig auf das stark begrenzte Zitatrecht können Student*in und Professor*in sich stets stützen.

Das Museum: Das Museum selbst ist natürlich Kerngegenstand der Recherche in den Museumswissenschaften. Dort findet man ausgewählte und aufbereitete Informationen wie auch Originalobjekte. Allerdings greift auch hier der Urheberrechtsschutz: Erst siebzig Jahre nach dem Tod der Urheber*in wird ein Werk gemeinfrei. Und so manches Mal stößt der Besucher auf ein Fotografierverbot. Das Fotografieren im Museum ist grundsätzlich für den privaten Zweck wie auch die eigene Forschung zulässig, ein Teilen der Bilder bspw. im Sinne von Social Media bei noch urheberrechtsgeschützten Werken allerdings nicht, da es im Sinne dessen eine Vervielfältigung darstellt – ein Kanal, der unter Studierenden erschöpfend genutzt wird. Selten sind Abbildungen der Werke auf der Museumswebsite zu finden. Somit bliebe noch der Weg, den teuren Ausstellungskatalog zu erwerben, was das Budget Studierender oftmals übersteigt. Insgesamt doch viele Restriktionen bei Sammlungsgut und Museumsarbeit, die ebenfalls meist mit öffentlichen Mitteln erworben und gefördert sind.

Die Bilddatenbank: Wichtig ist für ein Fach, das mit Objekten und vor allem Kunstwerken arbeitet, dass für die Forschung exzellentes Bildmaterial zur Verfügung steht. Datenbanken wie Europeana oder Prometheus sollen ein Verzeichnis für das gemeinsame kulturelle Erbe darstellen. Allerdings sind diese Datenbanken trotz Förderung seitens der EU kaum vollständig. Viele Museen haben nicht die personellen Kapazitäten oder sind sich weiterhin unklar über die

Rechtslage und stellen Inhalte daher nicht ein. Die Qualität der Bilder ist zumeist nicht hochauflösend, wodurch man sich letztendlich doch mit den im Überfluss auf Google zur Verfügung stehenden Bildern auseinandersetzt – oftmals natürlich mit unklarer Bildherkunft.

Die Online-Bibliothek: Viele Verlage oder Wissenschaftsinitiativen wie Jstor oder SpringerLink stellen Artikel auch im Internet zur Verfügung. Dies ist oft mit Kooperationen zwischen den Universitäten verbunden, sodass man nach Überprüfung des Studentenstatus einen freien Zugang erhält. Allerdings wurden auch hier vormals frei zugängliche Daten eingeschränkt (bspw. nur eine gewisse Anzahl von Artikeln pro Monat lesbar) und zahlungspflichtige Premium-Accounts eingeführt. Geistiges Eigentum wird immer mehr zur Ware, Informationen werden „erkauft" und die Wissensvermehrung wird eingeschränkt.

Das Internet und Social Media: Informationen werden unter Kommiliton*innen geteilt – dies passiert wohl kaum mehr über Mail sondern großflächig über diverse soziale Netzwerke und natürlich durch Präsentationen im Seminar selbst. Nach dem Urheberrecht gilt allerdings Teilen als Kopieren. Der kontinuierlich fortschreitende Wandel hin zur Wissens- und Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts und unsere „neuen" Kommunikationskanäle werfen zahlreiche Fragestellungen auf und verlangen nach neuen Organisationsmustern unserer Gesellschaft. Das Internet bietet als erstes Medium die Voraussetzungen, Wissen und Kulturerbe auf moderne, übergreifende, zeitunabhängige und interaktive Art darzustellen und zu verbreiten. Der rasche Wandel unserer Zugriffsgewohnheiten und eine steigende Abhängigkeit vom Internet als Informationsquelle münden darin, dass vor allem das rezipiert wird, was im Netz zu finden und verfügbar ist. Um den Urhebern ihre Lebensgrundlage nicht zu entziehen, müsste grenzübergreifend allerdings über neue Finanzierungskonzepte nachgedacht werden, was für die sich langsam voran wälzenden Gesetzesstrukturen wie ein Kampf gegen eine Flutwelle sein muss.

Viele Hindernisse im Zugang zu nötigen Informationen prägen zusammengefasst den Alltag heutiger Studierender in den Museumswissenschaften. Open Access und europaweite Harmonisierung im Urheberrecht und Datenverkehr wären daher unsere Wünsche an die Europapolitik.

Interim IV

Her mit dem sozialistischen Europa![1]

Gabi Zimmer

„Die europäische Revolution muss sozialistisch sein, um unseren Bedürfnissen gerecht zu werden; sie muss sich für die Emanzipation der Arbeiterklasse und die Schaffung menschlicherer Lebensbedingungen einsetzen."
Manifest von Ventotene

Ein Gefängnis auf einer Insel im Mittelmeer. Drei Inhaftierte schreiben heimlich ihre Vision zur Zukunft Europas auf Zigarettenpapier – das war 1941. Dieser Text der Antifaschisten Altiero Spinelli, Ernesto Rossi und Eugenio Colorni wird als das Manifest von Ventotene berühmt – einer der wichtigsten Entwürfe zur europäischen Integration. 2017, bei den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der EU-Gründung, nehmen die Regierenden in der EU dieses Manifest völlig selbstverständlich für sich in Anspruch. Sie verschweigen, dass Spinelli eine sozialistische europäische Integration vorschwebte, die zuerst die Freiheit der Menschen garantieren und künftige Kriege zwischen den Staaten in Europa verhindern sollte. Im Gegenteil, bei der feierlichen Unterzeichnung der Römischen Verträge warfen Spinelli-Anhänger Flugblätter von der Galerie des Teatro Adriano, um gegen das entstehende „Monster" zu protestieren. Es sind heute wie damals dieselben Eliten, die dieses Manifest genauso vereinnahmt haben wie die europäische Idee eines friedlichen Miteinanders der Menschen, ohne Grenzen.

Die von rechten und neoliberalen Regierungen und Konzernen besetzte EU steckt in einer grundlegenden Krise. Die Kürzungsdiktate, die Rettung privater Banken, die Privatisierung des Öffentlichen und die autoritäre, undemokratische EURO-Politik haben nicht nur Armut und Arbeitslosigkeit über einige EU-Staaten gebracht. Diese Politik zerstört das Vertrauen vieler Menschen in die EU. Die Erklärung der Regierungen zum 60. Jahrestag liest sich wie ein Weiter-So ohne Vision. Die Vorschläge zur Zukunft der EU von Kommissionspräsident Juncker verharren im

1 Gabi Zimmer: „Genug Gemeinsames" in Disput, Februar 2018 (https://www.die-linke.de/disput/detail///genug-gemeinsames/)

neoliberalen Dogma. Eine soziale und solidarische EU bleibt in weiter Ferne. Die Europäische Säule sozialer Rechte ist ein erster Schritt, doch ohne echte soziale Rechte wird daraus kein soziales Fundament.

Ich stimme dem französischen Philosophen Etienne Balibar zu, für den es zwischen der neoliberalen und der sozialistischen Orientierung für Europas Zukunft keinen Mittelweg geben kann. Wenn wir als Linke in Europa die EU wirklich vom Kopf auf die Füße stellen oder sie neu gründen wollen, müssen wir Teil einer breiten Debatte um die Zukunft Europas werden. Mich stört am gegenwärtigen Streit um unsere europapolitischen Positionen nicht, dass fast alles in Frage gestellt wird (EU, EURO). Mich stört, dass die verschiedenen Protagonist*innen meinen, jeweils die richtigen Antworten zu haben und sich nicht miteinander austauschen. So bleiben nicht nur wichtige Fragen offen, wir verspielen auch die Chancen auf breite Bündnisse, auf die Veränderung der Kräfteverhältnisse in der EU und in den Mitgliedsstaaten.

Seit Spinelli, Rossi und Colorni ihre Vorstellungen von einem friedlichen, sozialistischen Europa entwickelten, haben sich die Bedingungen entscheidend verändert. Das Verhältnis zwischen Globalisierung und der Entwicklung Europas, die Stärkung der Rechte lokaler Akteure und ihrer Einbindung in globale Entscheidungen sind ebenso neu zu denken wie die Rolle von Regionen und neue Formen von Souveränität. Das bezieht sich auf so zentrale Herausforderungen wie Migration, Klimawandel, transnationale Solidarität, fairen Handel, Mobilität und Kommunikation weltweit.

Für den Kommunisten Spinelli war klar, dass mit der Wiederherstellung des Nationalstaates die reaktionären Kräfte „...jenes Volksempfinden für sich [gewinnen], das am weitesten verbreitet ist ...und am leichtesten zur Beute reaktionärer Manipulation wird: Das patriotische Gefühl.“ Sollte die jetzige EU scheitern, sollten die Nationalstaaten wieder allein das Steuer übernehmen, werden Nationalismus und egoistische Eigeninteressen die Politik prägen. Wer könnte diese Politik besser umsetzen als rechtsnationale Parteien? Eine weltoffene, internationalistische

Linke hätte das Nachsehen. Armut, soziale Ungerechtigkeit und wirtschaftliche Ungleichheit zwischen den europäischen Staaten würden bleiben.

Wie so eine „reaktionäre Manipulation“ aussehen kann, zeigt der Brexit. Die Kampagne der Brexit-Befürworter war geprägt von fremdenfeindlichen Parolen, dem Versprechen neuer nationaler Souveränität und Lügen über neue soziale Verbesserungen. Die sozialen Versprechen werden nicht eingelöst. Im Gegenteil: Beschäftigungs- und Sozialschutz in Großbritannien und in den verbleibenden EU-Staaten sind ebenso Verhandlungsmasse wie Europäische Bürgerrechte.

Ohne eine EU-weite Strategie, ohne gemeinsame Schlagkraft haben wir als Linke den herrschenden Eliten wenig entgegenzusetzen. Das zeigt die gnadenlose Erpressung der griechischen SYRIZA-Regierung mehr als deutlich. Unter Linken hat diese Niederlage eine heftige Debatte ausgelöst, wie wir künftig mit der EU und dem EURO umgehen sollten. Einige werfen unseren Syriza-Genoss*innen Verrat an linken Idealen vor. Der Umgang der EU mit Griechenland zeigt, dass die herrschenden Finanz- und Wirtschaftseliten die Austeritätspolitik nicht aus ihrem neoliberalen Werkzeugkasten entfernen wollen. In Griechenland hat die Troika die Linken gespalten. Diese Debatte könnte auch die Linken in Europa spalten. Deshalb sollten die laufenden linken Debatten und Foren zur EU offen und nicht ausgrenzend geführt werden, uns nicht gegeneinander aufbringen und keine neuen strukturellen Gräben schaffen. Linke müssen aufeinander zugehen und nicht um Meinungsführerschaften untereinander kämpfen. Eine gespaltene Linke – in den Nationalstaaten und auf EU-Ebene – wird nichts an den europäischen Machtverhältnissen ändern. Feixende Nutznießer wären die Rechtsnationalen und Marktradikalen. In den meisten EU-Staaten wächst die extreme Rechte, Menschenrechte von Migrant*innen werden mit Füßen getreten und in einigen EU-Ländern werden Demokratie und Rechtsstaat offen angegriffen.

Dabei gibt es für Linke in der EU genug Gemeinsames. Wir stehen geschlossen gegen die neoliberale Austeritätspolitik, gegen die Kürzungsdiktate in der Sozial-, Bildungs-

und Gesundheitspolitik. Für eine radikale soziale Wende braucht die EU mehr als nur Vertragsänderungen. Ein soziales Fortschrittsprotokoll muss zuerst soziale Grundrechte über die Freiheiten im Binnenmarkt stellen. Der Kampf gegen Armut, soziale Ausgrenzung und Obdachlosigkeit hat Priorität für alle Linken. Wir wehren uns gegen die Privatisierung des Öffentlichen und die Liberalisierung der Wasser-, Strom- und Daseinsvorsorge. Soziale und ökologische Mindeststandards in der EU werden von immer mehr Linken gefordert. Alle Linken lehnen die Militarisierung der EU entschieden ab. Und kein Linker dürfte es ablehnen, die wahren Ursachen unfreiwilliger Migration zu beseitigen und eine menschenwürdige Migrationspolitik zu gestalten. Deshalb haben Abgeordnete der linken Fraktion im EP vor über einem Jahr Wissenschaftler*innen, Journalist*innen, Philosoph*innen gebeten, aus heutiger Sicht über den Sinn einer kritischen Wiederaneignung des Textes von 1941 zu reflektieren und mit uns dazu in einen Austausch zu treten. Ihre Beiträge haben wir in einem E-Book veröffentlicht. Mehrfach haben wir uns mit Autor*innen getroffen, zuletzt auf dem Forum der Linken in Bilbao bewusst gerade junge Leute ins Podium geholt. Wenn es um die Zukunft Europas, der EU geht, müssen vor allem sie zu Wort kommen. Und sie sind diejenigen, die den Mut aufbringen können, eine europäische Vision von links her als eine „neo-sozialistische“[2] zu denken.

2 Klaus Dörre: Neo-Sozialismus oder: Acht Thesen zu einer überfälligen Diskussion, in »Blätter« 6/2018, S. 105-115

Europas Politik

Krise hat ein Geschlecht

Alex Wischnewski

Zehn Jahre nach dem Ausbruch der Finanzkrise, die rasch zu einer Wirtschaftskrise anwuchs, sind wir heute überall in Europa mit einer Situation konfrontiert, die sich als Care-Krise beschreiben lässt. Denn die Austeritätspolitik, der sich viele Länder infolge rasant steigender Schulden verschrieben haben, setzt ganz besonders an jener Infrastruktur an, die für die Sorge um sich und andere notwendig ist: im Gesundheitsbereich, in der Pflege, an Bildung und Erziehung. Das betrifft Frauen besonders, die in diesen Feldern überwiegend tätig sind. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat deshalb in Zusammenarbeit mit dem frauenpolitischen Bereich der Fraktion der Linken im Bundestag elf Länderstudien zu den Auswirkungen der Kürzungspolitik auf die Lebenssituation von Frauen herausgegeben. Die Berichte sind erschütternd, aber sie zeigen nicht nur die Ähnlichkeit der Entwicklungen, sondern ebenso, dass es sich um politische Entscheidungen handelt, denen begegnet werden kann und muss.

Das deutsche Krisenmanagement etwa zielte ab 2008 ausschließlich auf den Schutz der kapitalistischen Warenproduktion. Dabei ging es immer nur um die Absicherung von Profiten, nicht um die Absicherung des Lebens selbst, geschweige denn jener Personen, die die dafür notwendigen Sorgearbeiten übernehmen. Das sind immer noch mehrheitlich Frauen. Trotz der insgesamt positiven Leistungsbilanz, mit der Deutschland durch die Krise kam, explodierten 2009 die Staatsschulden infolge kurzfristig aufgelegter Konjunkturprogramme. Wobei Abwrackprämie und Kurzarbeitergeld in erster Linie männliche Arbeitsplätze sicherten. Wen die Krise am stärksten trifft, erklärt sich also nicht aus der Krise selbst, sondern aus ihrer politischen Regulation. Der bereits existierende Trend zu Kürzungen und Privatisierungen der öffentlichen Infrastruktur wurde zur politischen Leitlinie und fand schließlich über die Schuldenbremse seinen Weg ins Grundgesetz. Davon sind Frauen gleich doppelt betroffen: Zum einen sind vor allem in den Sorgeberufen

mehrheitlich Frauen beschäftigt (in der Pflege sind es etwa 85 Prozent), zum anderen übernehmen Frauen den steigenden Anteil der privat zu leistenden Daseinsvorsorge. Und das trotz stetig wachsender Erwerbstätigkeit, die jedoch gleichzeitig unsicherer wird. Heute sind nur ein Drittel aller Vollzeitstellen von Frauen besetzt, während sie bei den Teilzeitstellen 80 Prozent stellen und zwei Drittel der ausschließlich im Minijob Beschäftigten. Seit 2008 hat diese Entwicklung besonders migrantische Arbeiterinnen getroffen. Ihr Anteil an Minijobs ist besonders stark gestiegen – mit fatalen Folgen für ihre eigenständige Existenzsicherung.

Auch in Spanien wurde die Stabilisierung der Wirtschaft mit der Prekarisierung von Frauenarbeit erkauft. Zur Krisenbearbeitung zählten Einstellungsstopps, Gehaltsabschläge und längere Arbeitszeiten im öffentlichen Sektor, Kürzungen von familienbezogenen Leistungen, wie etwa dem einmaligen „Baby-Check“ von 25.000 EURO, Privatisierungen im Gesundheitsbereich, sowie grundlegende Arbeitsmarkt- und Rentenreformen. Traf die Arbeitslosigkeit infolge der Wirtschaftskrise Männer zunächst proportional mehr, so gilt dies nicht für die darauf folgende Austeritätspolitik. „All diese Maßnahmen trafen Frauen stärker als Männer, weil sie stärker für formelle und informelle Sorgearbeiten zuständig sind“, schreibt Inés Campillo Poza in der spanischen Studie. Doch „im Gegensatz zu früheren Wirtschaftskrisen, ist dies das erste Mal in der Geschichte, dass die Krise die Frauen nicht re-familialisiert hat oder, mit anderen Worten, sie nicht Frauen aus der Arbeitswelt zurück in die Familie geworfen hat“, so die Autorin. Dies bedeute allerdings lediglich „eine Intensivierung der bezahlten und unbezahlten Arbeit von Frauen“. Fast wortgleich ist dies in der irischen Länderstudie zu lesen. Der griechische Bericht hebt, neben der besonderen Betroffenheit von Frauen durch die auferlegten Reformen des Sozialstaats und der Gesundheitsdienste, auch eine zunehmende Gewalt gegen Frauen im Krisenverlauf hervor – wenn ein direkter Zusammenhang auch schwer mit Daten zu unterfüttern ist.

Die sich durch die Austeritätspolitik verfestigende soziale Ungleichheit geht also überwiegend auf Kosten von Frauen. Doch vielerorts geben sie sich mit der Rolle des

Opfers nicht zufrieden. In Deutschland streiken sie für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal in der Pflege oder gehen auf die Straße für bessere Tarife in den Sozial- und Erziehungsberufen. In Griechenland „traten Frauen als besonders entschlossene Akteure in der Anti-Austeritätsbewegung auf und übernahmen konfrontative Positionen gegen Polizeibrutalität und den staatlichen Autoritarismus", resümiert die Autorin Aliki Kosyfologou. In manchen Fällen habe dies sogar zu einem weiterführenden emanzipatorischen Prozess in ihren Gemeinden geführt. Und auch in Spanien ist es nicht zufällig die feministische Bewegung, die heute noch von den einmal starken Sozialprotesten namens 15M übrig geblieben ist und ständig stärker wird.

Was aber könnte eine feministische Alternative in der Care-Krise sein? Campillo Poza schlägt dafür eine Abwendung von der Konzentration auf Erwerbsbeteiligung vor, die „völlig inkompatibel mit Sorgetätigkeiten [...] und einem guten Leben" sei. Dazu gehöre etwa eine Trennung sozialer Absicherung von Lohnarbeit, eine radikale Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 20-25 Stunden, Investitionen in den Care-Sektor und ein Bildungssystem, in dem das Füreinander-Sorge-Tragen essentieller Bestandteil ist. Kurzum: Es geht um nicht weniger, als die Absicherung des Lebens ins Zentrum zu stellen und dem auch den Bereich der Warenproduktion unterzuordnen. Leider berichten die unterschiedlichen Studien auch von einer teils schwierigen Kommunikation von feministischen Organisierungen mit linken politischen Parteien. So schließt die griechische Studie: „Die Frage nach der Schaffung einer links-feministischen Alternative zur Austerität ist an eine radikale Veränderung der Form und der inneren Struktur der linken Parteien und politischen Gruppen gebunden. Die Idee der Feminisierung der Politik kann einige Leitlinien für eine ausgewogene Vertretung liefern, nicht nur durch technische Maßnahmen wie Quoten, sondern auch durch die Stärkung einer feministischen politischen Kultur, die Annahme eines umfassenderen partizipativen Modells der Entscheidungsfindung und politischen Praxis und die Förderung einer Vielfalt, die jedoch den Zusammenhalt der Menschen nicht gefährdet."

Euro-Krise: Die Bombe tickt weiter!

Fabio De Masi

Der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, hat die Eurokrise auf den Finanzmärkten mit einem Satz beendet: „Whatever it takes!“ Allein die Ankündigung, im Notfall unbegrenzt Staatsanleihen der Euro-Staaten aufzukaufen, reichte, um die Zinsen für Staatskredite zu drücken. Denn die Spekulanten auf den Finanzmärkten wissen: Eine Zentralbank ist mächtig. Sie hat unbegrenzt Munition, da sie die eigene Währung, den EURO, per Knopfdruck schaffen kann.

Aber während der Patient auf dem Finanzmarkt mit viel billigem Geld beatmet wurde, zapfte man der realen Wirtschaft durch Kürzung von Löhnen, Renten und öffentlichen Investitionen weiter Blut ab. Unternehmen in Südeuropa investieren aber auch bei niedrigen Zinsen nicht, wenn der Umsatz wegen Ebbe im Portemonnaie der Beschäftigten, Arbeitslosen und Rentner nicht stimmt. Das billige Geld landet daher vor allem auf den Finanzmärkten, nicht in der realen Wirtschaft. Dies erhöht das Risiko neuer Finanzblasen.

Die Ursachen der Euro-Krise sind nicht behoben: Deutschland hat mit der Agenda 2010 die Löhne gedrückt. Diese wuchsen nicht mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Zielinflation der Zentralbank. In der Folge verkaufte Deutschland immer mehr und billiger ans Ausland, als es von dort einkaufte (Exportüberschuss). Unsere EURO-Partner konnten sich dagegen wegen der gemeinsamen Währung nicht mehr durch eine Abwertung von Lira oder Franc wehren. Wenn das Ausland aber ständig mehr von uns kauft, als es uns verkauft, muss es sich verschulden.

Die unterschiedliche Entwicklung der Lohnkosten führte überdies zu unterschiedlichen Inflationsraten. Dies bedeutete wiederum, dass wegen der einheitlichen Geldpolitik die realen Zinsen in Spanien bei Bauboom, hoher Verschuldung der privaten Haushalte und hoher Inflation niedriger lagen als in Deutschland mit damals lahmer Konjunktur. Deutsche Banken vergaben Kredite an Spanier, die

damit Immobilien kauften bis es krachte. So wurde die Konjunktur in der Eurozone weiter auseinandergetrieben.

Länder wie Frankreich oder Italien haben seit Einführung des EUROs über 20 Prozent ihrer Industrie verloren. Italien stagniert seit der Krise, weil kaum investiert wird, und wächst daher – trotz Haushaltsüberschüssen vor Zinsen – nicht aus dem Schuldenberg heraus. Und obwohl ein Land in eigener Währung eigentlich nie pleitegehen kann, sind die Finanzmärkte nervös. Denn die EZB verhält sich wie eine ausländische Zentralbank und drehte etwa Banken in Griechenland den Geldhahn ab, als sich die Regierung weigerte, weiter Löhne, Renten und öffentliche Investitionen zu drücken.

Die Eurozone hat sich daher im Vergleich zu Großbritannien, Schweden, Island oder den USA langsamer von der Krise erholt. Kein Wunder: Nicht nur das Instrument der Abwertung der Währung entfiel mit dem EURO, auch eine expansive Finanzpolitik oder die Lohnpolitik wurden in Berlin und Brüssel mit Fiskalpakt und Troika-Diktaten kastriert.

Dies wird aber nicht mehr lange gut gehen. Denn Italien ist nicht Griechenland. Der Konflikt mit Rom könnte in einer neuen Finanzkrise zum Bruch der Eurozone führen. Die extreme Rechte in der italienischen Regierung will den Reichen die Steuern senken und schürt Stimmung gegen Ausländer. Das ist verachtenswert. Aber ihr Ziel, mehr öffentlich zu investieren, ist richtig. Denn der Fiskalpakt würgt die Wirtschaft ab. Er ist keine Schuldenbremse sondern eine Privatisierungspeitsche.

An der verrückten europäischen Strategie ändern auch die Vorschläge des französischen Präsidenten Emmanuel Macron nichts. Denn ein gemeinsamer Haushalt der Eurozone soll an Strukturreformen, also Lohn- und Rentenkürzungen, geknüpft werden. Ähnliches gilt für die Vorschläge des deutschen Finanzministers Olaf Scholz zu einer EU-Arbeitslosenversicherung. Geld aus Brüssel bzw. Berlin gibt es eben nie ohne Peitsche.

Macron führt daher keinen Widerstand gegen die deutschen Exportüberschüsse an. Er will vielmehr auch eine Agenda 2010 wie in Deutschland durchführen und braucht dafür Taschengeld aus Berlin und Brüssel, falls die Wirtschaft durch die Lohndrückerei zu sehr abschmiert. Außerdem erzielt die gesamte Eurozone mittlerweile wegen der Kürzungspolitik Exportüberschüsse gegenüber dem Rest der Welt. Nur geht dieser Wirtschaftsnationalismus nie lange gut, wie der Handelsstreit mit den USA zeigt.

Der EURO hat daher nur eine Zukunft, wenn öffentliche Investitionen, Löhne und Renten in Deutschland kräftig steigen. Wir brauchen eine goldene Investitionsregel, die öffentliche Investitionen von den Schuldenregeln von Maastricht ausnimmt. Statt starrer Schuldenbremsen brauchen wir Ausgabenpfade. Deutschland und Frankreich könnten endlich bei Steuergerechtigkeit statt Aufrüstung gemeinsam vorangehen und Quellen- bzw. Strafsteuern auf Finanzflüsse von Konzernen in Steueroasen erheben. Die Europäische Zentralbank sollte öffentliche Investitionen statt Finanzblasen im Einklang mit ihrem Inflationsziel finanzieren. Dies wäre durch Kredite an öffentliche Banken, wie die Europäische Investitionsbank, auch ohne Änderung der EU-Verträge möglich.

Wir brauchen darüber hinaus eine Aufspaltung von Mega-Banken wie der Deutschen Bank, um das Investmentbanking vom Kredit- und Einlagengeschäft zu trennen und Zombiebanken abwickeln zu können, anstatt erneut die Steuerzahler zu verhaften. Außerdem braucht es eine echte Finanztransaktionssteuer, die zuletzt von Scholz und Macron beerdigt wurde, statt einer Kapitalmarktunion, die wieder die Verbriefung von Schrottkrediten fördert. Nur mit einem Ende der Kürzungspolitik können Banken aus den faulen Krediten mit guten Krediten für Investitionen herauswachsen. Notfalls muss die EZB die faulen Eier in den Bankbilanzen aufkaufen, da sie das nichts kostet. Dafür müssen diese Banken unter strikte öffentliche Kontrolle gestellt werden.

Realistischer ist freilich, dass die EURO-Bombe hochgeht, bevor Brüssel und Berlin aufhören, Benzin ins Feuer zu gießen.

Das politische Westworld-Syndrom

Wohin steuert die EU bei Bits und Bytes?

Konstanze Kriese

2011, als die deutschen Piraten noch im Kurs medialer Verwunderung standen, schrieb Harald Jähner in der Berliner Zeitung: „Obwohl das Internet von Beginn an geradezu romantische Visionen einer neuen, gerechteren Welt beflügelt hat, haben sich Linke und Grüne nie mit den politischen Potenzialen des Netzes beschäftigt. Wissen für alle ist Macht für alle – solche Parolen überließen sie obskuren Hackern. Die Piraten dagegen sind Kinder von Marx und Microsoft, die sich von beiden zu emanzipieren versuchen. Es ist die einzige Partei, die auf das Faszinosum des Internets eine andere politische Antwort hat als Misstrauen und Kontrollbedürfnis." Und er leitete ohne Umschweife zu einem Commons-Grundverständnis der nächsten Netzgenerationen über, indem er erläuterte: „Der Nachteil [des Internets – K. K.]: es passt nicht in die herrschenden Eigentumsverhältnisse, entlohnt nicht die Urheber geistigen Eigentums und ist deshalb komplett illegal. Wie aufregend müsste es für die traditionelle Linke sein, sich diesem Phänomen zu widmen: Die Technik übersteigt den Begriff des Privateigentums! Karl Marx hätte seine helle Freude an dem Phänomen gehabt. Bei den Linken von heute herrscht dagegen Desinteresse an grundsätzlichen Fragen: Sie haben das Feld den Piraten überlassen und raufen sich nun die grauen Haare."[1]. Eigentlich hatten die Piraten die Debatten um gemeinnützige Eigentumsformen kaum geführt, sondern deren Sinnhaftigkeit einfach nur vorausgesetzt, indem sie oft wiederholten, dass Wissen und damit auch der Zugang zu Kommunikation die einzige irdische Ressource ist, die sich durch Teilung vermehrt. Doch dieses Mantra blieb jenseits einer ausgearbeiteten politischen Argumentation, so dass selbst von den Piraten, die vorausgesetzte Eigentumsfrage als Machtfrage links liegen gelassen wurde. Eine Thematisierung befreiter Arbeit und gesellschaftlicher Kooperation rückte damit erneut in weite Ferne und vielleicht war dies der substanziellste Grund, dass das Interesse an der Piratenpartei, die sich mit politischer Transparenz statt politischer Aufklärung zufriedengab, schnell wieder schwand.

1 Jähner, Harald (2011): Die Kinder von Marx und Microsoft, In: Frankfurter Rundschau, 20.09.2011 http://www.fr.de/politik/meinung/leitartikel-piraten-kinder-von-marx-und-microsoft-a-1216343, letzter Zugriff, 09.01.2019 (und im Archiv der Berliner Zeitung)

Ein Erbe der inzwischen politisch marginalisierten Piraten war wachsender netzpolitischer Verstand in allen politischen Lagern. Allerdings zeitigte Jähners angedeutete Denkfigur des gesetzlosen Netzes, welche ohnehin keine reale Entsprechung hat, bis heute viel Verwirrung im Regulationsbedarf. Letztlich ist dieses Bild jenseits von thematisierten Eigentumsfragen eher Wasser auf die Mühlen von überwachungshungrigen „Antiterrorstrategen“ oder adelt die Ritter gegen Fakenews, als ob es verzerrte Wirklichkeiten vor dem Internet nicht gegeben hätte. Die dritten im Bunde, die sich mit dieser Denkfigur schmücken, um ihre Profite durchzusetzen, sind die mächtigen Vertreter der sogenannten Contentmafia, die Verleger, die Film- und Musikindustrie, die, statt ihre Kreativen besser zu bezahlen, den Nutzerinnen und Nutzern des Netzes den schwarzen Peter in die Schuhe schieben will und sie durch politische Regulationen wieder in die einzig dem Kapitalismus genehme Position verfrachten möchte, nämlich Käufer zu sein, der eventuell noch um einige Verbraucherrechte streiten darf.

2014 hatte die EU-Kommission angekündigt, wesentliche Grundlagen der digitalen Welt in der EU neu zu regulieren und Rechtsgrundlagen zu harmonieren. Immerhin. Doch, wenig verwunderlich, blieb die Kommission dabei vorrangig auf wirtschaftliche Möglichkeiten, veränderte Geschäftsmodelle, neue Arbeitsplätze und Verbraucherrechte orientiert. Mit großer Geste wollte die EU-Kommission kleineren Unternehmen helfen, grenzüberschreitend aktiver zu werden und Verbraucherinnen und Verbraucher ermuntern, mehr online zu kaufen. Sie konstatierte den Investitionsstau im Breitbandausbau und die Abhängigkeit der europäischen digitalen Infrastruktur von US-amerikanischen Firmen, sowohl bei der Netzinfrastruktur, den Speicherkapazitäten als auch bei den Anwendungen auf Plattformen. Ein Flickenteppich von 28 unterschiedlichen Urheberrechts-Regelungen in den EU-Mitgliedsstaaten, der wachsende Datenhandel u. a. potenzierte den politischen Handlungsbedarf.

Doch wir sind keine verzagten Konsumentinnen und Konsumenten, sondern aktive Bürgerinnen und Bürger, die von der Politik erwarten, dass die gesellschaftlichen

Grundlagen der Digitalisierung weltweit fair geregelt werden, damit alle Zugang zu neuen Produktionsmöglichkeiten, zu Wissen und Kommunikation haben. Die politischen Leitplanken heißen Netzneutralität, Datenschutz und ein modernes Urheberrecht, welches die Rechte der Nutzerinnen und Nutzer, zu denen auch viele Bildungs-, Forschungs- und Kulturinstitutionen gehören, politisch anpackt und garantiert. Viele Lösungen müssen gegen Interessen der Telekommunikationsindustrie, die an einem lukrativen und intransparenten Mehrklassen-Internet verdienen will, durchgesetzt werden. Gleichermaßen brauchen wir eine internationale Strategie, die neben dem Zugang zu open source und Rechtsregelungen für Künstliche Intelligenz[2], auch fair produzierte Hardware sichert, sowie eine strenge arbeitsrechtliche Kontrolle der neuen digitalen Carearbeiten, dem permanenten Löschen von Bildmaterial, welches täglich gefilmte reale Vergewaltigungen und Tötungen in soziale Netzwerke spült.

Die bisherigen Ergebnisse der Digitalen Binnenmarktstrategie der EU, die 16 unterschiedliche Initiativen verfolgt, sind bisher völlig unzureichend. Allein die Schwierigkeiten bei der Harmonisierung des Urheberrechts, hier im Band von der Piratin Julia Reda vorgestellt, sprechen Bände über die realen Hürden und die unangemessene politische Bearbeitung der Problemlagen in der Digitalisierungsstrategie der EU. Eine Konsequenz aus der schleppenden Umsetzung der EU-Digitalisierungsstrategie ist das neue EU-Programm Digital Europe 2021-2027, welches sich vor allem der Unterstützung und Einführung von technologischen Hochleistungsinnovationen auf europäischer Ebene widmet, die Unternehmen, Forschung und Gesellschaft europaweit zugutekommen sollen. Damit ist erstmalig eine Strategie verbunden, sich von den US-Rechnerkapazitäten in Europa unabhängig zu machen. Das ist schon allein wegen der politischen Verwerfungen in den transatlantischen Beziehungen eine mutige und sinnvolle Überlegung. Das Programm umfasst fünf Schwerpunkte: europäische Hochleistungsrechner im EXA-Bereich – Künstliche Intelligenz – Cybersicherheit – fortgeschrittene digitale Kompetenzen, sowie die breitere Nutzung der Innovationen in der gesamten Wirtschaft und Gesellschaft, was gern unter dem Kürzel Interoperabilität zusammengefasst wird. Doch allein

2 Hier soll insbesondere auf die Forderungen 8-10 der UNI Global Union, dem Weltverband der Dienstleistungsgewerkschaften verwiesen werden, die u. a. die Einrichtung eines globalen Governancemechanismus ... mit dem Ziel, menschenwürdige Arbeit und ethische KI zu verbinden, fordern, sowie ein Verbot der Zuweisung von Verantwortung an Roboter und ein Verbot eines Wettrüstens mit KI einfordern. Siehe: Christina Colclough: Die Nutzung der KI zum Wohle der Menschen und der Erde. In: spw „Digitalisierung, soziale Klasse und Ungleichheit“, Heft 229, Ausgabe 6-2018, S. 55

3 Sönke Hollenberg, Christian Krell: „Die Linke, die Kosmopoliten und die Kommunitaristen: Über einen Gegensatz, der keiner sein muss“. In: spw „Digitalisierung, soziale Klasse und Ungleichheit, Heft 229, Ausgabe 6 -2018, S. 65

hinter dem letzten Schwerpunkt verbirgt sich auch der Datenaustausch zwischen den Mitgliedsstaaten, der nicht nur datenschutzrechtlich Anlass zu großer Besorgnis ist.

Grundsätzlich ist das ehrgeizige Programm überfällig, hingegen der Budgetansatz von 9,2 Mrd. EURO eher lächerlich und wie schon angedeutet, der Teufel steckt auch hier im Detail, sowohl netz- als auch finanzpolitisch. Verschwinden diese Investitionen wieder via erhoffte Hebelwirkungen bei privaten Unternehmen, wird aus diesem Vorstoß eine Abgabe öffentlicher Kontrolle an Unternehmen, eine Privatisierung der Technikfolgenabschätzung, ein rein arbeitsmarktorientiertes Qualifizierungsprogramm und ein Ausbau des Überwachungsstaates aufgrund fragwürdiger Anti-Terrorstrategien.

Nicht nur linke Politik, so sie sich mit Digitalisierung endlich beschäftigt, fordert für das neue Programm Digital Europe starke gesellschaftspolitische Leitplanken. Eine Welt, die ökonomisch zunehmend von Plattformen angetrieben wird, die Click- und Crowdworking und andere Formen prekärer Beschäftigung als Innovationen preist, soziale Sicherheiten in das „unternehmerische Selbst“ verfrachtet, die internationale Arbeitsteilung nicht auch international gerecht steuert, Transportkosten marginalisiert, Care noch immer weitgehend unbeherrschbar in Graumärkte und private Sorge hinein organisiert und glaubt, den sozialen Problemstau in den Nationalstaaten auflösen zu können, wird an Ungerechtigkeit zunehmen und Konfliktlösungen jeglicher Dimension, auch einer gerechten digitalen Revolution, vor sich herschieben. Eine Digitalsteuer auf europäischer Ebene zu fordern, ist daher viel mehr als nur eine simple steuerpolitische Forderung. Sönke Hollenberg und Christian Krell sagen in ihrem Aufsatz über den neuen konstruierten Gegensatz von linken Kosmopoliten und Kommunitaristen: „Der Hinweis von Wolfgang Streek (der sich als „Aufstehen“-Unterstützer für politische Lösungsstrategien im nationalstaatlichen Rahmen stark macht - K. K.) ist richtig, dass die Weltgemeinschaft keine Steuern erheben kann. Aber es gibt keinen Grund, das nicht zu ändern.“

Die große Krise der EU und ein Vorschlag worauf sich die europäische Linke als gemeinsamen Kampf konzentrieren könnte

Roland Kulke

Im Mai 2019 werden wir EU-Bürger*innen das neue Europäische Parlament wählen. Es ist jetzt schon absehbar: Dies ist keine Wahl wie alle anderen. Die EU hat sich leider in den breiten Strom jener politischen Systeme eingeordnet, bei denen die radikale Rechte die Demokratie erstmals seit langem wieder auf breiter Front unter Druck setzt.[1] Weltweit ist die Rechte auf dem Vormarsch: Die BRICS, auf die auch ich vor einigen Jahren noch Hoffnung setzte, sind Teil der Gegenrevolution geworden. Bevölkerungsreiche Länder in Südostasien werden autoritär regiert, die Philippinen sind hier wohl das bekannteste Beispiel. Das krasseste Beispiel jedoch sind die USA, in deren politischem System Republikaner plötzlich den gemäßigten Mainstream darstellen können.

Psycho-Coaching und die große Krise

Europa war lange Zeit relativ geschützt vor diesen Entwicklungen, manchmal sind Pfadabhängigkeiten auch was Schönes. Der Sozialstaat und das antifaschistische Erbe haben lange durchgehalten. Aber 40 Jahre Neoliberalismus haben nicht nur den Sozialstaat in großem Ausmaß ausgehöhlt, sie haben auch die kulturellen Ressourcen der liberalen Demokratie zerstört. Der Kapitalismus überlebte im Westen die post-fordistische Zeit indem er sich wenigstens die „neuen Bedürfnisse" der Postmoderne aneignete und mit dem Profitstreben verband. Neue Freiheiten wurden erkämpft und zurecht bejubelt. Gleichzeitig aber bedurfte der Kapitalismus einer immer krasseren Ausbeutung der Arbeiter*innen. Damit diese psychisch überleben und besser als Ressourcen ausgebeutet werden konnten, wurde das Selbstmanagement der Menschen immer stärker gefördert. Foucault würde sich heute wohl verwundert die Augen reiben und vermuten, dass die Menschen seine Warnung vor immer stärkerer Selbstdisziplinierung oder Selbstregulierung als

1 Steven Levitsky, Daniel Ziblatt: Wie Demokratien sterben, München, 2018.

Aufgabe missverstanden haben. Coaching, Ich-bezogene Psychologie-Zeitschriften und Psychotherapie erleben einen nie dagewesenen Boom.[2] In den Jahren nach 2008 wurden wir, die wir also sowieso schon unter großem psychologischem Druck litten, dann in den Malstrom der großen Krise gestoßen.

Es ist nicht schön aber wir müssen wohl feststellen, dass unsere Situation seitdem immer mehr der Endzeit der Weimarer Republik ähnelt. Viele von uns sind mehr oder weniger zerrüttete Wesen, nicht weil wir den ersten Weltkrieg überlebt haben, aber weil viele von uns durch ein „Stahlgewitter" des Wirtschaftskrieges gehen mussten und müssen.

Die Sozialdemokratie kehrt zu ihren vor-keynesianischen Wurzeln zurück

Weiterhin gibt es das Totalversagen weiter Teile unserer politischen Eliten in Hinsicht auf eine stabilisierende Wirtschaftspolitik. 1932 legte der Vorgänger des heutigen DGB einen Plan vor, der treffend als prä-keynesianisch gelten kann. Durch massive Staatseingriffe wollte der sog. WTB-Plan die Arbeitslosigkeit bekämpfen und den Menschen Stabilität zurückgeben.[3] Die SPD-Führung lehnte, welch Wunder, diesen Plan ab, aus parteitaktischen Gründen oder weil man nicht die Inflation anheizen wollte. Ein Jahr später war die Demokratie zu Ende und die Nazis setzen genau diese Politik um. Was macht die SPD heute? Olaf Scholz drischt arrogant auf Italien ein, verteidigt die Schwarze Null und behauptet allen Ernstes, dass die Schuldenbremse ein „Gewinn für die Demokratie sei" (Handelsblatt, 11. Okt 2018). Wolfgang Münchau schrieb in der Financial Times von seiner Befürchtung, dass Olaf Scholz als Finanzminister für die EU schlimmer als Schäuble wäre. Einige Zeit später verzweifelte Münchau wohl komplett, als er das Wirtschaftsprogramm der italienische Lega / Fünf Sterne Regierung lobte, weil es makroökonomischen Sinn machen würde. Die Sozialdemokratie de-industrialisiert ganze Regionen, schickt Millionen Menschen in die Arbeitslosigkeit und die radikale Rechte übernimmt wieder die Rolle, die Realwirtschaft über Staatsverschuldung zu retten. Wenn das alles nicht an das Ende der Weimarer Republik erinnert, was dann?

2 Wolfang Fach: Die Regierung der Freiheit, Frankfurt/Main, 2003.

3 Michael Schneider: Das Abeitsbeschaffungsprogramm des ADGB: Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik, Bonn-Bad Godesberg, 1975.

Ein Hoch auf das Schuldenmachen...

Die radikale Linke muss sich deswegen endlich dazu durchringen, erkennbar falschen Theorien nicht weiter hinterher zu rennen. Ja, es geht auch um gerechte Besteuerung. Wir müssen aber vor allem klar sagen, dass wir nicht nur dazu stehen, sondern auch richtig „d'rauf stehen", Schulden zu machen. Wir müssen gegenwärtig Schulden machen bis es kracht. Richard Koo hat das in dem von Heiner Flassbeck herausgegebenen Buch „Handel Jetzt!" wunderbar erklärt.[4] Koo hat den Begriff der „Bilanzrezession" (balance sheet recession) bekannt gemacht. Er erläutert das Problem folgendermaßen: Jede Volkswirtschaft hat vier Sektoren: Die Privathaushalte, die Unternehmen, den Staat und das Ausland. Die Geldflüsse sind per definitionem zwischen diesen Sektoren ausgeglichen (da selbst die Deutschen nicht auf den Mars exportieren). Wie sieht die Wirtschaft nach dem Textbuch aus? Die Privathaushalte sparen, die Unternehmen bedienen sich dieser Ersparnisse zum Investieren, verschulden sich also bei den Banken, dem Ausland gegenüber ist man im Durchschnitt in ausgeglichenem Verhältnis (Auf- und Abwerten der Währung verhindert dauerhafte Ungleichgewichte) und der Staat sorgt durch Steuereinnahmen und Schulden für Investitionen, Soziales etc. Seit dem Ausbruch der großen Krise 2008 ist nun der Fall eingetreten, dass in der EU die vier Sektoren in den meisten Ländern mehr oder weniger sparen. Die Unternehmen finden wegen der geringen effektiven Nachfrage keinen Absatz mehr und legen ihre Gewinne lieber selbst im Finanzsystem an, anstelle zu investieren. Die Privathaushalte müssen wegen der immer schlechteren öffentlichen Vorsorge mehr zur Seite legen, und man kann ja schließlich nicht die Nicht-EU-Länder zwingen sich zu verschulden, um unsere EU-Produkte zu kaufen. Welcher ökonomische Akteur kann also überhaupt die Wirtschaft in Gang bringen, indem er also das viele angelegte Geld wieder in die Realwirtschaft bringt? Nur die öffentliche Hand. Nur diese kann mit zusätzlicher Nachfrage die Wirtschaft wieder in Schwung bringen. Und da die Zinsen nach wie vor niedrig sind, ist dies heute so einfach wie wohl kaum jemals zuvor.

Bis vor fünf Jahren hätte ich denn auch gesagt: Überlasst die Probleme der EU den linken Wirtschaftspolitiker*innen. Aber diese Zeiten sind vorbei, die Chance relativ

4 Richard Koo: Bilanzrezessionen und die globale Wirtschaftskrise, in: Heiner Flassbeck et al.: Handelt Jetzt! Das globale Manifest zur Rettung der Wirtschaft, Frankfurt/Mail, 2013.

einfacherer „technischer“ makroökonomischer Lösungen ist verpasst worden. Dass wir es nicht geschafft haben durch Wirtschaftsreformen den Menschen Angst zu nehmen liegt, nicht nur an der Übermacht des Finanzkapitals, sondern daran, dass wir gegenüber den 1930ern mit einem weiteren krassen Problem zu tun haben: der Endlichkeit der „Ressource Erde“. Die bürgerliche Rettung des liberalen Systems mit einem einfachen New Deal ist uns verschlossen, da wir nur die eine Erde zur Verfügung haben und bereits vier (Klimawandel, Biodiversität, Landnutzung und biogeochemische Kreisläufe) von neun planetaren Grenzen überschritten haben.[5]

Das heißt nicht, dass wir wirtschaftspolitisch nichts tun können. Au contraire! Ein großes Manko der europäischen Linken ist, dass wir oft darüber reden was wir wo in Regierungen richtig oder falsch gemacht haben. Es reihen sich Seminare an Konferenzen zum Thema: „Die Linke in der Regierung“. Mir ist aber kein einziges Treffen bekannt, bei dem sich Vertreter*innen Linker Regierungen über ihre eigene erfolgreiche Wirtschafspolitik in der EU ausgetauscht hätten. Das Problem, vor dem die Linke in der EU steht ist, dass erst die Teilnahme an Regierungen die Staatsapparate den Linken teilweise öffnen kann. Plötzlich bekommt man Einblicke ins „Geheimwissen“, darüber, wie staatliche Budgets wirklich aussehen, welche Tricks es bei Regionalfonds zu beachten sind etc. pp. Die Linken in der EU müssen ihr Wissen bündeln und dies in den kommenden Wahlkämpfen offensiv öffentlich vertreten. Nur eine ganz kurze Aufzählung muss hier genügen: Wir können die Produktion in Betrieben der öffentlichen Hand (also Staatsbetriebe auf allen Ebenen) stark ausbauen, und ja: Das geht in der EU. Das geht z. B. in den Bereichen Energiesysteme und Verkehr. Wo das Geld herkommen soll? Von nationalen Entwicklungsbanken wie der KfW, die zum einen zwar nicht den Maastricht-Kriterien unterliegen, zum anderen aber gute „Ratings“ erhalten, da sie von den Staaten als Anteileigner letztendlich „gedeckt“ werden. In den EU-Regeln zu staatlichen Beihilfen gibt es weiterhin jede Menge an Ausnahmen, die sich eine linke Wirtschaftspolitik zunutze machen kann. Als Beispiel lohnt es sich, die deutsche Offensive zu Industrie 4.0 in Ostwestfalen-Lippe „It’s Owl!“ zu analysieren. Wie ist diese industriepolitische Offensive mit dem Mythos einer homogen neoliberalen EU zu verbinden? Ich denke, dass „It’s Owl!“ ein praktisches Beispiel liefert, dass die

5 Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung: „Vier von neun „planetaren Grenzen” bereits überschritten“, 16.01.2015; Hintergrund Informationen: http://science.sciencemag.org/content/early/2015/01/14/science.1259855

Mitgliedsstaaten wirtschaftspolitisch viel mehr tun können, als oftmals vermutet. Meine Vermutung ist: Die Linke folgt dem neoliberalen Dogma der staatsfeindlichen EU und beschneidet sich selbst in ihrer Handlungsmacht.

Es geht hier überhaupt nicht darum die EU als ein quasi linkes Paradies zu beschreiben, wie dies leider einige Brexit Gegner gerne machen. Worum es geht sind zwei Dinge: Wir müssen erstens berechtigte Hoffnung vermitteln, die nicht enttäuscht wird, und wir müssen zeigen, dass man innerhalb der real-existierenden EU Dinge reißen kann, und man eben nicht darauf warten muss, dass sich die Europäische Union sozialistischer Staaten aus den Trümmern der EU erheben wird. Nur indem wir diese realen Handlungsspielräume aufzeigen, können wir unsere Gegner im wichtigen Feld der Wirtschaftspolitik in die Defensive treiben. Wir müssen also im Wahlkampf klar und deutlich der Öffentlichkeit vermitteln, dass fehlende Investitionen in die Realökonomie und Infrastruktur eben nicht (allein der bösen) EU geschuldet sind, sondern eine bewusste politische Entscheidung von Regierungen ist. Wie sagte schon Bernstein richtig: „It's the economy, comrade!"

Und ein weiteres Hoch auf den Rechtsnihilismus

Ein weiterer Punkt, der hiermit Hand in Hand geht: Lasst uns fröhliche Rechtsnihilisten sein! Denn der Rest ist es sowieso schon. Während sich die Linke an die Legalität staatlichen Handelns hält, also fleißig Bahnsteigkarten kauft, brechen unsere Gegner permanent EU-Recht. Der gegenwärtig krasseste Fall ist der der EVP-Mitgliedspartei von Orbán. Hier läuft gerade ein Verfahren gegen Ungarn vor dem EuGH. Wir müssen also im Wahlkampf den schon lange schwelenden Diskurs zum strategischen Bruch von EU-Recht mit Leben und konkreten Vorschlägen füllen, und damit dann in die Auseinandersetzung gehen.

Im Bereich der Wirtschaftspolitik müssen wir also diskutieren über:

a) das strategische Brechen der Verträge,

b) darüber, dass man innerhalb der Verträge viel mehr machen kann, was den einfachen Bürger*innen helfen kann.

Reicht eine linke Wirtschaftspolitik? Nein, denn die Krise hat sich durchgefressen in den Überbau: Kultur & Justiz werden nicht nur in Polen angegriffen. Die AfD kümmert sich längst um andere Themen als die Flüchtlingspolitik, es geht ihr um „die Ausweitung des Sagbaren". Folgerichtig konzentriert sie sich längst auf Fragen wie Erziehung und öffentlich-rechtliche Medien. Nun müssen wir uns also auf einen langfristigen Kampf einstellen – einen echten Stellungskrieg. Wir sind angelangt in einer Zeit, in der instrumentelle Vernunft (Adorno/Horkheimer) und autoritäre Triebunterdrückung (Wilhelm Reich) den autoritären Charakter (Erich Fromm) wieder erstehen lassen.

Ein neuer Kristallisationspunkt europäischer Kämpfe?

Auf Europäischer Ebene benötigen wir Erfolge, es gibt bald EP-Wahlen. Wir benötigen ein Projekt, ein Symbol, auf das sich die so wunderbar heterogenen linken europäischen Akteure einigen können. Gleichzeitig muss es ein neues Ziel sein, neue Kämpfe zu initiieren, auch um die Gegner eines linken Europas überraschend anzugreifen.

Umfragen zeigen, dass Bürger*innen über die großen bekannten EU-Institutionen EP, Rat und Kommission recht gut Bescheid wissen. Die EZB wurde durch ihre verheerende Politik in Griechenland bekannt, oft verunglimpft auch in Deutschland als Enteignerin der Kleinsparer. Die, nach Fritz W. Scharpf [6], aber höchste Instanz der EU kann weitgehend unbeachtet ihrer Wege ziehen – das ist der EuGH.

Alle möglichen Diskussionen der Linken bleiben spätestens am EuGH mit dem Gefühl hängen, gegen diesen sowieso nichts tun zu können. Weder kriegen wir eine Veränderung der Verträge hin (Einstimmigkeit!), noch würde man den EuGH jemals ändern können.

Die Geschichte beweist aber Anderes und zeigt, dass auch ohne Veränderungen von Verfassungen plötzlich gänzlich andere Politiken durchgeführt werden können. Die Rooseveltsche Politik der 1930er, auf mehr Staat zu bauen, mehr Rechte an Washington zu delegieren, damit die Wirtschaft stärker gesteuert werden konnte,

6 Alle Zitate von Fritz W. Scharpf aus derselbe: Der einzige Weg ist, dem EuGH nicht zu folgen, Mitbestimmung 7+8/2008, S. 18-23.

scheiterte jahrelange, um nicht zu sagen jahrzehntelang am obersten Gerichtshof mit seiner Interpretation der Verfassung der USA. Wichtig ist festzuhalten, dass eine Verfassung ein Text ist, wie jeder andere. Er wird gelesen und wird damit bereits interpretiert.[7] Wenn selbst heilige Bücher wie die Bibel uminterpretiert werden können, gibt es keinen Grund daran zu zweifeln, dass auch eine Verfassung gänzlich anders gelesen werden kann. Ein Text ist nie „als solcher" verstehbar, er ist nie mit sich selbst identisch. Jeder Text ist also für unterschiedliche Auslegungen offen. Wie konnte sich also die Politik von Roosevelt 1937 gegen seine Gegner, die sog. „Four Horsemen of the Supreme Court" durchsetzen? Der oberste Gerichtshof der USA ist am Ende zu einer Re-Interpretation seiner wirtschaftspolitischen Aussagen gezwungen worden. Wie kam das? Um es kurz zu machen: durch den Druck der Straße, durch gewerkschaftliche und partei-politische Kämpfe und das Verschieben der politisch-kulturellen Hegemonie!

In Hinsicht auf den Zusammenhang von Urteilen des EuGH und dem Text der europäischen Verträge stellt Fritz W. Scharpf fest: „Die radikale Liberalisierung ist ein Ergebnis der richterlichen Interpretation der Verträge, nicht ein Ergebnis der politisch verantworteten europäischen Gesetzgebung." Der EuGH arbeitet also seit Jahrzehnten mit einer einseitigen Interpretation der Verträge. Auf die Frage, wer denn die juristischen Texte definieren würde, antwortet Scharpf: „Das wird auf der Grundlage der geltenden Verträge im Prinzip ausschließlich von Juristen definiert, da ist weder der Ministerrat noch das Parlament beteiligt. Das macht die Kommission mit den Richtern und den Anwälten und den Rechtsprofessoren aus." Und es ist genau „diese Tendenz der juristischen Diskurse, die die nationalen Unterschiede einebnet" und dadurch mitverantwortlich ist, dass die negative Integration vorangetrieben wird. Scharpf schlägt zwei Dinge vor, die wir tun müssten, um den EuGH letztlich zum Umdenken zu bewegen. Erstens müssen wir „in die juristischen Diskurse hineinwirken und versuchen, die Tendenz der Rechtsprechung durch innerjuristische Argumente zu beeinflussen." Dafür benötigen wir das, was einer klassischen Kaderpolitik entspricht. Zum anderen aber ruft er zum aktiven Widerstand gegen EuGH-Urteile auf, sowohl auf nationaler

7 Jacques Derrida: Gesetzeskraft. „Der mystische Grund der Autorität". Frankfurt/Main, 1991

Ebene über die Regierungen, als auch über die europäische Ebene, über den Ministerrat. Das ist alles elitenorientiert, nicht zu Unrecht, aber doch ungenügend. Damit müssen wir uns als linke Parteien und Bewegungen nicht zufriedengeben. Wir müssen das Recht politisieren. Wir müssen eine offene Debatte stimulieren und das Wirken des EuGHs beleuchten, ans Tageslicht holen sozusagen. Wir müssen den juristischen Eliten zeigen, dass wir verstehen worum es geht, und dass Urteile, die „reines Richterrecht" sind (Fritz W. Scharpf), von den Bevölkerungen der EU-Mitgliedsstaaten nicht akzeptiert werden. Dass wir damit tatsächlich Einfluss auf den EuGH ausüben können wird durch Untersuchungen gezeigt, die nachweisen, dass der EuGH sehr sensibel auf Reaktionen der Öffentlichkeit reagiert.[8] Eine solche Kampagne würde unmittelbar der Wiedergewinnung der Souveränität für die Völker der Europäischen Union dienen. Also let's „Occupy EuGH!"

8 Martin Höpner: „Der Europäische Gerichtshof als Motor der Integration: Eine akteursbezogene Erklärung" Berliner Journal für Soziologie (2011) 21:203–229.

Auf den Weg

Die Zukunft Europas

Die europäische Linke muss sich neu erfinden

Gregor Gysi

Im Jahr vor den Europawahlen diskutieren wir auch in der europäischen Linken durchaus kontrovers über die Vorzüge und Defizite der Europäischen Union. Damit sind grundsätzliche Fragen mit wichtigen strategischen Konsequenzen verbunden, die ich im Folgenden aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchten möchte. Es gibt oft schon eine sehr unterschiedliche Herangehensweise je nach Politikfeld, ich möchte dies zunächst exemplarisch am Beispiel europäischer Friedens- und Wirtschaftspolitik erläutern. Anschließend plädiere ich für eine europäische Strategie der Linken, und werbe dann für eine solidarische Debatte und, angesichts des Rechtsruckes, für einen gemeinsamen Kampf der progressiven, ökologischen und linken Kräfte in Europa dagegen.

Europäische Friedenspolitik

Im Bereich der Friedens- und Außenpolitik sind beispielsweise die in Teilen der Gesellschaft geführten Debatten um eine europäische Armee erstmal nur Aufrüstungsdebatten, solange nicht zunächst über die Abschaffung der nationalen Armeen geredet und insgesamt deutlich weniger für das Militär ausgegeben wird. Ich bin entschieden gegen eine Aufrüstung und meine, wenn doch Militär, dass ein Einsatz nur im Europaparlament diskutiert und beschlossen werden darf. Außerdem bedarf die Entsendung deutscher Soldaten und Kriegstechniken der Zustimmung des Bundestages. Einer „Militarisierung durch die Hintertür“ über die EU, die sich einer parlamentarischen Debatte verweigern will, werden wir entschieden entgegentreten.

Anderseits kämpfen wir natürlich für eine friedliche Politik in ganz Europa, und auch wenn unsere Aufgabe als Linke in den jeweiligen Ländern zuvorderst die Kritik der Politik der dortigen Regierungen ist, kann es uns nicht ausreichen, sich darauf zu

beschränken. Wir müssen die EU und die europäischen Nationalstaaten insgesamt betrachten und für Abrüstung und Diplomatie in ganz Europa streiten. Dabei sollten wir allerdings auch beachten, dass das diplomatische Gewicht der europäischen Einzelstaaten global gesehen gegen Null tendiert, ein vereintes Europa aber eine wichtige Rolle spielen könnte, zu einer friedlichen, multipolaren Welt beizutragen und Konflikten anders zu begegnen als vor allem mit militärischer Stärke, wie dies beispielsweise die USA und andere praktizieren – die Rüstungsausgaben steigen weltweit auf immer neue Höchststände. In dieser Situation kann es uns nicht genügen, als einzelner Nationalstaat aus diesem Rüstungswettlauf „auszusteigen" (auch wenn dies schon ein wichtiger Fortschritt wäre), sondern wir müssen die europäische Politik insgesamt in den Blick nehmen und für eine deutliche Reduzierung der Ausgaben für Militär in Europa und weltweit eintreten.

Europäische Wirtschaftspolitik

Im wirtschaftspolitischen Bereich sieht die Situation wie folgt aus: Während es im Bereich der Friedenspolitik möglich wäre, mit einer entsprechenden Mehrheit im Parlament auf nationaler Ebene aus kriegerischen Operationen auch von Militärbündnissen wie der NATO auszusteigen, ist die Situation im ökonomischen Bereich anders. Durch die komplexe Verflechtung der Volkswirtschaften und die skandalöse Macht der Finanzmärkte steht eine einzelne linke Regierung immer extrem unter dem Druck „der Märkte", welche eine „marktkonforme Demokratie" einfordern und drohen, ansonsten die Zinsen für Kredite in exorbitante Höhen zu treiben, und damit den Handlungsspielraum für fortschrittliche Regierungen extrem einzuschränken. Es ist auf nationaler Ebene kein Ausstieg aus den gesellschaftlichen und ökonomischen Kräfteverhältnissen möglich, dafür sind die nationalen Volkswirtschaften zu klein, auch wenn wir dafür streiten werden, den vorhandenen Spielraum auf nationaler Ebene zu nutzen.

Aber wir müssen für eine linke Wirtschaftspolitik immer größer denken als im nationalen Rahmen, um eine erfolgversprechende Strategie zu entwickeln. Ich

glaube: Ohne eine supra-nationale, also mindestens europäische Regulierung des Kapitalismus lässt sich eine Politik, welche sich für die konkrete Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen einsetzt, nur sehr schwer umsetzen, wenn überhaupt. Deswegen braucht die Linke eine europäische Strategie.

Man könnte sogar so weit gehen und Europa als die strategisch wichtigste Ebene für die Linke bezeichnen: Denn es lässt sich ökonomisch durchaus gut begründen, dass die europäische Ebene die einzige ist, auf der man einen größeren Gestaltungsspielraum zur Durchsetzung einer anderen Wirtschaftspolitik hätte, wenn es eine entsprechende politische Mehrheit gäbe. Deswegen streite ich dafür, dass wir als europäische Linke konkrete eigene Vorschläge unterbreiten, wie eine fortschrittliche Politik auf europäischer Ebene konkret aussehen könnte, und Europa und die EU als wichtigen Handlungsraum für unser politisches Handeln akzeptieren.

Für eine europäische Strategie

Natürlich ist es dabei nicht möglich oder sinnvoll, die nationalen und regionalen Kämpfe, die wir als Linke in ganz Europa jeweils lokal führen, durch die europäische Ebene zu ersetzen – selbstverständlich müssen Mehrheiten für fortschrittliche Politik gerade auch vor Ort erkämpft werden. Aber wir können aus dem Modus der reinen „Abwehrkämpfe gegen Verschlechterungen“ nicht herauskommen, wenn wir keine europäische Strategie anwenden.

Ein Beispiel aus Deutschland: Wenn wir in einem wirtschaftlich schwachen Bundesland oder einer klammen Kommune an die Regierung kommen, sind wir immer im Zwiespalt zwischen dem, was wir eigentlich fordern, und dem, was wir auf diesen Ebenen real umsetzen können. Wir erklären regelmäßig, dass wir auch eine Veränderung auf nationaler Ebene brauchen, um beispielsweise durch eine solidarische Steuerpolitik mehr Spielräume für eine fortschrittlichere Politik auf lokaler Ebene zu schaffen.

Wenn man sich aber nun in die Perspektive einer linken Regierung in einem wirtschaftlich eher schwachen Mitgliedsland der EU hineinversetzt, dann ist ein „Rückzug auf diese Ebene“ weder realistisch noch wünschenswert, um eine Politik im Sinne der dortigen Bevölkerung umzusetzen. Dann braucht sie die Solidarität auf europäischer Ebene, und die real existierende EU stellt trotz aller Probleme auch eine Chance dar: Es gibt zumindest Institutionen und ein Parlament auf dieser Ebene, welche eine Regulierung auch gegen die Interessen nationaler Kapitalfraktionen durchsetzen können. Viele Probleme wie Klimaschutz und auch die Regulierung der Wirtschaft müssen global geregelt werden, um zu verhindern, dass sich die Nationalstaaten gegeneinander ausspielen. Die Treibhausgase machen nicht an nationalen Grenzen halt, und die Wirtschaft ist längst global organisiert, während die hauptsächliche Regulierungsinstanz bislang auf die nationale Ebene beschränkt ist. Unter anderem deshalb hat es linke Politik national so schwer.

In der EU gibt es (verglichen mit der globalen Ebene) starke, recht-setzende Institutionen und Behörden, zunehmend Ansätze einer europäischen Öffentlichkeit. Die europäische Ebene geht deutlich über den Nationalstaat hinaus, umfasst fast eine halbe Milliarde Menschen. Eine fortschrittlich aufgestellte EU könnte auf globaler Ebene eine gute Rolle für eine soziale, friedliche und ökologische Welt spielen. Dafür sollten wir kämpfen, und uns nicht ohne Not dieser „europäischen Ebene der Regulierung“ berauben. Zukünftige zwischenstaatliche Abkommen sind kaum eine bessere Basis für ein solidarisches Europa und eine friedliche Welt. Verhandlungen von Regierungen gleichen doch eher einem Basar, auf der nationale Interessen wie auf einer Tauschbörse gehandelt und so weit wie möglich durchgesetzt werden – ein solidarisches Europa unter diesen Bedingungen scheint mir höchst unrealistisch. Wer vor allem auf die nationalstaatliche Ebene zurück will, den oder die frage ich:

— **Ist das hilfreich für den Klimaschutz?** Ist es dann nicht noch schwieriger als schon jetzt, verbindliche Abkommen international auszuhandeln, wenn hunderte

Nationalstaaten mit jeweils eigenen Interessen zusammenkommen? Die verbindliche Zusammenarbeit im Rahmen der EU ist also auch ein Fortschritt.

— **Wie stellt man sich national eine europäische Regulierung der Wirtschaft vor?** Wer soll denn in einem „Europa souveräner Nationalstaaten" verhindern, dass Länder (wie in der Vergangenheit z. B. Irland) es zu ihrem „Geschäftsmodell" machen, sich mit extrem geringen Steuersätzen, geringen Löhnen oder niedrigen Umweltauflagen für das internationale Kapital attraktiv zu machen? Wir brauchen ein europäisches Gesetz, das soziale und ökologische Mindeststandards festlegt.

— **Wie soll man die notwendigen Investitionen in wirtschaftlich schwächere Länder finanzieren, wenn nicht europäisch?** Ein „Zurück zum Nationalstaat" mag vielleicht in einer starken Volkswirtschaft wie Deutschland noch kurzfristig halbwegs funktionieren, aber es ist bestimmt keine langfristige Strategie für ein solidarisches Europa.

Solidarische Debatte und gemeinsamer Kampf

Ich möchte alle Linken in Europa dazu einladen, auch dazu ermuntern, über die Gründe der unterschiedlichen Positionen zu Europa nachzudenken, und dann gemeinsam einen tragfähigen Kompromiss zu suchen und zu finden. Ich finde, das sind wir den Menschen in Europa schuldig – denn ohne einen gemeinsamen Kampf unserer politischen Familie haben wir diesen schon verloren, gegen Neoliberale und die zunehmend stärker werdenden Rechtspopulisten, zunehmend auch gegen offene Rechtsextremisten, die wir entschieden bekämpfen müssen. Wir müssen das Gegenüber dieser nationalistischen Rechtsentwicklung sein.

Angesichts der dramatischen Verschiebung des politischen Klimas nach rechts stehen wir vor einer neuen historischen Situation: Lasst uns nicht einfach unsere wichtigen, aber seit vielen Jahren bestehenden Diskussionen beispielsweise über die Einschätzung der EU oder des EURO verbissen weiterführen oder sogar eine Spaltung deshalb hinnehmen. Wir brauchen ein möglichst breites Bündnis gegen

den Rechtsruck und gegen einen möglicherweise neu drohenden Faschismus. Wie sollen wir das erreichen, wenn wir uns nicht selbst zusammenfinden?

Deshalb werbe ich für Zusammenarbeit und Kooperation der Kräfte links von der neoliberal gewendeten Sozialdemokratie, also von linken Sozialdemokraten über die Europäische Linke, von fortschrittlichen Grünen über Alexis Tsipras bis hin zu DIEM25 von Yanis Varoufakis, von „Maintenant le peuple“ von Jean Luc Mélenchon bis hin zu Pierre Laurent, von Pablo Iglesias bis Alberto Garzón, von den portugiesischen und skandinavischen Linken bis hin zu den deutschen Linken: Wir müssen zusammenfinden und versuchen, gemeinsam wieder eine Verschiebung des gesellschaftlichen Klimas nach links zu erreichen, das ist unsere historische Verantwortung. Dies ist auch das Ziel des „Europäischen Forums der progressiven, ökologischen und linken Kräfte“, welches dieses Jahr in Bilbao stattfand, und für dessen Ansatz der Verständigung ich streite, so wie dies recht erfolgreich mit dem „Progressive Caucus“ im Europäischen Parlament gelungen ist.

Die Einheit der Linken ist zwar schon oft beschworen und gefordert worden, aber diesmal kommt es darauf an: Der Geist des Faschismus ist wieder auferstanden und er wird nicht von alleine verschwinden – wir müssen ihn gemeinsam vertreiben. Es wird nicht einfach, aber wir müssen es mit aller Energie versuchen. Angesichts der anstehenden Herausforderungen muss sich die Linke Europas in diesem Sinne neu erfinden, wenn sie eine Zukunft haben will.

Bilder

Die Glänzende Demonstration als Gegenprotest zur Demo der Rechten in Berlin am 27. Mai 2018, Foto: Konstanze Kriese

Graffito „Medienfreiheit“ in Brüssel, Foto: Konstanze Kriese

Zübeyde Sari, Özgürüz Türkei, Seda Serda, Deutsche Welle, Nora Wehofsits, ECPMF, Mustafa Kuleli, TGS Journos Union Turkey, (v.l.n.r.) am 8.12.2017 in Berlin (Veranstaltung zu Exiljournalismus), Foto: Ulrich Lamberz

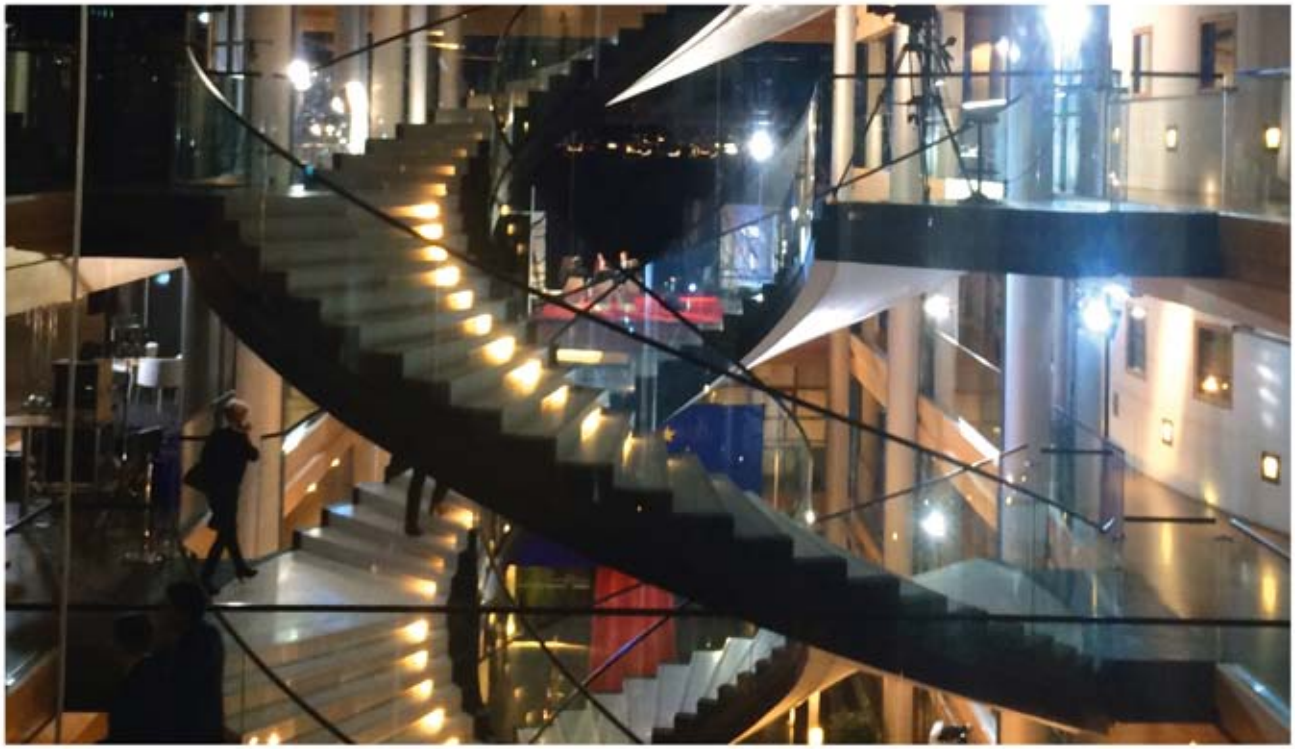
Martina Michels und Peter Cichorius auf dem Volksstimme-Fest in Wien, September 2016, Foto: Konstanze Kriese

Die Journalistin Mesale Tolu (Bildmitte) nach Ihrer Freilassung aus der Haft zu Gast in Brüssel, 2018, Foto: Konstanze Kriese

Klaus Lederer, Kultur- und Europasenator Berlins, Konstanze Kriese und Martina Michels, MdEP, auf der Veranstaltung „Kultur und Politik: zwei linke Schuhe?“ in Berlin am 19. Oktober 2018, Foto: Ulrich Lamberz

Martina Michels und Can Dündar am 8.12.2017 in Berlin (Veranstaltung zu Exiljournalismus), Foto: Uwe Schwarz

Studientage der GUENGL-Fraktion in Neapel mit der Fraktionsvorsitzenden Gabriele Zimmer (2.v.l.), September 2018, Foto: Konstanze Kriese



Parlament Straßburg: Blick aufs Pressezentrum, Foto: Konstanze Kriese

Martina Michels wird von Martin Sonneborn für Spiegel-TV zu Böhmermann interviewt, 2016, Foto: Konstanze Kriese

Studientage der GUENGL-Fraktion in Neapel, September 2018, Foto: Konstanze Kriese

Zerbombte Moschee in Sur/Diyarbakir, 1.11.2015, Wahlen in der Türkei, Foto: Konstanze Kriese

Gespräch bei Gültan Kisanak, Bürgermeisterin von Diyarbakir (seit Oktober 2016 in Haft), Foto: Konstanze Kriese

Ausgebranntes Gemeindeparlament in Sur/Diyarbakir, 1.11.2015, Wahlen in der Türkei, Foto: Konstanze Kriese

Nach dem Wahlsieg der HDP in Diyarbakir, 2015, Foto: Konstanze Kriese

Vor einem Wahllokal in Sur/Diyarbakir, 1.11.2015, Wahlen in der Türkei,
Foto: Konstanze Kriese

Aktion vor dem Plenarsaal in Straßburg: Die Ertrunkenen haben einen Namen, 2015, Foto: Konstanze Kriese

Martina Michels im Interview mit dem ZDF auf dem HDP-Parteitag, Ankara, Februar 2018, Foto: Konstanze Kriese

Der HDP-Parteitag begrüßt die eigenen Abgeordneten der türkischen Nationalversammlung, Ankara, Februar 2018, Foto: Konstanze Kriese

Katina Schubert (MdA), Robert Liebscher, Petra Pau (Vizepräsidentin des Bundestages), Martina Michels (MdEP) auf der Veranstaltung „Europa zwischen Flüchtlingsabwehr und Integration“ in Berlin am 23.11.2018, Foto: Konstanze Kriese

Stopp-ACTA-Demonstration in Brüssel, 2012, Foto: Karim Khattab

Julia Reda (3.v.l) und Tobias Schulze (2.v.l.) auf der Demonstration gegen Artikel 13 der Urheberrechtsreform der EU in Berlin, Juni 2018, Foto: Konstanze Kriese

8. Mai 2015 am Treptower Ehrenmal mit Manolis Glezos,
Foto: Konstanze Kriese

Demo gegen die Troika-Politik in Berlin-Kreuzberg, 2015,
Foto: Konstanze Kriese

„Lesen gegen das Vergessen“ u. a. mit Manolis Glezos (Bildmitte) im Deutschen Bundestag in Berlin, Mai 2015,
Foto: Konstanze Kriese

Hungerstreikende für die Freilassung von Leyla Güven in Berlin, Dezember 2018, Foto: Konstanze Kriese

Torte zum Feministforum der GUENGL, März 2018 in Brüssel:
Foto: Konstanze Kriese

Graffito HDP, Hausflur in Diyarbakir, 2015,
Foto: Konstanze Kriese

Autorinnen und Autoren

Yousef Alkayari, b. 1984 in Idleb Syria; more than five years training as an English teacher for Kids in Syria. fled to Turkey and came to Germany in 2015, learns English and German for further professional training and studying, loves music, literature and Berlin and lives according to the motto: “If you add nothing to life, you will be in life superfluous”.

Dr. Renate Eras, geb. 1957 in Köthen/Anh.; wohnhaft in Berlin, Betriebswirtin mit Schwerpunkt Finanzen, seit 2003 freiberuflich selbstständig im European Project Management mit den Beratungsschwerpunkten: EU-Förderprogramme, Antragsberatung, Projektmanagement, Budgetkalkulation, Dokumentation, Mittelverwaltung und -abrechnung. Seit 2015 zusätzlich engagiert als BAMF-zertifizierte DaZ-Lehrerin insbesondere für Flüchtlinge und Migranten; 2019 BAMF-Zusatzqualifizierung als Lehrerin für Alphabetisierung; Motto: „Jeder lächelt in der gleichen Sprache“ https://animata-unternehmerinnen.de/renate-eras/

Nora Grunwald, geb. 1992 in Berlin; Studentin im Studiengang Museums-management und -kommunikation an der HTW Berlin sowie Atelierleitung im Studio eines Berliner Künstlers, schreibt derzeit ihre Abschlussarbeit über das debattenreiche Thema Urheberrecht im Museum und ob die Einführung einer Fair Use Klausel nach US-amerikanischem Vorbild eine langersehnte Erleichterung für die deutsche Museumslandschaft darstellen könnte.

Dr. Gregor Gysi, geb. 1948 in Berlin; Berufsausbildung zum Facharbeiter für Rinderzucht, nach Jurastudium an der Humboldt-Universität zu Berlin seit 1971 Rechtsanwalt; Ende 1989 bis Januar 1993 Vorsitzender der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS). März bis Oktober 1990 Vorsitzender der PDS-Fraktion in der Volkskammer der DDR; von Ende 1990 bis Januar 2002 direkt gewähltes Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der Gruppe bzw. der Fraktion der PDS; von Januar bis Juli 2002 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin im Amt des Bürgermeisters und Senators für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, danach als Rechtsanwalt und Publizist tätig; seit Oktober 2005 in seinem Berliner Wahlkreis Treptow-Köpenick als direkt gewählter Abgeordneter Mitglied des Bundestages; von

Oktober 2005 bis Oktober 2015 Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag; seit Dezember 2016 gewählter Präsident der Europäischen Linken

Monika Herrmann, geb. 1964 in Berlin; Studium Politische Wissenschaften an der FU Berlin mit dem Abschluss Diplom Politologin; als Mitglied von Bündnis 90/ Die Grünen Kreuzberg 2006-2011 Bezirksstadträtin der Abt. Jugend, Familie und Schule in Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin; seit Dezember 2011 Bezirksstadträtin der Abt. Familie, Gesundheit, Kultur und Bildung in Friedrichshain-Kreuzberg; seit 01.08.2013 Bezirksbürgermeisterin

Karim Khattab, geb. 1985 in Kairo; Diplomhistoriker und Kommunikationswissenschaftler, seit 2015 Pressesprecher der Delegation DIE LINKE. im Europaparlament. Lebt seit 2013 in Brüssel, davor sieben Jahre für Studium, Arbeit und Aktivismus in Wien und Kairo. Arbeitsschwerpunkte sind EUropa, MENA, Digitalisierung, Terrorismus, Grundrechte, Medien und Journalismus. „In der Praxis ist Demokratie Theorie". Twitter: *@khk_eu und Blog: https://mediendemokratie.eu/.*

Dr. Lutz Kinkel, geb. 1966 in Wiesbaden; Geschäftsführer des Europäischen Zentrums für Presse und Medienfreiheit (ECPMF) in Leipzig und Dozent der Akademie für Publizistik in Hamburg. Mehr als 20 Jahre Berufserfahrung als Journalist, zuletzt als stellvertretender Leiter des Berliner stern-Büros, Schwerpunkte: Innenpolitik, Medien. Motto: The less you know, the more you believe (U2).
www.ecpmf.eu, @l_kinkel (Twitter)

Dr. Konstanze Kriese, geb. 1960 in Berlin; Kulturwissenschaftlerin; Über die Humboldt-Universität und die freie Kulturszene Berlins kam ich 2003 beruflich in die Politik und arbeite heute für die Europaabgeordnete Martina Michels als wissenschaftliche Mitarbeiterin. Wenn Zeit bleibt, blogge ich auf www.kasonze.de oder schreibe in anderen Publikationen, zuletzt in: „Vorsicht Volk! Oder Begehungen im Wahn?", Hrsg. von Markus Liske & Manja Präkels, Berlin 2015; „Piratenzauber...", Hrsg. Horst Kahrs, 2013; „Schritt für Schritt ins Paradies...", Hrsg: Karsten Krampitz & Klaus Lederer, Berlin 2013; „Queer – Macht – Politik", Hrsg: Barbara Höll, 2013;

Stellv. Vorsitzende der Kulturinitiative ’89 e. V. – *www.kulturation.de*; Motto: „Das gewalttätigste Element der Gesellschaft ist die Unwissenheit.“ (Emma Goldman) und Handlungsmaxime: „If I can’t dance, I don’t want to be part of your revolution.“ (frei nach Emma Goldman)

Dr. Klaus Lederer, geb. 1974 in Schwerin; zog mit seinen Eltern Ende der 80er nach Berlin – hinein in die „Zeit der Wende“. Die spannende Zeit mit ihrem kreativen Chaos prägte ihn: sich engagieren, mitreden, mitmachen – anpacken ab 1992 in der PDS. Demokratischer Sozialismus – das Beste aus zwei Welten. Klaus Lederer studierte Rechtswissenschaften und ist Anwalt. Von 2003 bis 2016 saß er im Abgeordnetenhaus, war von 2005 bis 2016 Landesvorsitzender der LINKEN in Berlin; als Landesvorsitzender führte er seine Partei als Spitzenkandidat in den Wahlkampf, in die Koalitionsgespräche und in die rot-rot-grüne Landesregierung, der er nun als Bürgermeister und Senator für Kultur und Europa angehört.
www.klaus-lederer.de

Fabio De Masi, geb. 1980 in Groß-Gerau; Ökonom mit Studium in Hamburg, Kapstadt (Südafrika) und Berlin, stellvertretender Vorsitzender sowie finanzpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, lebt in Hamburg St. Pauli, zuvor Abgeordneter des Europäischen Parlaments, Global Tax 50 (2017),
www.fabio-de-masi.de

Martina Michels, geb. 1955 in Berlin; Diplom-Philosophin; Mitglied des Europäischen Parlaments seit 2013, Mitglied im Regional- und im Kulturausschuss des Europäischen Parlaments und in den parlamentarischen Delegationen Türkei und Israel. Zuvor viele Jahre als Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus und als dessen Vizepräsidentin tätig sowie ein Jahrzehnt Mitglied im Ausschuss der Regionen in Brüssel. Motto: Mir ist wichtig, wie europäisch in Regionen gedacht und gehandelt wird und was aus Brüssel zuhause ankommt, also europäisch denken und lokal handeln, denn „Unpolitisch sein, heißt politisch zu sein, ohne es zu merken.“ (Rosa Luxemburg)

Julia Reda, geb. 1986 in Bonn; 2014 für die Piratenpartei ins Europäische Parlament gewählt, Vize-Präsidentin ihrer Fraktion ‚Die Grünen/Europäische Freie Allianz' und Koordinatorin der Grünen/EFA im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO); Mitglied im Rechtsausschuss (JURI) und im Untersuchungsausschuss zum Emissionsskandal „Dieselgate"; Mitbegründerin der fraktionsübergreifenden Digital Agenda Intergroup; Fokus ihrer politischen Arbeit: Reform des Urheberrechts, dabei Berichterstatterin des im Juli 2015 verabschiedeten Berichts des Europaparlaments zur Evaluation der EU-Urheberrechtsrichtlinie; *www.juliareda.eu / @senficon (Twitter)*

Prof. Dr. Oliver Rump, geb. 1965 in Hamburg; Hochschullehrer an der HTW Berlin, Dozent in der Weiterbildung an der FU Berlin und der Museumsakademie Emden. Forschungsschwerpunkte: Museumsmanagement, -marketing sowie politische und internationale Museologie, u. a. Äthiopien, Frankreich, Kuba, Vietnam. Motto: Die Zukunft kann man am besten voraussagen, wenn man sie selber gestaltet!; *https://www.htw-berlin.de/hochschule/personen/person/?eid=4110*

Martin Sonneborn, geb. 1965 in Göttingen; Titanic-Mitherausgeber und MdEP; Motto: „Die endgültige Teilung Europas – das ist unser Auftrag!"

Robert Liebscher, geb. 1994 in Magdeburg; Student an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Arbeitsschwerpunkte: ehrenamtlicher Organisator von interkulturellen Veranstaltungen, Geflüchtetenhilfe in Griechenland auf Lesbos; „Um Herausforderungen, wie dem Komplex Migration menschenwürdig zu begegnen und um kommende Aufgaben nachhaltig zu lösen, muss die EU endlich anfangen, sich als eine soziale und nicht nur als eine rein wirtschaftliche Union zu verstehen. Integration statt Abschottung!"

Alban Werner, geb. 1982 in Aachen; Mitarbeiter der Linksfraktion im Städteregionstag Aachen, scheibt zu Parteien, Rechtspopulismus, politischer Ökonomie, Krisentheorie, Film und Serien, veröffentlicht in „Sozialismus", „OXI", „Das Argument" u. a.; Motto: „Es setzen sich nur so viel Wahrheiten durch, als wir durchsetzen; der Sieg der Vernunft kann nur der Sieg der Vernünftigen sein." (Bertolt Brecht).

Alex Wischnewski, geb. 1985 in Balingen; Referentin für feministische Politik der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Arbeitsschwerpunkte: Gewalt gegen Frauen und soziale Rechte, aktiv für einen Frauen*streik in Deutschland.

Harald Wolf, geb. 1956 in Offenbach/M.; Diplom-Politologie, Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen im Land Berlin von 2002-2011, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE und Bundesschatzmeister. Mit Klaus Busch/Axel Troost/Gesine Schwan/Frank Bsirske u. a. Mitverfasser der „Streitschrift für eine andere Europäische Union: Europa geht auch solidarisch", (Hamburg 2016). Hält es mit dem Gramsci'schen Motto: „Pessimismus des Verstands, Optimismus des Willens."

Gabi Zimmer, geb. 1955 in Berlin; Mitglied des Europäischen Parlaments seit 2004, Vorsitzende der Linksfraktion GUE/NGL seit 2012. Als Schwerpunkt ihrer parlamentarischen Arbeit kämpft sie gegen Armut und Kinderarmut in Europa und setzt sich für soziale Grundrechte und Standards ein. Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und Soziales des EP, der "Brexit"-Gruppe und der Paritätisch-Parlamentarischen Versammlung AKP-EU. Von 2000 bis 2003 Bundesvorsitzende der PDS, von 1990 bis 1998 Landesvorsitzende der PDS in Thüringen. Politisches Motto: „Wer sich nicht bewegt, spürt seine Fesseln nicht." (Rosa Luxemburg)

Impressum:
Herausgegeben von der Delegation DIE LINKE im Europaparlament,
Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke

GUE/NGL
www.guengl.eu

V.i.S.d.P.: Martina Michels, MdEP
www.martina-michels.de

Büro Brüssel:
Europäisches Parlament
WIB 03M033
Rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel
Tel: +32 228 45834
Fax: +32 228 49834
martina.michels@ep.europa.eu

Idee: Martina Michels
Redaktion: Jörg Bochmann und Konstanze Kriese
Druck: Druckservice Vera Böpple
Layout, Gestaltung: Tamara Trölsch
Redaktionsschluss: 2019
Auflage: 1.000 Stück

Europa eine Stimme geben von Martina Michels ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht-kommerziell Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz.

Europapolitik und auch substanzielle Kritik erlebbar zu machen, heißt für mich, wie für viele andere, an konkreten Projekten zu arbeiten. Dabei lernte ich Gesprächspartnerinnen und -partner kennen, die sich für Medienfreiheit einsetzen und klare Analysen liefern. Dabei traf ich auf Studentinnen und Professoren, die das kulturelle Erbe ganz anders anpacken, als beispielsweise die Europäische Kommission, die täglich mit praktischen Fragen zu kämpfen haben, wie sie Zugänge zu Wissen offenhalten und ausbauen können. Dabei traf ich auf Kolleginnen und Kollegen, die voller Satire auf mein linkes Spektrum und voller Sarkasmus auf die EU blicken. Und ich sprach natürlich oft mit Mitstreiterinnen und Mitstreitern, die ganz andere Problemfelder und Themen beackern, brauchte, um den Überblick zu behalten, ihren Rat, ihr Fachwissen, ihre Ideen oder ihren Widerspruch.

Auf diese Art und Weise ist dieses Europäische Lesebuch entstanden.

Es vereint dokumentierte Interviews sowie Auszüge aus gemeinsamen Veranstaltungen und viele interessante Artikel zu europapolitischen Themen, zu praktischen Fragen der Förder- und Regionalpolitik, zu strategischen Fragen, zu demokratischer Kultur und Kommunikation im digitalen Zeitalter sowie zu einprägsamen Erlebnissen in politisch umkämpften Gegenden und emotional aufwühlenden Situationen. Es lohnt sich, Europa viele Stimmen zu geben, Stimmen der Vernunft, der Offenheit, des sozialen Blicks, der kritischen Analyse und der guten Ideen.
Martina Michels, Januar 2019

Die Autorinnen und Autoren: Yousef Alkayari • Renate Eras • Nora Grunwald
Gregor Gysi • Monika Herrmann • Karim Khattab • Lutz Kinkel • Konstanze Kriese
Klaus Lederer - Robert Liebscher • Fabio De Masi • Martina Michels • Julia Reda
Oliver Rump • Martin Sonneborn • Alban Werner • Alex Wischnewski • Harald Wolf
Gabi Zimmer

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

Vereinte Europäische Linke • Nordische Grüne Linke
FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT
GUE/NGL
www.guengl.eu